

BOOM DER WELTWIRTSCHAFT STRAHLT ALLMÄHLICH
AUF EURO RAUM UND ÖSTERREICH AUS.
PROGNOSE FÜR 2004 UND 2005

KENNZAHLEN ZUR WIRTSCHAFTSLAGE

WIRTSCHAFTSCHRONIK. II. QUARTAL 2004

MAKROÖKONOMISCHE EVALUIERUNG DER
FISKALPOLITIK 2000 BIS 2002

FINANZIERUNG DES BAHNAUSBAUS IN SENSIBLEN
ZONEN DURCH STRASSENMAUTEN

ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Präsident

Dr. Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vorstand

Dr. Hannes Androsch

Mag. Christian Domany, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Waltraud Klasnic, Landeshauptmann der Steiermark

Dr. Stephan Koren, Präsident des Bankenverbandes

Dkfm. Ferdinand Lacina

Univ.-Prof. Dr. Michael Landesmann, Wissenschaftlicher Leiter des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche

Dr. Klaus Liebscher, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Dipl.-Ing. Peter Mitterbauer, Präsident a.D. der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Dr. Sepp Rieder, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke

Herbert Schimetschek, Präsident der Oesterreichischen Nationalbank

Rudolf Schwarzböck, Präsident der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs

Abgeordneter zum Nationalrat Friedrich Verzetnitsch, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Mag. Thomas Wieser, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Vizepräsidenten

Dr. Erich Streissler, Professor für Nationalökonomie an der Universität Wien

Mag. Herbert Tumpel, Präsident der Bundesarbeitskammer

Kuratorium

August Astl, Giorgio Dominese, Wolfgang Duchatzek, Harald Ettl, Lorenz Fritz, Günther Goach, Rudolf Gruber, René Alfons Haiden, Franz Helbich, Hans Hofinger, Manfred Holztrattner, Hansjörg Jäger, Johann Kallianer, Dietrich Karner, Christian Konrad, Heinrich Kopetz, Paul Mailáth-Pokorny, Werner Muhm, Walter Netfig, Erich Pramböck, Erwin Pröll, Claus Raidl, Gerhard Randa, Wolfgang Ruttenstorfer, Herbert Sausgruber, Richard Silvestri, Herwig van Staa, Ulrich Stacher, Gerhard Steger, Andreas Treichl, Heinrich Treichl, Franz Vranitzky, Josef Wöhner, Bruno Zluwa

Leiter: Helmut Kramer

Stellvertretende Leiter: Karl Aiginger, Angela Köppl, Karl Musil

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Karl Aiginger, Josef Baumgartner, Gudrun Biffl, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Fritz Breuss, Margarete Czerny, Martin Falk, Rahel Falk, Oliver Fritz, Alois Guger, Franz R. Hahn, Heinz Handler, Peter Huber, Ulrike Huemer, Serguei Kaniovski, Angelina Keil, Wolfgang Klameth, Daniela Kleizan, Angela Köppl, Kurt Kratena, Hannes Leo, Hedwig Lutz, Helmut Mahringer, Markus Marterbauer, Peter Mayerhofer, Christine Mayrhuber, Gerhard Palme, Michael Peneder, Wolfgang Pollan, Andrea Pöschl, Wilfried Puwein, Marcus Scheiblecker, Marianne Schöberl, Margit Schratzenstaller, Stephan Schulmeister, Franz Sinabell, Egon Smeral, Thomas Url, Ewald Walterskirchen, Yvonne Wolfmayr-Schnitzer, Michael Wüger

Organisation und Verwaltung

Ulrike Bachmaier, Maria Bauer, Gertrude Czettl, Gabriela Hötzer, Christine Kautz, Gwendolyn Kremser, Peter Leser, Andrea Luger-Hoeffling, Eva Novotny, Robert Novotny, Vera Plass, Andrea Ranzenberger, Leopold Schehwendter, Ilse Schulz, Gabriele Schober, Gerhard Schwarz, Monika Skrobaneck, Kristin Smeral, Christine Stoidl, Karin Syböck, Marianne Uitz, Tatjana Weber

Wissenschaftliche Assistenz und Statistik

Martina Agwi, Christine Braun-Krone, Monika Dusek, Sabine Fragner, Ursula Glauningner, Lucia Glinsner, Andrea Grabmayer, Dagmar Guttmann, Andrea Hartmann, Julia Hudritsch, Eva Jungbauer, Christine Kaufmann, Brigitte Klose, Dietmar Klose, Susanne Kopal, Irene Langer, Eva Latschka, Elisabeth Lebar, Christa Magerl, Elisabeth Neppl-Oswald, Traude Novak, Birgit Novotny, Sonja Patsios, Waltraud Popp, Annamaria Rammel, Brigitte Schütz, Eva Sokoll, Martha Steiner, Maria Thalhammer, Roswitha Übl, Evelyn Wanderer, Alexandra Wegscheider, Gabriele Wellan, Dietmar Weinberger, Gertrude Wenz

Konsulenten

Peter Egger, Heinz Hollenstein, Michael Pfaffermayr, Kurt Rothschild, Stefan Schleicher, Gunther Tichy, Rudolf Winter-Ebmer

Herausgeber: Helmut Kramer
Schriftleiter: Wolfgang Pollan •
Redaktion: Ilse Schulz •
Technische Redaktion:
Tatjana Weber

Medieninhaber (Verleger) und
Redaktion: Österreichisches Institut für
Wirtschaftsforschung • Wien 3, Arsenal,
Objekt 20

A-1103 Wien, Postfach 91 •
Telefon +43 1 798 26 01-0 •
Fax +43 1 798 93 86 •
<http://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für
Wirtschaftsforschung
Druck: Ueberreuter Print und Digimedia
GmbH., 2100 Korneuburg
P.b.b., Erscheinungsort Wien,
Verlagspostamt 1030

Preis pro Jahrgang (12 Hefte und
Online-Zugriff): € 204,00 • Preis pro
Heft: € 20,40 • Downloadpreis
pro Artikel: € 11,00

ISSN 0029-9898 • © Österreichisches
Institut für Wirtschaftsforschung 2004

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autorinnen und Autoren gezeichnet. Sie entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich.

Inhalt

523 ■ **Prognose für 2004 und 2005: Boom der Weltwirtschaft strahlt allmählich auf Euro-Raum und Österreich aus**

Markus Marterbauer

Die österreichische Wirtschaft wird heuer real um 1,7% wachsen. Impulse kommen insbesondere von der Ausfuhr. Die Industrie profitiert aufgrund ihrer engen Zulieferbeziehungen in erster Linie von der markanten Erholung der deutschen Exportwirtschaft. Die Investitionstätigkeit zeigt Tendenzen zur Erholung – die Ausrüstungsinvestitionen werden von steigenden Absatzerwartungen der Unternehmen begünstigt, die Bauinvestitionen sind von anhaltend starker Expansion im Straßen- und Schienenbau geprägt. Aufgrund der schwachen Einkommensentwicklung bleibt das Wachstum des Konsums der privaten Haushalte verhalten, es sollte allerdings 2005 wegen der Senkung der Lohn- und Einkommensteuer anziehen. Die kräftige Verteuerung der Rohstoffe, vor allem von Rohöl, erhöht die Inflationsrate um etwa ¼ Prozentpunkt, sie wird heuer 1,9% erreichen. Die Beschäftigung reagiert wie gewohnt verzögert auf die Verbesserung der Konjunktur, sie steigt heuer um 0,6%. Allerdings erlaubt der rege Zustrom ausländischer Arbeitskräfte keinen Rückgang der Arbeitslosigkeit.

540 **Kennzahlen zur Wirtschaftslage**

Konjunkturindikatoren für das Ausland • Wechselkurse • Weltmarkt-Rohstoffpreise • Kennzahlen für Österreich • Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995 • Zahlungsbilanz • Tourismus • Außenhandel • Zinssätze • Landwirtschaft • Sachgütererzeugung • Bauwirtschaft • Binnenhandel • Verkehr • Bankenstatistik • Arbeitsmarkt • Preise und Löhne • Staatshaushalt • Soziale Sicherheit • Umwelt • Entwicklung in den Bundesländern

553 **Wirtschaftschronik**

Angelina Keil

557 **Makroökonomische Evaluierung der Fiskalpolitik 2000 bis 2002**

Fritz Breuss, Serguei Kaniovski, Gerhard Lehner

Die Budgetpolitik der Jahre 2000 bis 2002 war von einer deutlichen Verbesserung der Haushaltsalden aller Gebietskörperschaften geprägt. 2001 wurde ein leichter Haushaltsüberschuss (0,2% des BIP) erreicht. Dazu war ein umfangreiches Maßnahmenpaket erforderlich. Der Abbau des Budgetdefizits war 2001 großteils durch zusätzliche Einnahmen bedingt, im Jahre 2002 lag der Schwerpunkt bei den Ausgabeneinsparungen.

575 **Finanzierung des Bahnausbaus in sensiblen Zonen durch Straßenmauten**

Wilfried Puwein

Der Lkw-Verkehr nahm in Österreich im letzten Jahrzehnt fast doppelt so stark zu wie der Güterverkehr der Bahn. Die EU-Erweiterung und das Auslaufen des Ökopunktesystems werden das Wachstum des Straßenverkehrs weiter beschleunigen. Angesichts der negativen externen Effekte des Straßenverkehrs setzte in der europäischen Verkehrspolitik ein Umdenkprozess ein: Gemäß dem Vorschlag für eine neue Wegekostenrichtlinie kann der Bahnausbau in sensiblen Zonen durch einen Aufschlag auf die Lkw-Mauten auf den parallel dazu geführten Straßen querfinanziert werden. Die Erhöhung darf 25% der Mauttarife nicht überschreiten. Ausgehend von den Mautentnahmen der Sondermautstrecken im Jahr 2003 könnte mit einem solchen Mautaufschlag über 20 Jahre rund ein Fünftel der im Generalverkehrsplan Österreich 2002 projektierten Ausbaukosten der Bahn in diesen Regionen finanziert werden.

Inhalt

- 572 **Errata zu Monatsberichte 6/2004: Einfluss institutioneller Veränderungen auf die Beschäftigungsstatistik**
Sowohl am Beginn des letzten Absatzes auf S. 470 als auch auf im ersten Marginaltext auf S. 471 heißt es richtig "Anfang 2004 fiel die . . ." (statt "Anfang 2003 . . .").
- 574 **Errata zu Monatsberichte 5/2004: Wirtschaftsentwicklung in den MOEL durch deutliche Konvergenz geprägt**
Die Übersicht 6 auf S. 390 wurde korrigiert.

Summaries

- 537 Economic Outlook for 2004 and 2005: Global Economic Boom Gradually Spreading to the Euro Area and to Austria
- 570 Macroeconomic Evaluation of Fiscal Policy in 2000-2002
- 586 Financing Railway Construction in Critical Zones by Road-Pricing

Online-Zugriff ■ <http://www.wifo.ac.at/publ/mb>

Alle Artikel seit 1998 im Volltext online verfügbar (PDF) • Seit 2003 als PDF- und als HTML-Version • Kostenloser Zugriff für Förderer und Mitglieder des WIFO sowie für Abonnenten

Markus Marterbauer

Boom der Weltwirtschaft strahlt allmählich auf Euro-Raum und Österreich aus

Prognose für 2004 und 2005

Das Wachstum des BIP wird heuer real 1,7% erreichen. In den letzten Monaten verstärkte sich vor allem die Nachfrage aus Deutschland merklich. Bei einem Anhalten der vorsichtigen Konjunkturerholung im Euro-Raum könnte sich das Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr auf 2,5% erhöhen. Dann werden auch Impulse aus dem privaten Konsum wirksam. Die Beschäftigung reagiert wie gewohnt positiv auf das Wirtschaftswachstum. Sonderfaktoren haben allerdings zur Folge, dass trotz Konjunkturerholung die Arbeitslosigkeit nicht sinkt und das Defizit im Staatshaushalt steigt.

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. • Abgeschlossen am 30. Juni 2004. •
E-Mail-Adresse: Markus.Marterbauer@wifo.ac.at

Die Wirtschaft wuchs im I. Quartal im Euro-Raum (real +2% gegenüber dem Vorjahr) und besonders in Deutschland (+1,5%) kräftiger, als in allen Konjunkturanalysen erwartet. In Österreich blieb die Expansion mit +0,7% noch sehr verhalten. Vieles deutet darauf hin, dass die vom Boom in China und dem Aufschwung in Nordamerika getragene günstige Entwicklung der Weltwirtschaft allmählich auch in Europa Wachstumskräfte entfaltet. Die mehr als drei Jahre dauernde Stagnation der Wirtschaft im Euro-Raum könnte nun einer verhaltenen Konjunkturerholung gewichen sein. Vor allem die deutsche Exportwirtschaft profitiert von ihrer engen Verflechtung mit der Weltwirtschaft.

Gemäß den Konjunkturumfragen im Euro-Raum, in Deutschland und in Österreich schätzen die Unternehmen der Sachgütererzeugung die aktuelle Geschäftslage merklich günstiger ein als vor einem Jahr; allerdings erwarten sie keine zügige Aufwärtstendenz, wie sie für vergangene Konjunkturzyklen typisch war. Der hohe Wechselkurs des Euro, der kräftige Anstieg der Rohstoffpreise auf den Weltmärkten und vor allem die anhaltende Schwäche der Konsumnachfrage im Euro-Raum bilden Risiken für den weiteren Gang der Konjunktur.

Die österreichische Industrie profitiert aufgrund ihrer engen Zulieferbeziehungen vor allem von der markanten Erholung der deutschen Exportwirtschaft. Im Frühjahr dürfte die Warenausfuhr bereits kräftig gestiegen sein. Der Export wird heuer real um 5½% wachsen, obwohl die effektive Aufwertung und eine Verschärfung der Konkurrenzbedingungen in den neuen Mitgliedstaaten der EU den Marktanteil der heimischen Exporteure leicht dämpfen. Die preisliche Wettbewerbsposition der österreichischen Industrie hat sich mittelfristig deutlich verbessert, die relativen Lohnstückkosten sind gegenüber den Handelspartnern seit 1999 um 6% gesunken. Die Wertschöpfung der Sachgütererzeugung steigt 2004 real um 2,8%, merklich rascher als im Durchschnitt der letzten drei Jahre. Eine Aufwärtstendenz der Absatzerwartungen und der Kapazitätsauslastung bringt heuer auch die Investitionskonjunktur in Gang. Allerdings wurden aus steuerlichen Gründen häufig Anschaffungen, vor allem von Fahrzeugen, bereits in das Jahr 2003 vorgezogen.

Der Anstieg der Energiepreise hat eine beträchtliche Verschlechterung der Terms-of-Trade zur Folge und trägt dazu bei, dass das Defizit in der Leistungsbilanz bei etwa 2 Mrd. € verharrt. Er schlägt auch bereits auf die Verbraucherebene durch und er-

hört die Inflationsrate in den Jahren 2004 und 2005 im Durchschnitt um ¼ Prozentpunkt auf jeweils knapp 2%. Das Wachstum der verfügbaren Realeinkommen (2004 +1¼%) wird leicht gedämpft. Die Nettorealeinkommen je Arbeitnehmer nehmen 2004 das vierte Jahr in Folge kaum zu. Die Mehraufwendungen für Energie dämpfen den Konsum der privaten Haushalte leicht, gehen aber vor allem zulasten des Sparanteils am verfügbaren Einkommen. Erst im Jahr 2005 bringt die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer eine merkliche Erhöhung der Pro-Kopf-Einkommen. Die Entwicklung der Konsumausgaben der privaten Haushalte könnte dann zum ersten Mal seit vier Jahren den langfristigen Durchschnitt erreichen (real +2½%). Die Sparquote wird auf knapp 9% der verfügbaren Einkommen steigen.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt						
Real	+ 3,4	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,5
Nominell	+ 4,9	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,1	+ 4,2
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real	+ 6,4	+ 1,5	+ 0,5	- 0,2	+ 2,8	+ 4,0
Handel, real	+ 3,7	- 0,0	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,4	+ 2,5
Private Konsumausgaben, real	+ 3,3	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,6	+ 2,5
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 6,2	- 2,3	- 2,8	+ 4,6	+ 3,2	+ 3,7
Ausrüstungen ²⁾	+ 11,8	- 2,1	- 5,2	+ 6,2	+ 4,0	+ 6,0
Bauten	+ 1,9	- 2,5	- 0,7	+ 3,3	+ 2,5	+ 1,7
Warenexporte ³⁾						
Real	+ 13,1	+ 7,5	+ 5,2	+ 2,7	+ 5,5	+ 6,8
Nominell	+ 15,6	+ 6,5	+ 4,2	+ 1,9	+ 6,4	+ 7,3
Warenimporte ³⁾						
Real	+ 10,9	+ 5,7	+ 0,8	+ 6,2	+ 3,8	+ 7,1
Nominell	+ 14,7	+ 5,0	- 2,0	+ 5,0	+ 6,0	+ 7,8
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. €					
	- 5,36	- 4,13	+ 0,36	- 2,04	- 1,80	- 2,02
	in % des BIP					
	- 2,6	- 1,9	+ 0,2	- 0,9	- 0,8	- 0,8
Sekundärmarktrendite ⁴⁾	in %					
	5,6	5,1	5,0	4,2	4,3	4,5
Verbraucherpreise						
	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,8
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁵⁾	3,7	3,6	4,3	4,4	4,5	4,4
In % der unselbständigen						
Erwerbspersonen ⁶⁾	5,8	6,1	6,9	7,0	7,1	7,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁷⁾	+ 0,9	+ 0,4	- 0,5	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,9
Finanzierungssaldo des Staates						
(laut Maastricht-Definition)	in % des BIP					
	- 1,5	+ 0,2	- 0,2	- 1,3	- 1,2	- 1,7

¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – ²⁾ Einschließlich sonstiger Anlagen. – ³⁾ Laut Statistik Austria. – ⁴⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark). – ⁵⁾ Labour Force Survey. – ⁶⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁷⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer.

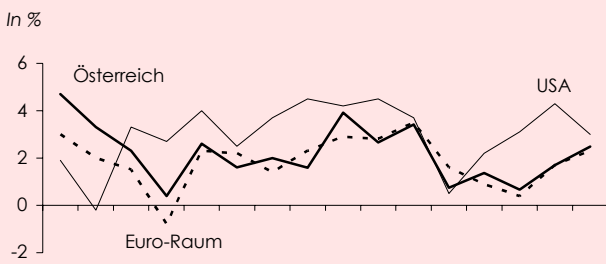
Die Bauwirtschaft erwies sich schon 2003 als wichtiger Wachstumsmotor, sie expandiert auch heuer kräftig (real +2½%). Im Tiefbau bleibt die Auftragslage sehr gut, im Hochbau kündigt sich jedoch eine Abschwächung an. Zum einen steigt die Leerstandsquote im Bürobereich rasch, sodass die Produktion gedrosselt werden dürfte. Zum anderen gehen die Baubewilligungen für geförderte Wohnungen aufgrund der schwachen Nachfrage erheblich zurück (2003 -4.000 Einheiten, -10%).

Wie gewohnt reagiert die Beschäftigung auf die Verbesserung der Konjunktur. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten erhöht sich heuer um 0,6% und 2005 um 0,9%. Nun könnte auch die Zahl der beschäftigten Inländer, die in den vergangenen zwei Jahren um 30.000 geschrumpft war, wieder leicht zunehmen. Der Zustrom an ausländischen Arbeitskräften auf den Arbeitsmarkt bleibt sehr hoch. In der Folge dieser starken Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes reagiert die Zahl der Arbeitslosen nicht auf die günstigere Konjunkturlage, sie verharrt im Jahresdurchschnitt 2005 bei etwa 240.000.

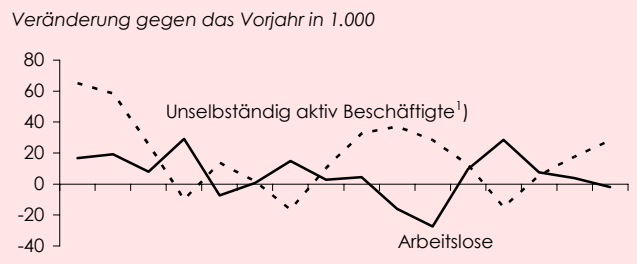
Auch der Finanzierungssaldo des öffentlichen Sektors verringert sich trotz der Erholung der Wirtschaft nicht. Das Defizit beträgt laut Maastricht-Berechnung heuer etwa 3 Mrd. € (-1¼% des BIP), im kommenden Jahr 4 Mrd. € (-1¾%). Die Verlängerung der steuerlichen Investitionsförderungen sowie steigende Transfers für Kinderbetreuungsgeld und Altersteilzeit belasten 2004 das Budget. 2005 schlägt sich vor allem die umfangreiche Senkung von Gewinn- und Lohnsteuern nieder.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

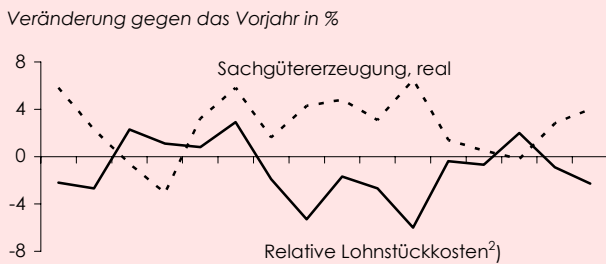
Wirtschaftswachstum



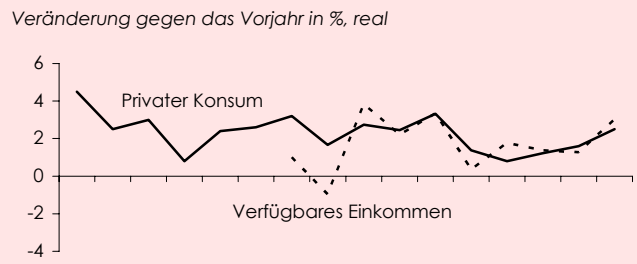
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



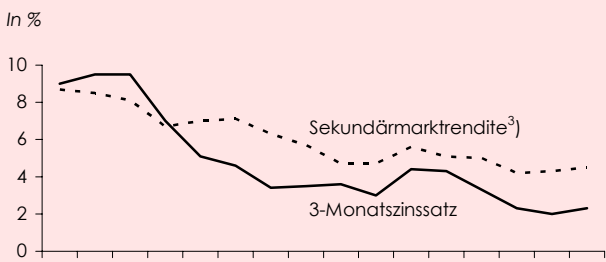
Wettbewerbsfähigkeit und Produktion



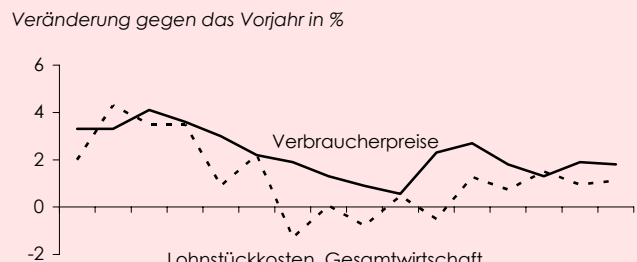
Konsum und Einkommen privater Haushalte



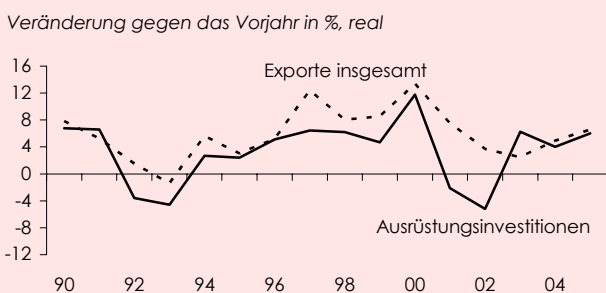
Kurz- und langfristige Zinssätze



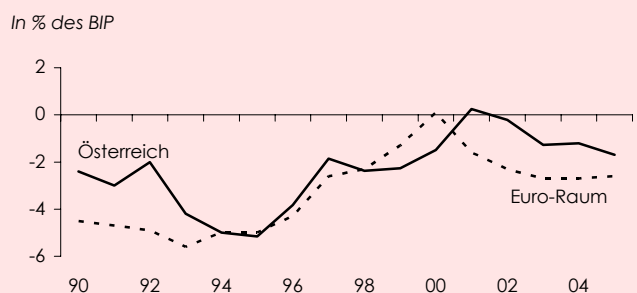
Preise und Lohnstückkosten



Export und Investitionen



Finanzierungssaldo des Staates



¹⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer. – ²⁾ In der Sachgütererzeugung, gegenüber den Handelspartnern, in einheitlicher Währung. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Die Weltwirtschaft entwickelt sich – angetrieben vom Boom in China und dem Konjunkturaufschwung in Nordamerika – außergewöhnlich günstig. Das Wachstum des Welthandels könnte heuer mehr als 8% erreichen und dürfte sich 2005 nur wenig abschwächen. Die hohe Dynamik der Weltwirtschaft strahlt auch auf jene Wirtschaftsräume aus, die bedingt durch die Schwäche der Binnennachfrage von langjähriger Stagnation geprägt sind. Insbesondere in Japan folgt der Erholung des Exports nun auch eine Ausweitung von Investitionen und Konsum der privaten Haushalte. Auch

Kräftige Expansion der Weltwirtschaft

für Europa bedeutet die rege internationale Nachfrage einen entscheidenden Konjunkturimpuls. Die traditionell stark mit der Weltwirtschaft verflochtenen exportorientierten Volkswirtschaften – insbesondere Deutschland – verzeichneten im I. Quartal 2004 bereits eine markante Ausweitung der Ausfuhr.

Das rasche Wachstum der Weltwirtschaft und des Welt Handels verleiht nun auch jenen Volkswirtschaften Impulse, die bislang wegen der Schwäche ihrer Binnennachfrage von Stagnation geprägt waren. Gleichzeitig trägt es zu kräftigem Preisaufrtrieb auf den Rohstoffmärkten bei.

Übersicht 2: Annahmen über die internationale Konjunktur

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt, real						
OECD insgesamt	+ 3,9	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,1	+ 3,3	+ 2,7
USA	+ 3,7	+ 0,5	+ 2,2	+ 3,1	+ 4,3	+ 3,0
Japan	+ 2,8	+ 0,4	- 0,4	+ 2,5	+ 3,5	+ 2,8
Asien (ohne Japan)	+ 6,8	+ 5,2	+ 6,0	+ 7,2	+ 7,0	+ 6,5
EU 25	+ 3,6	+ 1,7	+ 1,1	+ 0,9	+ 2,1	+ 2,5
EU 15	+ 3,6	+ 1,7	+ 1,1	+ 0,8	+ 2,0	+ 2,4
Euro-Raum	+ 3,5	+ 1,6	+ 0,9	+ 0,4	+ 1,7	+ 2,3
Deutschland	+ 2,9	+ 0,8	+ 0,2	- 0,1	+ 1,4	+ 1,8
Beitrittsländer ¹⁾	+ 4,1	+ 2,5	+ 2,4	+ 3,6	+ 4,0	+ 4,0
Welthandel, real	+ 12,4	+ 0,3	+ 3,3	+ 4,1	+ 8,5	+ 7,0
Marktwachstum Österreichs ²⁾	+ 12,2	+ 2,2	+ 1,8	+ 4,4	+ 6,0	+ 6,8
Weltmarkt-Rohstoffpreise ³⁾						
Insgesamt	+ 51,0	- 8,0	- 5,0	- 4,0	+ 14,0	+ 4,0
Ohne Rohöl	+ 19,0	- 3,0	- 6,0	- 6,0	+ 12,0	+ 10,0
Erdölpreis ⁴⁾	\$ je Barrel	28,0	23,6	24,1	28,4	34,5
Wechselkurs	\$ je Euro	0,924	0,896	0,945	1,131	1,20

¹⁾ Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern. – ²⁾ Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ³⁾ HWWA-Index, Euro-Basis. – ⁴⁾ Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

Das rasche Wachstum der Weltwirtschaft geht mit einem kräftigen Anstieg der Nachfrage und der Preise international gehandelter Rohstoffe einher. Besonders stark steigen die Importe von Rohöl, Metallen und Halbfertigwaren in China. Rohstoffe verteuern sich beträchtlich, auch auf Euro-Basis. Alle internationalen Analysen lassen erwarten, dass die hohen Rohstoffpreise das Wachstum der Wirtschaft in den Industrieländern zwar dämpfen, aber nicht entscheidend verringern werden.

Starker Anstieg der Rohstoffpreise dämpft Konjunktur leicht

Die Rohstoffpreise lagen laut HWWA-Index auf Euro-Basis im Mai um 36% über dem Tiefstand vom Mai 2003. Besonders Chinas Importnachfrage nach Rohstoffen ist ungebrochen, doch auch die Konjunkturerholung in den Industrieländern trägt zum hohen Preisniveau bei. Trotzdem deutet sich eine Abflachung des Preisanstiegs an. Einerseits verkündet die Regierung in China eine "sanfte Landung" – das sollte ein Nachlassen der spekulativen Käufe auf den Rohstoffmärkten nach sich ziehen –, und andererseits wird die Förderung von Rohstoffen kräftig ausgeweitet.

Schwierig zu bewerten ist die Lage auf dem Weltmarkt für Rohöl. Das WIFO revidiert seine Annahme für den Rohölpreis von 31 \$ je Barrel für den Jahresdurchschnitt 2004 und 2005 auf 34,5 \$ je Barrel. Im Rohölpreis auf den Weltmärkten ist aufgrund der erheblichen Gefahr weiterer Terroranschläge in den erdölexportierenden Ländern eine hohe Risikoprämie enthalten. Die Entwicklung der Erdölpreise ist deshalb sehr unsicher und eng mit der geopolitischen Lage verbunden. Eine Verschärfung der politischen Instabilitäten im Nahen und Mittleren Osten würde neuerlich kräftige Zuschläge auf die Erdölpreise bewirken. Die hohe Risikoprämie kann wegen knapper Raffinerie-Kapazitäten in den USA kaum durch eine Steigerung der Produktion beseitigt werden. Verschärft wird die Situation durch die strategische Lagerauffüllung durch die USA und spekulative Käufe.

Dennoch erwiesen sich bislang die negativen Auswirkungen auf Inflation und BIP in den Industrieländern als gering. Die Erdölabhängigkeit der Industrieländer ist heute geringer als in der Vergangenheit, und auch die Stärke des Euro gegenüber dem Dollar hat den Preisaufrtrieb lange abgefedert. Seit Mai machen sich allerdings im Euro-Raum deutliche Preisaufrtriebstendenzen bemerkbar, bislang vor allem aufgrund einer Verteuerung der Kraftstoffe. Die Auswirkungen des Rohölpreisanstiegs dürften das Preisniveau auf Verbraucherebene 2004 und 2005 um jeweils etwa ¼% erhöhen.

Modellrechnungen internationaler Organisationen lassen erwarten, dass ein Anstieg der Rohölpreise um 10% das Wachstum des BIP in den Industrieländern um gut 0,1 Prozentpunkt dämpft. Die Erdölverteuerung dürfte für Österreich kurzfristig einen Wachstumsverlust von etwa 0,15 Prozentpunkten mit sich bringen. Ein Anstieg der Rohölpreise bedeutet eine Veränderung der Terms-of-Trade und eine Umverteilung von Einkommen von den erdölimportierenden zu den erdölexportierenden Ländern. Wenn die Rohölproduzenten zusätzliche Einnahmen zur Ausweitung der Importe verwenden, fallen die negativen Auswirkungen für die Industrieländer mittelfristig geringer aus.

Begünstigt von der starken Expansion der Weltwirtschaft beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum im Euro-Raum im I. Quartal 2004. Das reale BIP erhöhte sich nach vorläufigen Schätzungen der Europäischen Kommission um gut ½% gegenüber dem Vorquartal (saisonbereinigt) und um 2% gegenüber dem Vorjahr. Gegenüber der Vorperiode war dies der höchste Zuwachs seit dem I. Quartal 2001. Die Ausweitung der Produktion geht vor allem auf die zunehmende Nachfrage aus dem Ausland zurück. Zum ersten Mal seit drei Jahren ist auch eine Erholung der Investitionsnachfrage festzustellen, die allerdings aufgrund ausreichender freier Kapazitäten nur verhalten vorankommt.

Die Umfragen der Europäischen Kommission unter den Unternehmen der konjunktur-reagiblen Sachgütererzeugung lassen erkennen, dass sich die Erholung im II. Quartal fortsetzte, allerdings dürfte sich das Wirtschaftswachstum nicht wesentlich beschleunigt haben. Es ist deshalb deutlich zu früh, um von einem Konjunkturaufschwung nach bekanntem Muster und in üblicher Stärke zu sprechen. Das BIP dürfte heuer real um etwa 1¼% und im Jahr 2005 um 2¼% wachsen.

Das größte Problem der Konjunktur im Euro-Raum bleibt die Schwäche des privaten Konsums. Die langsame Erholung des Verbrauchervertrauens im Jahr 2003 setzte sich Anfang 2004 nicht fort. Vor allem die ungünstige Lage auf dem Arbeitsmarkt und die zunehmende Sorge um die Entwicklung der Sozialsysteme verunsichern die privaten Haushalte und veranlassen sie, die geringfügigen Einkommenszuwächse eher zu einer Erhöhung des Sparanteils als zu einer Ausweitung der Konsumausgaben zu verwenden. Bedingt durch die Schwäche der Inlandsnachfrage und die merkliche Expansion der Ausfuhr steigt der seit mehreren Jahren zu beobachtende Überschuss in der Leistungsbilanz des Euro-Raumes. Er dürfte heuer etwa ¾% des BIP erreichen.

Das Wirtschaftswachstum bleibt heuer zu niedrig, um eine Entlastung der Lage auf dem Arbeitsmarkt herbeizuführen. Die Arbeitslosenquote wird im Durchschnitt des Jahres etwa 8,8% der Erwerbspersonen erreichen, um etwa 1 Prozentpunkt mehr als Anfang 2001. Das entspricht einem Anstieg der Zahl der Arbeitslosen während der dreijährigen Stagnationsperiode um mehr als 1 Mio. Auch der kräftige Anstieg der Neuverschuldung des öffentlichen Sektors ist primär ein Ergebnis schwacher Einnahmementwicklung und steigender Belastungen durch die lange Stagnation der Wirtschaft. Das Defizit im Finanzierungssaldo des Staates erreicht im Euro-Raum heuer im Durchschnitt knapp 3% des BIP, fast doppelt so viel wie im Jahr 2001.

Aufgrund der kräftigen Rohstoffverteuerung dürfte der Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex im Euro-Raum 2004 zum fünften Mal in Folge die von der EZB gewählte Marke der Preisstabilität von 2% übersteigen. Allerdings sollte ein vorübergehendes Entstehen von Inflation wegen höherer Importpreise nicht zum Anlass für geldpolitische Reaktionen genommen werden – umso mehr, als von binnenwirtschaftlicher Seite keine Gefahren für die Preisstabilität ausgehen. Die Reallöhne wachsen seit mehreren Jahren pro Kopf um weniger als 1% und damit noch langsamer als die Produktion, die realen Lohnstückkosten gehen stetig zurück. Die kurzfristigen Zinssätze liegen im Euro-Raum nach wie vor über dem Niveau der USA, obwohl deren Wirtschaft markant stärker expandiert.

Beginnende Erholung im Euro-Raum, Arbeitslosigkeit und Budgetdefizite bleiben hoch

Die Wirtschaft des Euro-Raumes beginnt vom Boom der Weltwirtschaft zu profitieren. Die Konjunkturerholung der Exporte hat eingesetzt, aufgrund zu geringer Kapazitätsauslastung ist die Dynamik der Investitionstätigkeit allerdings noch schwach. Heuer dürfte das BIP um 1¼%, 2005 um 2¼% wachsen. Der Überschuss in der Leistungsbilanz steigt stetig.

Die Belebung des Wirtschaftswachstums ist vorläufig zu gering, um die Lage auf dem Arbeitsmarkt und in den öffentlichen Haushalten zu entspannen. Die Arbeitslosenquote wird im Euro-Raum heuer fast 9% der Erwerbspersonen erreichen, das Defizit im Finanzierungssaldo des Staates durchschnittlich knapp 3% des BIP betragen. Der Anstieg des Verbraucherpreisindex dürfte auf über 2% revidiert werden.

Deutsche Exportwirtschaft kräftig belebt

In Deutschland zog der Export im I. Quartal kräftig an und ermöglichte ein unerwartet rasches Wirtschaftswachstum. Die deutsche Exportindustrie profitiert besonders vom Boom der Weltwirtschaft, ihre preisliche und qualitative Wettbewerbsfähigkeit erweist sich als hoch. Allerdings bremsen insbesondere die Schwäche von Bauinvestitionen und privatem Konsum die Konjunkturerholung.

Das Wirtschaftswachstum war in Deutschland im I. Quartal 2004 mit real +0,4% gegenüber dem Vorquartal und +1½% gegenüber dem Vorjahr merklich höher als von den deutschen und internationalen Konjunkturbeobachtern erwartet. Es wurde ausschließlich vom Export getragen, während sich die Inlandsnachfrage weiter als rückläufig erweist. Die deutsche Wirtschaft profitiert überdurchschnittlich von der Erholung der internationalen Nachfrage. Auf Probleme mangelnder qualitativer oder preislicher Konkurrenzfähigkeit deutet wenig hin.

Die rege Expansion der weltweiten Nachfrage wird die deutsche Wirtschaft besonders begünstigen. Kräftige Zuwachsraten im Export sollten auch eine Erholung der Ausrüstungsinvestitionen einleiten. Allerdings bleiben Bauinvestitionen und privater Konsum die bremsenden Faktoren der deutschen Konjunktur. In der Bauwirtschaft sind die Auftragseingänge nach einer Stabilisierung im 2. Halbjahr 2003 seit Jahresbeginn wieder rückläufig. Vor allem die Zurückhaltung der Gemeinden in der Vergabe öffentlicher Investitionen erweist sich als dämpfend. Die Konsumflaute ist auf die schwache Entwicklung der Einkommen und auf verbreitetes Vorsichtssparen zurückzuführen. Die weitere Etappe der Einkommensteuersenkung zu Jahresbeginn hat keine merklichen Impulse für die Konsumausgaben der privaten Haushalte gesetzt.

Die Ergebnisse des ifo-Geschäftsklimaindex bestätigen die Einschätzung einer langsamen Konjunkturerholung mit Rückschlägen. Seit Mitte 2003 verbessert sich die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage der deutschen Wirtschaft allmählich, ohne jene Dynamik zu gewinnen, wie sie etwa für den Konjunkturaufschwung 1993/94 oder 1999/2000 charakteristisch war. Die markante Verbesserung der langfristigen Geschäftserwartungen im 2. Halbjahr 2003 entsprach hingegen zunächst eindeutig dem Muster eines raschen Aufschwungs, diese Erwartungen wurden seit Jahresbeginn aber deutlich nach unten korrigiert.

Die günstigen Rahmenbedingungen für die Exportwirtschaft lassen erwarten, dass sich das Wirtschaftswachstum in Deutschland heuer auf etwa 1½% erhöht; im kommenden Jahr könnte es fast 2% erreichen, sofern die Lage der Weltwirtschaft günstig bleibt. Dies ist aber zu wenig, um einen Rückgang der hohen Arbeitslosigkeit auszulösen, die Arbeitslosenquote wird heuer mehr als 9% betragen. Das Wachstum erlaubt auch keine Entspannung der Budgetsituation. Trotz umfangreicher geplanter Privatisierungserlöse dürfte der Finanzierungssaldo des Staates im Jahr 2005 neuerlich einen Abgang von mehr als 3% des BIP aufweisen. Eine merkliche Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt und der Budgetsituation ist nur im Fall einer deutlichen Beschleunigung des Wirtschaftswachstums möglich.

Entwicklung in den neuen EU-Ländern unterschiedlich

Die neuen EU-Länder weisen durchwegs ein höheres Wirtschaftswachstum auf als die Länder der EU 15. Im Jahr 2003 lag es im Durchschnitt bei gut 3½%, heuer könnte es 4% betragen. Dies spiegelt einen Aufholprozess wider, der allerdings langsamer vorankommt als von der Bevölkerung erwartet. In der Mehrzahl der neuen Mitgliedsländer wird das BIP pro Kopf den Durchschnitt der EU 15 erst in einigen Jahrzehnten erreichen. Besonders rasch wächst – allerdings von relativ niedrigem Niveau aus – die polnische Wirtschaft, insbesondere in der Folge der Abwertung des Zloty und des nunmehr expansiveren Kurses der Zentralbank. Auch in der Slowakei, die lange zu den Nachzüglern im Aufholprozess zählte, beschleunigt sich das Wachstum. Hingegen bleibt die Dynamik in Ungarn, Österreichs Haupthandelspartner unter den neuen EU-Ländern, relativ schwach. Restriktive Zinspolitik zur Stabilisierung der Währung und ein Nachlassen der Dynamik der ausländischen Direktinvestitionen bilden die wichtigsten Ursachen.

Verhaltene Konjunkturerholung

Die österreichische Wirtschaft wuchs im Jahr 2003 real um 0,7%, geringfügig schwächer als der Durchschnitt der EU-Länder (+0,9%). Im I. Quartal 2004 betrug der Anstieg des BIP laut vorläufigen Berechnungen des WIFO gegenüber dem Vorjahr nur 0,7% und blieb damit deutlich hinter dem Durchschnitt der EU 15 zurück (+2,3%). Allerdings setzte im Frühjahr eine Erholung der Warenexporte vor allem nach Deutschland ein, die anhalten sollte. Der WIFO-Konjunkturtest unter den Unternehmen der Sachgütererzeugung deutet nicht auf einen dynamischen Konjunkturaufschwung

hin. Im April und Mai verbesserten sich die Produktionserwartungen etwas, die längerfristige Geschäftslage wird aber merklich ungünstiger eingeschätzt als Ende 2003. Die Unternehmen mussten offenbar die Erwartung einer zügigen Aufwärtstendenz, wie sie für vergangene Konjunkturzyklen typisch war, korrigieren. Die Konjunkturerholung dürfte deshalb in der exportorientierten Industrie verhaltener verlaufen als früher.

Die Inlandsnachfrage entwickelt sich in Österreich nach zwei Jahren der ausgeprägten Schwäche seit 2003 günstiger als in anderen EU-Ländern. Dies geht vor allem auf die Bauwirtschaft zurück, die von hohen öffentlichen Aufträgen im Tiefbau profitiert. Auch der private Konsum erholt sich langsam, 2005 werden positive Impulse durch die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer wirksam. Das Wachstum des BIP könnte sich nach 1,7% (2004) im kommenden Jahr leicht auf 2½% erhöhen. Saisonbereinigt beschleunigt sich die Expansion im II. Quartal 2004 getrieben vom Export und liegt bis zum Ende des Prognosezeitraums bei +½% bis ¾% gegenüber dem Vorquartal.

In Österreich wächst das reale BIP wie in den letzten Jahren nur wenig langsamer als in der EU und etwa gleich rasch wie im Euro-Raum. Die Konjunkturerholung wird primär von der Wirtschaftsentwicklung bei den Handelspartnern bestimmt, allerdings leisten schon seit dem vergangenen Jahr Bauwirtschaft und privater Konsum nennenswerte Wachstumsbeiträge. Die Belebung erscheint noch zu wenig gefestigt, um von einem Aufschwung sprechen zu können.

Übersicht 3: Entwicklung der Nachfrage

	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005
	Mrd. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>								
Konsumausgaben insgesamt	149,45	151,08	152,91	155,81	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,9
Private Haushalte ¹⁾	112,80	114,17	116,00	118,90	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,6	+ 2,5
Staat	36,66	36,91	36,91	36,91	+ 0,1	+ 0,7	± 0,0	± 0,0
Bruttoinvestitionen	45,46	48,18	48,88	50,81	- 3,3	+ 6,0	+ 1,5	+ 3,9
Bruttoanlageinvestitionen	44,80	46,87	48,37	50,15	- 2,8	+ 4,6	+ 3,2	+ 3,7
Ausrüstungen ²⁾	20,23	21,50	22,36	23,70	- 5,2	+ 6,2	+ 4,0	+ 6,0
Bauten	24,57	25,38	26,01	26,45	- 0,7	+ 3,3	+ 2,5	+ 1,7
Vorratsveränderung ³⁾	0,66	1,31	0,51	0,66				
Statistische Differenz	0,03	0,01	0,00	0,00				
Inländische Verwendung	194,94	199,28	201,79	206,62	+ 0,0	+ 2,2	+ 1,3	+ 2,4
Exporte	111,19	113,98	119,57	127,47	+ 3,7	+ 2,5	+ 4,9	+ 6,6
Reiseverkehr	10,54	10,63	10,82	11,17	+ 1,9	+ 0,9	+ 1,7	+ 3,3
Minus Importe	104,96	110,74	115,41	123,02	+ 1,2	+ 5,5	+ 4,2	+ 6,6
Reiseverkehr	8,08	8,15	8,28	8,51	- 4,0	+ 0,8	+ 1,7	+ 2,7
Bruttoinlandsprodukt	201,17	202,52	205,95	211,07	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,5
Nominell	218,33	224,13	231,00	240,69	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,1	+ 4,2

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. – ³⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Die Risiken der vorliegenden Konjunkturprognose scheinen ausgewogen. Getragen von der hohen Dynamik der Weltwirtschaft könnte eine deutlichere Beschleunigung der Exportzunahme in Deutschland – vor allem wenn sie auf die Investitionstätigkeit überspringt – auch die heimischen Wachstumskräfte stärker entfalten. Andererseits weisen die Ergebnisse der Unternehmensbefragungen im Euro-Raum und besonders in Deutschland darauf hin, dass die Konjunkturerholung durch den hohen Wechselkurs des Euro und weitere Ausgabenkürzungen durch den Staat gebremst wird. Ein besonderes Risiko liegt in der Entwicklung der Erdölpreise, die bei einer weiteren Zunahme der geopolitischen Unsicherheiten noch beträchtlich steigen könnten. Für Österreich bestehen erhebliche Unsicherheiten aufgrund der laut Statistik Austria sehr ungünstigen realen Entwicklung der Umsätze im Handel. Diese scheint allerdings zum Teil auf überhöhte Deflatoren im Einzelhandel und besonders im Großhandel zurückzuführen zu sein.

Nach ungünstigem Jahresbeginn nahm die österreichische Ausfuhr im Frühjahr kräftig zu. Im März lag der Export laut vorläufigen Angaben von Statistik Austria nominell um 12½% über dem Vorjahresniveau (I. Quartal +4½%). Damit scheint die Exportschwäche des Vorjahres (nominell +1,9%) überwunden. Besonders deutlich stieg im I. Quartal die Nachfrage aus Deutschland (+7%). Österreich profitiert einmal mehr von der engen Zulieferverflechtung mit der deutschen Exportindustrie. Dies spiegelt sich auch in der Güterstruktur der Ausfuhr: Überdurchschnittlich ausgeweitet wurden die Lieferungen von Maschinen und Fahrzeugen.

**Nachfrage aus
Deutschland Motor für
heimischen
Warenexport**

Der heimische Warenexport dürfte heuer vor allem von der Erholung der deutschen Exportindustrie profitieren und real um 5½% expandieren. Dies bedeutet dennoch leichte Marktanteilsverluste. Der Außenbeitrag zum realen Wirtschaftswachstum ist hoch (+½ Prozentpunkt). Allerdings trägt der kräftige Anstieg der Importpreise dazu bei, dass das Defizit in der Leistungsbilanz bei 2 Mrd. € verharrt.

Das WIFO erwartet für heuer eine Zunahme des Warenexports um real 5½%. Das impliziert leichte Marktanteilsverluste aufgrund einer wechselkursbedingten Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit und verschärfter Konkurrenzbedingungen in den neuen EU-Ländern. Dennoch wächst die Ausfuhr in die neuen EU-Länder kräftig (I. Quartal nominell +10% gegenüber dem Vorjahr). Im kommenden Jahr könnte der Anstieg des Warenexports etwa dem Marktwachstum entsprechen, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Exporteure dürfte sich nach dem Abklingen der Aufwertungseffekte wieder merklich verbessern. Die relativen Lohnstückkosten der Sachgütererzeugung verringern sich gegenüber den Handelspartnern weiter und liegen, trotz der Belastung durch die Aufwertung des Euro in den Jahren 2003 und 2004, um etwa 6% unter jenen des Jahres 1999.

Das Wachstum der Importe bleibt in realer Rechnung hinter jenem des Exports zurück. Zwar bedeutet eine Zunahme der Warenausfuhr auch eine Steigerung der Einfuhr – der Importgehalt des Exports beträgt etwa 33%; neben der relativ schwachen Inlandsnachfrage dämpfen heuer aber institutionelle Faktoren den Import: Die ursprünglich bis Ende 2003 befristete Investitionszuwachsprämie veranlasste im vergangenen Jahr viele Unternehmen, die Anschaffung von Maschinen und vor allem Fahrzeugen (Importanteil 74%) vorzuziehen. Dieser Basiseffekt dämpft heuer das Wachstum der Wareneinfuhr.

Die Importpreise stiegen aufgrund der Hausse auf den internationalen Rohstoffmärkten kräftig, die Terms-of-Trade verschlechtern sich heuer um mehr als 1%. Trotz der kräftigen Zuwächse im Export verbessern sich deshalb die Salden von Handels- und Leistungsbilanz kaum. Das Defizit in der Leistungsbilanz dürfte etwa 2 Mrd. € betragen, das entspricht knapp 1% des BIP. Der Überschuss in der Reiseverkehrsbilanz erhöht sich leicht und erreicht heuer gut 2 Mrd. €. Das Wachstum des Reiseverkehrsexports beschleunigt sich nach real +1¼% im Jahr 2004 auf +3,3% 2005. Die Auswirkungen der Verbesserung der Wirtschafts- und Einkommenslage in den wichtigen Herkunftsländern überwiegen die Dämpfung der Wettbewerbsfähigkeit durch die Aufwertung des Euro.

Ausrüstungs- investitionen steigen konjunkturbedingt

Laut vorläufigen Berechnungen des WIFO stiegen die Ausrüstungsinvestitionen einschließlich sonstiger Anlagen im Jahr 2003 real um mehr als 6%. Diese Zunahme ist deutlich höher, als unter den Rahmenbedingungen schwacher Kapazitätsauslastung zu erwarten gewesen wäre. Sie ist zum einen auf Erneuerungsinvestitionen zurückzuführen, die nach dem Einbruch der Investitionstätigkeit 2001 und 2002 (kumuliert -7%) notwendig wurden, und zum zweiten auf Vorzieheffekte wegen der ursprünglich bis Ende 2003 befristeten Investitionszuwachsprämie.

Eine endogene Erholung der Investitionskonjunktur kam nach Einschätzung des WIFO 2003 nicht in Gang. Die starken Basiseffekte machen eine Prognose der Investitionsentwicklung heuer schwierig. Eine Beschleunigung der Exportsteigerung und die optimistischere Stimmung im WIFO-Investitionstest vom Frühjahr 2004 lassen allerdings erwarten, dass die Unternehmen ihre Investitionen heuer auch konjunkturbedingt ausweiten werden. Das WIFO unterstellt für 2004 ein Wachstum von 4%, das sich 2005 beschleunigen sollte.

Wachstum der Industrieproduktion beschleunigt sich nur langsam

Der WIFO-Konjunkturtest für die Sachgütererzeugung bestätigt eine langsame Erholung der Produktion; eine breite Aufschwungstimmung hat sich noch nicht durchgesetzt.

Die Sachgütererzeugung ist besonders konjunkturreagibel und stark von der Nachfrage aus dem Ausland abhängig. Der Produktionsindex liegt bis einschließlich März vor, er zeigt im I. Quartal einen Anstieg von nominell knapp 4½% gegenüber dem Vorjahr. Laut der vorläufigen VGR des WIFO erhöhte sich die Wertschöpfung im I. Quartal gegenüber dem Vorjahr real um 1¼%. Rezentere Daten für die Industriekonjunktur liefert der WIFO-Konjunkturtest. Die befragten Unternehmen meldeten per Saldo von Mitte bis Ende 2003 eine merkliche Verbesserung des Geschäftsklimas, die allerdings in den ersten Monaten 2004 einer breiten Verunsicherung über den weiteren Konjunkturverlauf wich. Diese könnte durch den neuerlichen Aufwertungsschub des Euro ausgelöst worden sein. Im April und Mai belebten sich die Produktionserwartungen wieder etwas, ohne dynamisch aufwärts zu zeigen. Gemäß dem WIFO-Konjunkturtest hält das Produktionswachstum in der Sachgütererzeugung an, be-

schleunigt sich aber nicht merklich. Das WIFO erwartet deshalb 2004 eine reale Erhöhung der Wertschöpfung von 2,8% und 2005 von etwa 4%.

Die Zahl der Beschäftigten lag in der Sachgütererzeugung in den ersten fünf Monaten des Jahres 2004 um fast 5.000 unter dem Vorjahreswert (-3/4%). Im Jahresdurchschnitt dürfte die Produktion je Beschäftigten um etwa 3 1/2% ausgeweitet werden. Zusammen mit mäßigen Gehaltsabschlüssen bedeutet diese kräftige Produktivitätssteigerung einen Rückgang der Lohnstückkosten um gut 1% pro Jahr. Die relativen Lohnstückkosten gegenüber den Handelspartnern dürften sich heuer um 1% und 2005 um etwa 2% verbessern. Die österreichische Exportindustrie gewinnt wie in der Vergangenheit – sofern keine Aufwertung das Bild trübt – stetig an preislicher Wettbewerbsfähigkeit.

Übersicht 4: Produktivität

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Gesamtwirtschaft</i>						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 3,4	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,5
Erwerbstätige ¹⁾	+ 0,8	+ 0,6	- 0,2	- 0,1	+ 0,5	+ 0,9
Vollzeitäquivalent	+ 1,0	+ 0,6	- 0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,7
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+ 2,6	+ 0,1	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,6
Vollzeitäquivalent	+ 2,4	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,6	+ 1,4	+ 1,8
<i>Sachgütererzeugung</i>						
Produktion ²⁾	+ 6,5	+ 1,4	+ 0,5	- 0,2	+ 2,8	+ 4,0
Beschäftigte ³⁾	+ 0,0	+ 0,2	- 2,5	- 1,7	- 0,5	± 0,0
Stundenproduktivität ⁴⁾	+ 6,6	+ 1,6	+ 3,6	+ 1,3	+ 3,3	+ 3,8
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten ⁵⁾	- 0,1	- 0,4	- 0,5	+ 0,2	± 0,0	+ 0,2

¹⁾ Unselbständige (Beschäftigungsverhältnisse) und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – ²⁾ Nettoproduktionswert, real. – ³⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ⁴⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ⁵⁾ Laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria.

Auch heuer verzeichnet der Schienen- und Straßenbau einen guten Geschäftsgang. Im WIFO-Konjunkturtest beurteilen die Unternehmen des Tiefbaus die Auftragslage weiterhin günstig. Die Ausweitung der Zahl der Projekte, die auf dem Modell der Public Private Partnership basieren, bringt zwar kaum günstigere Finanzierungsbedingungen mit sich, erlaubt aber die Umsetzung von Bauprojekten trotz angespannter Lage der öffentlichen Haushalte. In den letzten Jahren haben vor allem die Gemeinden zum Zweck der Budgetkonsolidierung ihre öffentlichen Investitionen verringert.

Im Hochbau ist die Situation weniger günstig. Zwar sollte der Industriebau von der Steigerung der Ausrüstungsinvestitionen profitieren, Büro- und Wohnungsbau tendieren aber abwärts. Die Leerstandsquote ist im Büro- und Wohnungsbau außergewöhnlich hoch, der Neubau wird deshalb gedrosselt werden. Im Wohnbau flaut die Erholungstendenz des vergangenen Jahres wieder ab. Der merkliche Rückgang der Bewilligungen im Wohnungsneubau (2003: -4.000) lässt für 2005 eine neuerliche Abschwächung der Bautätigkeit erwarten. Mit etwa 42.000 fertig gestellten Wohnungen dürfte die Produktion wegen der geringeren Nachfrage um fast ein Drittel unter dem Höchstwert von 1997 liegen.

Die Beschäftigung geht in der Bauwirtschaft weiter zurück, allerdings verflachen die Arbeitsplatzverluste. Von Jänner bis Mai lag die Zahl der Baubeschäftigten um knapp 2.500 (-1%) unter dem Niveau des Vorjahres. In den letzten fünf Jahren wurde die Zahl der Beschäftigten in der Bauwirtschaft allerdings um 27.000 auf 237.000 verringert. Dies trug zur massiven Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation für ungenügend qualifizierte Männer entscheidend bei.

Tiefbaunachfrage rege, Abschwächung im Wohnbau

Im Schienen- und Straßenbau herrscht eine gute Auftragslage. Der Rückgang der Zahl der genehmigten geförderten Wohnungen spiegelt aber die Schwäche der Nachfrage im Hochbau wider. Die Bauwirtschaft wird heuer real um 2 1/2% und 2005 um 1 3/4% wachsen.

Übersicht 5: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005
	Mrd. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>								
Land- und Forstwirtschaft	4,68	4,46	4,46	4,46	+ 5,7	- 4,8	± 0,0	± 0,0
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	40,81	40,74	41,88	43,56	+ 0,5	- 0,2	+ 2,8	+ 4,0
Energie- und Wasserversorgung	5,85	5,97	6,09	6,21	+ 5,3	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
Bauwesen	13,48	13,87	14,22	14,46	- 0,5	+ 2,9	+ 2,5	+ 1,7
Handel ²⁾	24,78	25,11	25,46	26,10	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,4	+ 2,5
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	7,42	7,58	7,71	7,90	+ 2,4	+ 2,2	+ 1,7	+ 2,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	14,49	14,65	14,84	15,11	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,8
Kreditinstitute und Versicherungen	13,64	13,45	13,55	13,69	+ 0,1	- 1,4	+ 0,8	+ 1,0
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	29,59	30,03	30,69	31,70	+ 2,1	+ 1,5	+ 2,2	+ 3,3
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	10,76	10,74	10,69	10,69	- 0,4	- 0,2	- 0,5	± 0,0
Sonstige Dienstleistungen	25,48	25,85	26,19	26,71	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	190,99	192,46	195,79	200,59	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,7	+ 2,5
Bruttoinlandsprodukt	201,17	202,52	205,95	211,07	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,5

¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Vor Abzug der unterstellten Bankgebühr und der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Energievertierung beschleunigt Inflation

Der Anstieg der Erdölpreise erhöht die Inflationsrate 2004 und 2005 jeweils um etwa ¼ Prozentpunkt, der Preisauftrieb auf Verbraucherebene erreicht in beiden Jahren fast 2%. Die Nettoeallöhne je Beschäftigten wachsen auch heuer kaum, erst mit der Steuersenkung 2005 ergibt sich erstmals seit dem Jahr 2000 ein nennenswerter Zuwachs.

Die Inflationsrate ist seit Jahresbeginn markant gestiegen. War sie im Jänner noch bei 1,1% gelegen, so betrug sie im Mai bereits 2,1%. Der Preisauftrieb geht im Wesentlichen auf die Zunahme der Energiekosten zurück. Die Preise von Nahrungsmitteln (Jänner bis April +2%) und Restaurantkonsum (+2¼%) steigen nach wie vor sehr kräftig. Im Jahresdurchschnitt 2004 dürfte die Inflationsrate fast 2% erreichen. Die Vertierung von Energie wird den Preisauftrieb auf Konsumentenebene bis weit ins Jahr 2005 hinein erhöhen. Deshalb muss auch im kommenden Jahr mit einer Inflationsrate von knapp 2% gerechnet werden. Der nach einheitlichen EU-Standards berechnete Harmonisierte Verbraucherpreisindex steigt heuer um 1,9% und 2005 um 1,6%.

Übersicht 6: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoverdienste pro Kopf ¹⁾	+ 2,5	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,7
Vollzeitäquivalent	+ 2,6	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,6	+ 3,1
Realeinkommen pro Kopf ¹⁾						
Brutto	+ 1,0	- 0,8	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,9
Netto	+ 1,6	- 1,1	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,6	+ 2,2
Nettomasseneinkommen, nominell	+ 4,5	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,5	+ 4,2
Gesamtwirtschaft						
Lohnstückkosten	- 0,5	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,1
Sachgütererzeugung						
Lohnstückkosten	- 5,0	+ 1,6	- 0,7	+ 0,3	- 1,1	- 1,3
Relative Lohnstückkosten ²⁾						
Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner	- 6,0	- 0,4	- 0,7	+ 2,0	- 0,9	- 2,3
Gegenüber Deutschland	- 2,3	- 0,1	- 0,5	+ 0,2	- 1,5	- 1,8
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren						
Nominell	- 2,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 3,7	+ 1,1	- 0,1
Real	- 3,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,9	+ 1,1	- 0,5

¹⁾ Je Beschäftigungsverhältnis (laut VGR). – ²⁾ In der Sachgütererzeugung, in einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Die Inflationsbeschleunigung drückt die Entwicklung der verfügbaren Realeinkommen. Diese werden in der Gesamtwirtschaft heuer um 1¼% zunehmen. Der Anstieg der Energiepreise dämpft zwar auch das Wachstum des privaten Konsums leicht, dürfte primär aber zulasten des Sparanteils am verfügbaren Einkommen gehen. Die Nettomasseneinkommen umfassen die Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen einschließlich der Transfers nach Steuern. Sie erhöhen sich heuer real um nur ½%. Etwa gleich stark dürften die Nettoeinkommen pro Kopf steigen. Erst 2005 ist eine deutlichere Ausweitung der Einkommen je Beschäftigten zu erwarten. Die Senkung der Lohnsteuer wird eine Zunahme der Pro-Kopf-Einkommen nach Steuern um real 2¼% bewirken.

Die Wirtschaftslage im Handel ist derzeit aufgrund hoher Unsicherheiten in den offiziellen Daten sehr schwierig zu beurteilen. Nach einem deutlichen Rückgang der nominellen Umsätze im Jänner und Februar brachten März und April merkliche Zuwächse. Vor allem im Großhandel hat sich die Entwicklung gedreht. Dies steht im Einklang mit den Informationen über den Außenhandel. Allerdings spiegeln die um Preissteigerungen bereinigten Werte diese Erholung nicht ausreichend wider. Sie zeigen einen Rückgang der Umsätze von Jänner bis April um 2½% gegenüber dem Vorjahr. Die mögliche Überschätzung der Preissteigerungen im Einzelhandel dürfte sich jüngst wesentlich verringert haben. Das WIFO geht in der vorläufigen VGR davon aus, dass die Wertschöpfung im Handel im I. Quartal real um knapp 1% unter dem Vorjahreswert lag. Unter diesen Vorzeichen muss die Prognose, die ein Wachstum von gut 1¼% für das Jahr 2004 vorsieht, als optimistisch beurteilt werden.

Günstiger als die Wertschöpfung im Handel zeigt sich die Konsumnachfrage der privaten Haushalte. Sie expandierte im I. Quartal gegenüber dem Vorjahr real um nur 1%, im Jahresdurchschnitt könnten die Konsumausgaben um gut 1½% höher sein als 2003. 2005 wird sich das Wachstum der verfügbaren Realeinkommen aufgrund der Senkung der Lohn- und Einkommensteuer deutlich beschleunigen (+3%). Damit könnte die Steigerung des privaten Konsums erstmals seit 2000 den langfristigen Durchschnitt erreichen (+2½%). Vor allem die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern wird beträchtlich ausgeweitet (real +5½%). Allerdings wird ein wesentlicher Teil der zusätzlichen Ausgaben auf importierte Güter und Auslandsreisen entfallen.

Schwache Umsätze im Handel, Konsum profitiert 2005 von Steuersenkung

Wertschöpfung und Umsätze des Handels blieben in realer Rechnung zu Jahresbeginn merklich unter dem Niveau des Vorjahres. Günstiger zeigt sich die private Konsumnachfrage, sie expandiert 2004 um gut 1½%. Bedingt durch Mehraufwendungen für Energie geht der Sparanteil am verfügbaren Einkommen heuer leicht zurück, erst nächstes Jahr wird er sich infolge der Steuersenkung kräftig erhöhen.

Übersicht 7: Konsum, Einkommen und Preise

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 3,3	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,6	+ 2,5
Dauerhafte Konsumgüter	+ 3,9	+ 1,8	+ 3,6	+ 0,8	+ 2,5	+ 5,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 3,2	+ 1,3	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,5	+ 2,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 3,3	+ 0,4	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,3	+ 3,0
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte ²⁾	8,4	7,5	8,2	8,4	8,3	8,8
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Direktkredite an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 6,7	+ 3,5	+ 1,2	+ 1,6	+ 2,8	+ 3,0
	In %					
Inflationsrate						
National	2,3	2,7	1,8	1,3	1,9	1,8
Harmonisiert	2,0	2,3	1,7	1,3	1,9	1,6
Kerninflation ³⁾	0,9	2,3	2,0	1,3	1,5	1,6

¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. – ³⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

Die Sparquote wird heuer etwas unter dem Wert des Vorjahres liegen. Die Energieverteuerung zieht kaum eine Verringerung der Nachfrage nach sich, sondern primär einen Rückgang des Sparanteils am verfügbaren Einkommen. Im Jahr 2005 wird die Sparquote kräftig steigen und fast 9% des verfügbaren Einkommens erreichen. Die Ausweitung der Einkommen durch die Steuerreform wird etwa zur Hälfte in höhere Ersparnisse fließen.

Beschäftigung reagiert auf Wachstumsbeschleunigung

Die Verbesserung der Wirtschaftslage hat eine Zunahme der Beschäftigung zur Folge. Dies schlägt sich allerdings nicht in einem Rückgang der Arbeitslosigkeit nieder, weil das Angebot an ausländischen Arbeitskräften weiterhin kräftig ausgeweitet wird.

Die langsame Erholung der Produktion schlägt sich mit leichter Verzögerung auch auf dem Arbeitsmarkt nieder. In der Sachgütererzeugung und der Bauwirtschaft, den Sektoren mit dem stärksten Wachstum, verflacht der Beschäftigungsrückgang, der Dienstleistungssektor stellt zusätzliche Arbeitskräfte ein. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten wird heuer um 0,6% (+17.000) und 2005 um 0,9% steigen. Damit könnte der Anteil der aktiv Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter 2005 auf 63,4% zunehmen.

In den Jahren 2002 und 2003 ging die Zahl der beschäftigten Inländer um mehr als 30.000 zurück, heuer könnte sie sich erstmals wieder leicht erhöhen (+4.000). Hingegen steigt die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte seit Jahren kräftig, sie wird auch heuer (+13.000) und 2005 (+21.000) beträchtlich wachsen. Die merkliche Ausweitung des Angebotes an ausländischen Arbeitskräften bildet den Hauptgrund dafür, dass die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums nicht ausreicht, um die Zahl der Arbeitslosen zu senken. Diese wird im Jahresdurchschnitt 2005 über 240.000 verharren. Die Arbeitslosenquote beträgt dann 7,0% der unselbständigen Erwerbspersonen bzw. 4,4% der Erwerbspersonen laut EU Labour Force Survey.

Übersicht 8: Arbeitsmarkt

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
<i>Nachfrage nach Arbeitskräften</i>						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 30,1	+ 13,9	- 11,6	+ 8,5	+ 20,7	+ 31,5
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾²⁾	+ 28,2	+ 12,4	- 15,0	+ 5,5	+ 17,5	+ 28,1
Veränderung gegen das Vorjahr	<i>in %</i>					
Inländer	+ 14,8	+ 3,0	- 20,1	- 10,4	+ 4,5	+ 7,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 13,4	+ 9,5	+ 5,1	+ 15,9	+ 13,0	+ 21,1
Selbständige ³⁾	+ 1,9	+ 1,5	+ 3,4	+ 3,0	+ 3,2	+ 3,4
<i>Angebot an Arbeitskräften</i>						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15- bis 64-Jährige	+ 27,0	+ 27,5	+ 27,0	+ 29,1	+ 11,7	- 4,0
15- bis 59-Jährige	- 16,5	- 13,8	- 1,2	+ 12,3	+ 14,3	+ 26,3
Erwerbspersonen ⁴⁾	+ 2,7	+ 23,5	+ 17,0	+ 16,1	+ 24,6	+ 29,5
<i>Überschuss an Arbeitskräften</i>						
Vorgemerkte Arbeitslose ⁵⁾	- 27,4	+ 9,6	+ 28,5	+ 7,7	+ 3,9	- 2,0
Stand	<i>in 1.000</i>					
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen ⁶⁾	3,7	3,6	4,3	4,4	4,5	4,4
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,3	5,5	6,2	6,3	6,4	6,3
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵⁾	5,8	6,1	6,9	7,0	7,1	7,0
<i>Beschäftigungsquote</i>						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾⁷⁾	63,3	63,3	62,8	62,6	62,8	63,4
Erwerbstätige ⁶⁾⁷⁾	68,5	68,5	69,2	69,2	69,4	69,6

¹⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer. – ²⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ³⁾ Laut WIFO. – ⁴⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – ⁵⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁶⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁷⁾ In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

Steigendes Budgetdefizit trotz günstigerer Konjunktur

Trotz beginnender Verbesserung der Wirtschaftslage tendiert der Staatshaushalt zu einer Verschlechterung seiner Finanzlage. Für den Finanzierungssaldo des Staates ist heuer ein Abgang von etwa 3 Mrd. € zu erwarten, das entspricht 1¼% des BIP. In den ersten Monaten des Jahres 2004 blieb das Aufkommen an Umsatzsteuer überraschend gering und fiel deutlich hinter den Voranschlag zurück. Der Schwäche des privaten Konsums Ende 2003 kann diese Entwicklung nur zum Teil erklären. Auch die Einnahmen an Körperschaftsteuer und Einkommensteuer stiegen nur langsam; hier

schlagen sich u. a. die Kosten der Investitionszuwachsprämie für Unternehmen nieder, die höher als erwartet ausfielen. Die hohe Arbeitslosigkeit sowie ein zunehmender Aufwand für Kinderbetreuungsgeld und Altersteilzeitgeld belasten den Sozialhaushalt. Im Jahr 2005 werden die öffentlichen Haushalte primär von der Senkung der Lohn- und Gewinnsteuern geprägt. Die Steuerreform bringt eine Verschlechterung des Finanzierungssaldos um etwa ¾% des BIP mit sich. Das Defizit des Gesamtstaates wird auf mehr als 4 Mrd. € (1¾% des BIP) steigen.

Übersicht 9: Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	In % des BIP					
<i>Budgetpolitik</i>						
Finanzierungssaldo des Staates						
Laut Maastricht-Definition ¹⁾	- 1,5	+ 0,2	- 0,2	- 1,3	- 1,2	- 1,7
Laut VGR	- 1,7	+ 0,1	- 0,4	- 1,4	- 1,4	- 1,8
Primärsaldo des Staates laut VGR	+ 2,2	+ 3,8	+ 3,1	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,3
	In %					
<i>Geldpolitik</i>						
Dreimonatszinssatz	4,4	4,3	3,3	2,3	2,0	2,3
Sekundärmarktrendite ²⁾	5,6	5,1	5,0	4,2	4,3	4,5
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Effektiver Wechselkursindex						
Nominell	- 2,5	+ 1,0	+ 1,4	+ 3,8	+ 1,2	± 0,0
Real	- 3,4	+ 0,3	+ 0,6	+ 2,8	+ 1,1	- 0,4

¹⁾ Einschließlich Zinsströme aus Swap-Vereinbarungen, die der Staat abschließt. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark).

Februar 2004 •
185 Seiten • 60 €,
Download 48 €

Strukturanalyse des Arbeitsmarktes im Beherbergungs- und Gaststättenwesen

Egon Smeral, Ulrike Huemer, Helmut Mahringer, Birgit Novotny, Kristin Smeral

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24822

März 2004 •
13 Seiten • 20 €,
Download kostenlos

Aktive Beschäftigung in Österreich

Hedwig Lutz, Ewald Walterskirchen

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24893

März 2004 •
102 Seiten • 40 €,
Download 32 €

Förderung des Breitensports in Österreich

Margit Schratzenstaller, Oliver Fritz

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24907

März 2004 •
43 Seiten • 40 €,
Download 32 €

Wiedereinstieg und Beschäftigung von Frauen mit Kleinkindern. Ein Vergleich der bisherigen Karenzregelung mit der Übergangsregelung zum Kinderbetreuungsgeld

Hedwig Lutz

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24945

April 2004 •
161 Seiten • 45 €,
Download 30 €

Gesamtwirtschaftliche Effekte der Siedlungswasserwirtschaft im Zeitraum 1993-2001

Daniela Kletzan, Angela Köppl, Franz Prettenhaler, Karl W. Steininger

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24975

Mai 2004 • 28 Seiten
• 30 €, Download
kostenlos

Selbstfinanzierung der Steuerreform 2004/05

Serguei Kaniovski, Margit Schratzenstaller

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25033

Juni 2004 • 61 Seiten
• 40 €, Download
32 €

Ein Tourismus-Satellitenkonto für Wien. Ökonomische Zusammenhänge, Methoden und Hauptergebnisse

Peter Laimer (ST.AT), Egon Smeral (WIFO)

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25106

June 2004 •
44 pages • 40 €,
Download 32 €

Austrian Exceptionalism. Labour Market Institutions and Wage Disparity

Wolfgang Pollan

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25130

July 2004 • 47 €,
Download 47 €

WIIW-WIFO Database. Foreign Direct Investment in Central and Eastern Europe with Special Attention to Austrian FDI Activities in this Region

Gábor Hunya (wiiw), Jan Stankovsky (WIFO)

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25150

Juli 2004 • 20 €,
Download kostenlos

Arbeitslosigkeit und offene Sozialhilfe in Österreich. Eine quantitative Analyse

Julia Bock-Schappelwein

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25162

Markus Marterbauer

Global Economic Boom Gradually Spreading to the Euro Area and to Austria

Economic Outlook for 2004 and 2005

Growth of GDP is set to attain 1.7 percent this year. Notably demand from Germany has picked up significantly over the last few months. Assuming that the moderate recovery in the euro area will continue, growth may accelerate to 2.5 percent next year, providing incentives also for private consumption. Employment will be stimulated by stronger growth. Despite the cyclical recovery, special factors will nevertheless prevent unemployment from falling and drive the government deficit upwards.

All staff members of the Austrian Institute of Economic Research contribute to the Economic Outlook. Cut-off date: 30 June 2004. • E-Mail Address: Markus.Marterbauer@wifo.ac.at

In the first quarter 2004, GDP growth in the euro area (+2 percent in volume year-on-year) and notably in Germany (+1.5 percent) was stronger than expected by most analysts. In Austria, the expansion remained rather modest, at +0.7 percent. Many indicators suggest that the positive trend in the world economy, supported by the boom in China and the upswing in North America, will gradually strengthen the forces of growth also in Europe. The more than three-year-long economic stagnation in the euro area may now have given way to a tentative business cycle recovery. The German export industry will benefit particularly from its close ties with the world economy.

According to the business surveys for Germany, Austria and the euro area at large, manufacturing firms see current business conditions distinctly more positive than one year ago, even if they do not expect a speedy recovery as it was typical for previous cycles. The high euro exchange rate, the price hikes for internationally traded commodities, and particularly the persistent weakness of consumer demand in the euro area hold risks for the further strengthening of business activity.

Due to its close supply relations, Austrian manufacturing industry benefited mainly from the swift revival of German exports. In spring, merchandise exports have probably picked up strongly. For the whole year, volume export growth is expected at 5½ percent, even if the effective appreciation of the euro and a stronger competitive climate in the new EU member states may lead to some losses in foreign market shares. Over the medium term, price competitiveness of Austrian manufacturing industry has significantly improved, as unit labour costs relative to those of the main trading partners have declined by 6 percent since 1999. Manufacturing value added is set to gain 2.8 percent in volume in 2004, clearly more than on average over the last three years. The upward trend in sales expectations and capacity utilisation will also give incentives to investment this year. It has to be noted, however, that for tax reasons investment spending, notably for business vehicles, has been carried forward to an important extent into 2003.

The rise in energy prices has led to substantial terms-of-trade losses, keeping the current account deficit at around € 2 billion. It is also being passed on to the consumer level, where it will boost headline inflation by ¼ percentage point on average in 2004 and 2005 to rates of close to 2 percent, respectively. Growth of real disposable income will thereby be dampened, to a projected rate of 1¼ percent in 2004. For

the fourth year in a row, real net income per employee will hardly increase this year. The higher energy costs, while slightly dampening private consumption, will be accommodated mainly by a lower household saving ratio. Only in 2005 will per-capita incomes gain substantially, due to the cuts in direct taxes. This will allow private household spending to revert, for the first time in four years, towards its long-term trend growth of 2½ percent in volume. The household saving ratio is expected to move up to almost 9 percent of disposable income.

Construction, a driver of growth already in 2003, is projected to expand by a further healthy 2½ percent in volume this year. Orders remain on a high level in civil engineering, while demand is set to slacken in the building sector. Rising excess capacity will hold back the creation of new office space, and sluggish demand for housing has led to a fall in building permits for subsidised dwellings by 4,000 or 10 percent in 2003.

<i>Main results</i>		2000	2001	2002	2003	2004	2005
		Percentage changes from previous year					
GDP							
Volume		+3.4	+0.8	+1.4	+0.7	+1.7	+2.5
Value		+4.9	+2.8	+2.7	+2.7	+3.1	+4.2
Manufacturing ¹ , volume		+6.4	+1.5	+0.5	-0.2	+2.8	+4.0
Whole sale and retail trade, volume		+3.7	-0.0	+1.2	+1.3	+1.4	+2.5
Private consumption expenditure, volume		+3.3	+1.4	+0.8	+1.2	+1.6	+2.5
Gross fixed investment, volume		+6.2	-2.3	-2.8	+4.6	+3.2	+3.7
Machinery and equipment ²		+11.8	-2.1	-5.2	+6.2	+4.0	+6.0
Construction		+1.9	-2.5	-0.7	+3.3	+2.5	+1.7
Exports of goods³							
Volume		+13.1	+7.5	+5.2	+2.7	+5.5	+6.8
Value		+15.6	+6.5	+4.2	+1.9	+6.4	+7.3
Imports of goods³							
Volume		+10.9	+5.7	+0.8	+6.2	+3.8	+7.1
Value		+14.7	+5.0	-2.0	+5.0	+6.0	+7.8
Current balance	billion €	-5.36	-4.13	+0.36	-2.04	-1.80	-2.02
As a percentage of GDP	%	-2.6	-1.9	+0.2	-0.9	-0.8	-0.8
Long-term interest rate ⁴	%	5.6	5.1	5.0	4.2	4.3	4.5
Consumer prices		+2.3	+2.7	+1.8	+1.3	+1.9	+1.8
Unemployment rate							
Percent of total labour force ⁵	%	3.7	3.6	4.3	4.4	4.5	4.4
Percent of dependent labour force ⁶	%	5.8	6.1	6.9	7.0	7.1	7.0
Dependent employment ⁷		+0.9	+0.4	-0.5	+0.2	+0.6	+0.9
General government financial balance according to Maastricht definition							
As a percentage of GDP	%	-1.5	+0.2	-0.2	-1.3	-1.2	-1.7

¹ Value added, including mining and quarrying. – ² Including other products. – ³ According to Statistics Austria. – ⁴ 10-year central government bonds (benchmark). – ⁵ According to Eurostat Labour Force Survey. – ⁶ According to Labour Market Service, percent of total labour force excluding self employed. – ⁷ Excluding parental leave, military service, and unemployed persons in training.

Employment is reacting in the usual way to the recovery of business activity. The number of people in active employment is seen rising by 0.6 percent this year and 0.9 percent in 2005. The increase may now extend also to domestic employees, the number of which has gone down by 30,000 over the last two years. The inflow of foreign labour remains strong. As a consequence of the sizeable increase in labour supply, unemployment will show little reaction to the friendlier business situation, remaining at around 240,000 on annual average 2005.

Likewise, the public sector financial balance will hardly improve, despite the cyclical recovery. The general government deficit in the Maastricht definition is projected at € 3 billion or 1¼ percent of GDP this year, rising to € 4 billion or 1¾ percent of GDP in 2005. The prolongation of tax concessions for investors and rising outlays for social transfers, such as child care and partial retirement benefits, are exerting a drag on the 2004 budget, while in 2005 the sizeable cuts in direct taxes will lead to shortfalls in revenues.

- 209/2003 **Finance and the Business Cycle. The Ricardian Perspective**
Franz R. Hahn
- 210/2003 **From Hard Currency Policy to Monetary Union**
Heinz Handler
- 211/2003 **The Impact of Inequality on Economic Growth**
Thomas Leoni, Wolfgang Pollan
- 212/2003 **Catching-up in Europe: The Experiences of Portugal, Spain and Greece in the Nineties**
Karl Aiginger
- 213/2003 **Small Firms in Cross-Border Business Networks with the CEEC: Evidence From Austria**
Peter Huber
- 214/2003 **Distribution of Household Income in Austria**
Gudrun Biffi
- 215/2004 **Public Export Guarantees and Foreign Trade Structure**
Peter Egger, Thomas Url
- 216/2004 **ICT-Linked Firm Reorganisation and Productivity Gains**
Martin Falk
- 217/2004 **Regularity and Long-run Dynamics in Consumer Demand Systems**
Kurt Kratena, Michael Wüger (WIFO), Gerold Zakarias (Joanneum Research)
- 218/2004 **Intra-national Labour Market Adjustment in the Candidate Countries**
Peter Huber
- 219/2004 **Health and Employment Status. The Case of Austria**
Gudrun Biffi
- 220/2004 **Has Austria's Accession to the EU Triggered an Increase in Competition? A Sectoral Markup Study**
Harald Badinger, Fritz Breuss
- 221/2004 **Inter-regional Mobility in Europe. A Note on the Cross-Country Evidence**
Peter Huber
- 222/2004 **The Roma in Austria – A Historical Perspective**
Thomas Leoni
- 223/2004 **Finance-Growth Nexus and the P-Bias. Evidence from OECD Countries**
Franz R. Hahn
- 224/2004 **A Long-run Macroeconomic Model of the Austrian Economy (A-LMM). Model Documentation and Simulations**
Josef Baumgartner, Helmut Hofer, Serguei Kaniovski, Ulrich Schuh, Thomas Url

Kennzahlen zur Wirtschaftslage

Der Tabellensatz "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" bietet monatlich einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren zur Entwicklung der österreichischen und internationalen Wirtschaft. Die Daten werden unmittelbar vor Redaktionsschluss aus der Volkswirtschaftlichen Datenbank des WIFO abgefragt. Täglich aktuelle Informationen enthalten die "WIFO-Wirtschaftsdaten" auf der WIFO-Website (<http://www.wifo.ac.at/cqi-bin/tabellen/tabhome.cqi>).

Konjunkturindikatoren für das Ausland

- Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote
- Übersicht 2: Verbraucherpreise
- Übersicht 3: Saisonbereinigte Konjunkturindikatoren für die EU
- Übersicht 4: Dreimonatszinssatz
- Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

Wechselkurse

- Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

Weltmarkt-Rohstoffpreise

- Übersicht 7: HWWA-Index

Kennzahlen für Österreich

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995

- Übersicht 8: Bruttowertschöpfung und Verwendung des Bruttoinlandsproduktes
- Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

Zahlungsbilanz

- Übersicht 10: Cash-Prinzip
- Übersicht 11: Accrual-Prinzip

Tourismus

- Übersicht 12: Übernachtungen
- Übersicht 13: Zahlungsströme im internationalen Tourismus
- Übersicht 14: Hauptergebnisse des Tourismus-Satellitenkontos (TSA)
- Übersicht 15: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Tourismus und Freizeitwirtschaft

Außenhandel

- Übersicht 16: Warenexporte
- Übersicht 17: Warenimporte

Zinssätze

- Übersicht 18: Kurz- und langfristige Zinssätze

Landwirtschaft

- Übersicht 19: Landwirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995
- Übersicht 20: Markt- und Preisentwicklung

Sachgütererzeugung

- Übersicht 21: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage
- Übersicht 22: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Bauwirtschaft

- Übersicht 23: Produktion
- Übersicht 24: Preise und Arbeitsmarkt

Binnenhandel

- Übersicht 25: Umsätze und Beschäftigung im Einzelhandel

Verkehr

- Übersicht 26: Güter- und Personenverkehr

Bankenstatistik

- Übersicht 27: Einlagen und Kredite

Arbeitsmarkt

- Übersicht 28: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren
- Übersicht 29: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen
- Übersicht 30: Arbeitslosenquote und Stellenantrag

Preise und Löhne

- Übersicht 31: Verbraucherpreise und Großhandelspreise
- Übersicht 32: Tariflöhne
- Übersicht 33: Effektivverdienste

Staatshaushalt

- Übersicht 34: Staatsquoten

Soziale Sicherheit

- Übersicht 35: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern
- Übersicht 36: Pensionen nach Pensionsarten
- Übersicht 37: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung
- Übersicht 38: Beiträge des Bundes

Umwelt

- Übersicht 39: Energiebedingte CO₂-Emissionen
- Übersicht 40: Umweltrelevante Steuern im Sinne der VGR

Entwicklung in den Bundesländern

- Übersicht 41: Bruttowertschöpfung
- Übersicht 42: Tourismus
- Übersicht 43: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung
- Übersicht 44: Abgesetzte Produktion im Bauwesen
- Übersicht 45: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit
- Übersicht 46: Arbeitslosenquote

Konjunkturindikatoren für das Ausland

Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote

	2001	2002	2003	2003		2004		2003		2004			
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März	April
	In % der Erwerbspersonen, saisonbereinigt												
OECD insgesamt	6,5	7,0	7,1	7,2	7,2	7,1	6,9	7,1	7,0	7,0	6,9	6,9	6,9
USA	4,8	5,8	6,0	6,1	6,1	5,9	5,6	5,9	5,7	5,7	5,6	5,7	5,6
Japan	5,0	5,4	5,3	5,4	5,2	5,1	4,9	5,2	4,8	5,0	5,0	4,7	4,7
Kanada	7,2	7,6	7,6	7,7	7,9	7,5	7,4	7,5	7,4	7,4	7,4	7,5	7,3
EU	7,4	7,7	8,1	8,1	8,1	8,1	8,1	8,1	8,1	8,1	8,1	8,1	8,1
Euro-Raum	8,0	8,4	8,9	8,9	8,9	8,9	8,9	8,9	8,9	8,9	8,9	9,0	9,0
Deutschland	7,8	8,7	9,7	9,8	9,7	9,7	9,7	9,7	9,6	9,6	9,7	9,8	9,8
Frankreich	8,5	8,8	9,4	9,3	9,4	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5	9,4	9,4
Italien	9,4	9,0	8,6	8,6	8,6	8,5	.	8,5	8,5	8,5	.	.	.
Spanien	10,6	11,3	11,3	11,3	11,2	11,2	11,2	11,2	11,2	11,1	11,2	11,2	11,2
Niederlande	2,5	2,7	3,8	3,8	3,9	4,2	4,6	4,2	4,3	4,5	4,6	4,8	.
Belgien	6,7	7,3	8,1	8,0	8,2	8,3	8,5	8,3	8,4	8,4	8,5	8,5	8,5
Österreich	3,6	4,3	4,2	4,3	4,2	4,2	4,2	4,2	4,2	4,2	4,2	4,2	4,2
Portugal	4,1	5,1	6,4	6,4	6,4	6,6	6,8	6,6	6,7	6,8	6,8	6,8	6,8
Finnland	9,1	9,1	9,0	9,1	9,0	8,9	9,0	8,9	9,0	9,0	9,1	9,1	9,1
Griechenland	10,4	9,9	9,3	9,2	9,2	9,3	.	9,3	9,3
Irland	3,9	4,3	4,6	4,6	4,7	4,6	4,5	4,6	4,6	4,5	4,5	4,5	4,5
Luxemburg	2,1	2,8	3,7	3,6	3,8	3,9	4,0	3,9	3,9	4,0	4,0	4,1	4,2
Großbritannien	5,0	5,1	5,0	5,0	4,9	4,9	.	4,9	4,8	4,7	4,7	.	.
Schweden	4,9	4,9	5,6	5,5	5,6	6,0	6,3	6,0	6,0	6,1	6,4	6,3	6,3
Dänemark	4,3	4,6	5,6	5,6	5,8	5,9	5,9	5,9	6,0	5,9	5,9	5,9	.
Schweiz ¹⁾	1,7	2,5	3,7	3,7	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9
Norwegen	3,6	3,9	4,5	4,6	4,6	4,6	.	4,6	4,6	4,4	4,3	.	.
Polen	18,5	19,8	19,2	19,2	19,2	19,1	19,1	19,1	19,1	19,1	19,1	19,0	18,9
Ungarn	5,6	5,6	5,8	5,8	5,7	5,8	5,9	5,8	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9
Tschechien	8,0	7,3	7,8	7,8	8,0	8,1	8,2	8,1	8,1	8,1	8,2	8,3	8,4
Slowakei	19,4	18,8	17,1	17,2	16,8	16,6	16,6	16,6	16,6	16,6	16,6	16,6	16,6

Q: Eurostat, OECD, – ¹⁾ Nationale Definition. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 2: Verbraucherpreise

	2001	2002	2003	2003			2004		2003			2004		April
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Januar	Februar	März			
	Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Verbraucherpreisindex														
OECD insgesamt	+ 3,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,1	
USA	+ 2,8	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,3	
Japan	- 0,7	- 0,9	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,1	- 0,5	- 0,4	- 0,3	+ 0,0	- 0,1	- 0,4	
Kanada	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,1	+ 1,7	+ 0,9	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,6	
EU	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,0	
Harmonisierter VPI														
Euro-Raum	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,0	
Deutschland	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,7	
Frankreich	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,4	
Italien	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,3	
Spanien	+ 2,8	+ 3,6	+ 3,1	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,2	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,7	
Niederlande	+ 5,1	+ 3,9	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,5	
Belgien	+ 2,4	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,7	
Österreich	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	
Portugal	+ 4,4	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,6	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,4	
Finnland	+ 2,7	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,4	- 0,4	- 0,4	
Griechenland	+ 3,7	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,2	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,6	+ 2,9	+ 3,1	
Irland	+ 4,0	+ 4,7	+ 4,0	+ 4,1	+ 3,9	+ 3,2	+ 2,1	+ 3,3	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,7	
Luxemburg	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,7	
Großbritannien	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,1	.	
Schweden	+ 2,7	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,3	+ 1,9	+ 0,6	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,1	
Dänemark	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,5	
Schweiz ¹⁾	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	+ 0,5	
Norwegen	+ 2,7	+ 0,8	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,5	+ 0,8	- 1,1	+ 1,0	+ 0,1	- 1,4	- 1,5	- 0,4	+ 0,4	
Polen ¹⁾	+ 5,5	+ 1,9	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,3	
Ungarn ¹⁾	+ 9,2	+ 5,3	+ 4,7	+ 3,9	+ 4,7	+ 5,4	+ 6,8	+ 5,6	+ 5,7	+ 6,6	+ 7,1	+ 6,7	+ 6,9	
Tschechien ¹⁾	+ 4,7	+ 1,8	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,8	+ 2,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,2	
Slowakei ¹⁾	+ 7,3	+ 3,1	+ 8,6	+ 7,9	+ 9,1	+ 9,5	+ 8,3	+ 9,8	+ 9,2	+ 8,3	+ 8,5	+ 8,2	+ 8,0	

Q: Statistik Austria, OECD. – ¹⁾ Nationale Definition. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 3: Saisonbereinigte Konjunkturindikatoren für die EU

	2001			2002			2003			2004			
	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.
	Salden aus positiven und negativen Meldungen, in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt												
Auftragsbestände	- 12	- 19	- 28	- 29	- 26	- 27	- 27	- 23	- 27	- 30	- 25	- 20	- 15
Exportauftragsbestände	- 11	- 20	- 27	- 31	- 25	- 22	- 21	- 23	- 26	- 28	- 25	- 20	- 13
Fertigwarenlager	+ 11	+ 15	+ 16	+ 15	+ 12	+ 12	+ 11	+ 10	+ 11	+ 12	+ 12	+ 9	+ 10
Produktionserwartungen	+ 5	+ 3	- 9	- 4	+ 7	+ 4	+ 7	+ 1	+ 2	+ 0	+ 8	+ 12	+ 12
Verkaufspreiserwartungen	+ 2	- 2	- 4	- 8	+ 0	+ 0	+ 1	+ 0	+ 1	- 5	- 2	+ 0	+ 2

Q: Europäische Kommission (DG-ECFIN). • E-Mail-Adresse: Eva.Jungbauer@wifo.ac.at

Übersicht 4: Dreimonatsszinssatz

	2001	2002	2003	2003			2004		2003			2004		Mai
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Januar	Februar	März	April		
	In %													
USA	3,7	1,7	1,2	1,2	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,0	1,0	1,1	1,2	
Japan	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Kanada	4,0	2,6	3,0	3,3	2,9	2,7	2,3	2,7	2,5	2,3	2,2	2,1	2,1	
Euro-Raum	4,3	3,3	2,3	2,4	2,1	2,2	2,1	2,2	2,1	2,1	2,0	2,0	2,1	
Großbritannien	5,0	4,0	3,7	3,6	3,5	3,9	4,1	4,0	4,0	4,1	4,2	4,3	.	
Schweden	3,7	4,1	3,0	3,1	2,7	2,7	2,5	2,7	2,6	2,5	2,4	2,0	.	
Dänemark	4,6	3,5	2,4	2,4	2,1	2,1	2,1	2,0	2,1	2,1	2,1	2,1	2,2	
Schweiz	2,9	1,1	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	.	
Norwegen	7,2	6,9	4,1	4,7	3,1	2,8	2,0	2,6	2,3	2,0	1,8	2,0	2,0	
Polen	13,8	6,4	3,6	3,6	3,3	3,5	3,5	5,3	5,3	0,0	5,2	.	.	
Ungarn	10,8	8,9	8,2	6,6	9,5	10,4	12,4	11,8	12,3	12,7	12,3	11,6	.	
Tschechien	5,2	3,5	2,3	2,4	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,0	2,1	.	

Q: OECD. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauning@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

	2001	2002	2003	2003			2004		2003			2004		Mai
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Januar	Februar	März	April		
	In %													
USA	5,0	4,6	4,0	3,6	4,2	4,3	4,0	4,3	4,2	4,1	3,8	4,3	.	
Japan	1,3	1,3	1,0	0,6	1,2	1,4	1,3	1,4	1,3	1,3	1,4	1,5	1,5	
Kanada	5,5	5,3	4,8	4,7	4,8	4,8	4,4	4,7	4,6	4,4	4,3	4,6	4,8	
Euro-Raum	5,0	4,9	4,2	4,0	4,2	4,4	4,2	4,4	4,3	4,2	4,0	4,2	4,4	
Deutschland	4,8	4,8	4,1	3,9	4,1	4,3	4,1	4,3	4,2	4,1	3,9	4,1	4,3	
Frankreich	4,9	4,9	4,1	3,9	4,1	4,3	4,1	4,3	4,2	4,1	4,0	4,2	4,3	
Italien	5,2	5,0	4,2	4,1	4,2	4,4	4,3	4,5	4,3	4,3	4,2	4,3	4,5	
Spanien	5,1	5,0	4,1	3,9	4,1	4,3	4,1	4,3	4,2	4,2	4,0	4,2	4,3	
Niederlande	5,0	4,9	4,1	4,0	4,1	4,3	4,1	4,3	4,2	4,1	3,9	4,1	4,4	
Belgien	5,1	5,0	4,2	4,0	4,2	4,4	4,2	4,4	4,3	4,3	4,1	4,3	4,4	
Österreich	5,1	5,0	4,2	3,9	4,2	4,4	4,2	4,4	4,2	4,3	4,1	4,2	4,4	
Portugal	5,2	5,0	4,2	4,0	4,2	4,4	4,1	4,4	4,3	4,2	4,0	4,3	4,4	
Finnland	5,0	5,0	4,1	3,9	4,1	4,3	4,1	4,3	4,2	4,1	3,9	4,1	4,3	
Irland	5,0	5,0	4,1	3,9	4,1	4,3	4,1	4,4	4,2	4,2	4,0	4,2	.	
Luxemburg	4,9	4,7	3,3	3,3	3,1	3,3	2,9	3,3	3,0	2,9	2,7	2,8	3,0	
Großbritannien	5,0	4,9	4,6	4,4	4,6	5,0	4,8	4,9	4,8	4,9	4,8	5,0	.	
Schweden	5,1	5,3	4,6	4,4	4,6	4,9	4,5	4,9	4,7	4,6	4,3	4,6	4,7	
Dänemark	5,1	5,1	4,3	4,1	4,3	4,5	4,3	4,5	4,3	4,3	4,1	4,3	4,5	
Schweiz	3,4	3,2	2,7	2,5	2,8	2,9	2,7	2,8	2,8	2,7	2,6	2,8	2,9	
Norwegen	6,3	6,4	4,6	4,5	4,3	4,3	3,5	4,1	3,8	3,4	3,3	3,9	.	

Q: OeNB, OECD. Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauning@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Wechselkurse

Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

	2001	2002	2003	2003		2004		Jänner	Februar	2004				
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			März	April	Mai	Juni	
				Fremdwährung je Euro										
Dollar	0,90	0,94	1,13	1,12	1,19	1,25	1,20	1,26	1,26	1,23	1,20	1,20	1,21	
Yen	108,73	118,07	130,96	132,10	129,46	134,01	132,14	134,13	134,78	133,13	129,08	134,48	132,86	
Schweizer Franken	1,51	1,47	1,52	1,54	1,55	1,57	1,54	1,57	1,57	1,57	1,55	1,54	1,52	
Pfund Sterling	0,62	0,63	0,69	0,70	0,70	0,68	0,67	0,69	0,68	0,67	0,67	0,67	0,66	
Tschechische Krone	34,06	30,82	31,84	32,17	32,10	32,86	32,04	32,72	32,86	32,99	32,52	31,98	31,61	
Estonische Krone	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	
Zypern-Pfund	0,58	0,58	0,58	0,59	0,58	0,59	0,58	0,59	0,59	0,59	0,59	0,59	0,58	
Lettische Lats	0,56	0,58	0,64	0,64	0,65	0,67	0,65	0,67	0,66	0,66	0,65	0,66	0,66	
Litauische Litas	3,57	3,46	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	
Ungarischer Forint	256,62	242,89	253,52	259,58	259,94	260,27	252,11	264,32	263,15	253,33	250,41	252,91	253,02	
Maltesische Lira	0,40	0,41	0,43	0,43	0,43	0,43	0,43	0,43	0,43	0,43	0,43	0,43	0,43	
Polnischer Zloty	3,67	3,85	4,40	4,42	4,62	4,78	4,69	4,71	4,87	4,76	4,76	4,72	4,59	
Slowenischer Tolar	217,97	225,97	233,83	234,88	236,16	237,79	238,85	237,32	237,98	238,07	238,45	238,74	239,36	
Slowakische Krone	43,30	42,68	41,49	41,75	41,18	40,56	40,08	40,73	40,54	40,40	40,15	40,16	39,92	
Effektiver Wechselkursindex	Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Nominell	+ 1,0	+ 1,4	+ 3,8	+ 2,9	+ 3,4	+ 2,4	.	+ 2,9	+ 2,5	+ 1,7	+ 1,1	.	.	
Industriewaren	+ 0,9	+ 1,3	+ 3,7	+ 2,9	+ 3,3	+ 2,4	.	+ 3,0	+ 2,6	+ 1,8	+ 1,1	.	.	
Real	+ 0,3	+ 0,6	+ 2,8	+ 1,9	+ 2,4	+ 1,8	.	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,4	.	.	.	
Industriewaren	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,0	.	+ 2,2	+ 2,3	+ 1,6	.	.	.	

Q: OeNB. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Weltmarkt-Rohstoffpreise

Übersicht 7: HWWA-Index

	2001	2002	2003	2003		2004		Jänner	Februar	2004			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			März	April	Mai	Juni
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Auf Dollarbasis	- 10,3	+ 0,7	+ 14,3	+ 6,7	+ 13,4	+ 13,0	+ 36,2	+ 11,6	+ 7,0	+ 20,7	+ 35,5	+ 40,5	+ 32,7
Auf Euro-Basis	- 7,9	- 4,6	- 4,3	- 6,7	- 4,7	- 2,9	+ 28,5	- 6,0	- 8,8	+ 6,4	+ 22,6	+ 35,5	+ 27,5
Ohne Energierohstoffe	- 7,3	- 2,6	- 4,6	- 5,2	- 2,1	+ 7,7	+ 18,3	+ 3,5	+ 5,6	+ 14,1	+ 17,1	+ 18,7	+ 19,2
Nahrungs- und Genussmittel	- 4,4	+ 6,0	- 9,3	- 15,5	- 12,9	+ 1,6	+ 18,1	- 4,6	- 3,2	+ 13,2	+ 16,2	+ 18,6	+ 19,6
Industrierohstoffe	- 8,5	- 6,4	- 2,2	+ 0,4	+ 3,8	+ 10,8	+ 18,4	+ 7,5	+ 10,2	+ 14,6	+ 17,5	+ 18,8	+ 18,9
Energierohstoffe	- 8,1	- 5,7	- 4,1	- 7,4	- 6,0	- 7,8	+ 33,9	- 10,3	- 15,2	+ 2,6	+ 25,7	+ 44,9	+ 31,8
Rohöl	- 10,9	- 3,9	- 3,4	- 7,8	- 7,0	- 11,8	+ 27,4	- 13,3	- 18,8	- 2,6	+ 20,1	+ 38,7	+ 23,9

Q: Hamburger Weltwirtschaftsarchiv. • E-Mail-Adresse: Annamaria.Rammel@wifo.ac.at

Kennzahlen für Österreich

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 1995

Übersicht 8: Bruttowertschöpfung und Verwendung des Bruttoinlandsproduktes

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2002	2003				2004
								IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real												
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen													
Land- und Forstwirtschaft	- 3,2	- 0,4	+ 0,4	+ 5,7	- 4,8	+ 0,0	+ 0,0	+ 5,4	+ 0,0	- 4,0	- 7,8	- 5,7	- 0,6
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	+ 3,0	+ 6,4	+ 1,5	+ 0,5	- 0,2	+ 2,8	+ 4,0	- 0,2	- 1,2	- 2,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8
Energie- und Wasserversorgung	+ 3,9	- 0,8	+ 3,6	+ 5,3	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,3	+ 9,4	+ 3,8	- 4,2	- 2,0	- 4,4
Bauwesen	+ 1,4	+ 0,8	- 3,2	- 0,5	+ 2,9	+ 2,5	+ 1,7	- 0,4	+ 4,0	+ 1,3	+ 4,5	+ 2,2	+ 1,2
Handel ²⁾	+ 3,0	+ 3,7	- 0,0	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,4	+ 2,5	+ 0,5	+ 1,9	+ 2,8	+ 0,1	+ 0,6	- 0,9
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	+ 2,8	+ 5,5	+ 3,4	+ 2,4	+ 2,2	+ 1,7	+ 2,5	- 0,8	- 2,2	+ 5,2	+ 4,0	+ 3,5	+ 1,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,4
Kreditinstitute und Versicherungen	+ 4,2	+ 5,2	- 1,0	+ 0,1	- 1,4	+ 0,8	+ 1,0	- 1,1	- 1,2	+ 2,0	- 1,2	- 5,2	- 2,3
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	+ 3,2	+ 6,4	+ 5,0	+ 2,1	+ 1,5	+ 2,2	+ 3,3	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,8	+ 2,6
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	- 3,4	- 0,6	- 1,4	- 0,4	- 0,2	- 0,5	+ 0,0	- 1,2	- 1,4	- 0,9	+ 1,3	+ 0,2	- 1,1
Sonstige Dienstleistungen	+ 1,6	+ 1,8	+ 0,3	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche													
Unterstellte Bankgebühr	+ 2,2	+ 3,7	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,7	+ 2,5	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,6
Gütersteuern minus Gütersubventionen	+ 4,5	+ 5,5	+ 4,1	- 2,7	- 0,2	.	.	- 8,6	- 2,2	+ 2,4	- 0,1	- 0,8	- 1,8
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,7	+ 3,4	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,5	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes													
Konsumausgaben insgesamt	+ 2,6	+ 2,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,2	+ 1,4	+ 2,2	+ 0,9	- 0,1	+ 0,9
Private Haushalte	+ 2,4	+ 3,3	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,6	+ 2,5	+ 1,4	+ 1,7	+ 2,6	+ 1,0	- 0,3	+ 1,1
Staat	+ 3,0	- 0,1	- 1,4	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,4
Bruttoinvestitionen ⁵⁾	+ 4,5	+ 3,3	- 2,5	- 3,3	+ 6,0	+ 1,5	+ 3,9	- 7,8	+ 3,9	+ 3,4	+ 4,7	+ 12,0	+ 2,4
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,1	+ 6,2	- 2,3	- 2,8	+ 4,6	+ 3,2	+ 3,7	- 5,5	+ 2,1	+ 3,5	+ 5,2	+ 7,1	+ 3,3
Ausrüstungen ⁶⁾	+ 4,7	+ 11,8	- 2,1	- 5,2	+ 6,2	+ 4,0	+ 6,0	- 8,5	- 0,7	+ 6,5	+ 6,5	+ 13,2	+ 5,1
Bauten	+ 0,3	+ 1,9	- 2,5	- 0,7	+ 3,3	+ 2,5	+ 1,7	- 3,4	+ 5,6	+ 1,0	+ 4,3	+ 3,0	+ 1,1
Inländische Verwendung ⁷⁾	+ 2,9	+ 2,6	- 0,2	+ 0,0	+ 2,2	+ 1,3	+ 2,4	- 0,4	+ 2,0	+ 2,5	+ 1,9	+ 2,5	+ 1,2
Exporte	+ 8,5	+ 13,4	+ 7,5	+ 3,7	+ 2,5	+ 4,9	+ 6,6	+ 0,8	+ 3,9	- 0,6	+ 2,7	+ 3,9	+ 2,2
Importe	+ 9,0	+ 11,6	+ 5,9	+ 1,2	+ 5,5	+ 4,2	+ 6,6	- 2,3	+ 6,4	+ 3,2	+ 4,8	+ 7,6	+ 3,2
Außenbeitrag ⁸⁾	- 0,2	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,4	- 1,5	+ 0,5	+ 0,1	+ 1,7	- 0,9	- 2,1	- 1,2	- 1,8	- 0,4

Q: Statistik Austria, WIFO. 2004 und 2005: Prognose. - ¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. - ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. - ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. - ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. - ⁵⁾ Einschließlich Vorratsveränderung. - ⁶⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. - ⁷⁾ Einschließlich statistischer Differenz. - ⁸⁾ Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2002		2003			2004
								IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
<i>Nominell</i>													
Bruttonationaleinkommen	+ 2,9	+ 4,9	+ 2,6	+ 3,7	+ 2,5	+ 3,4	+ 4,2	+ 3,9	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,7	+ 3,3
Arbeitnehmerentgelte	+ 3,6	+ 3,4	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,9	+ 3,8	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,7
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	+ 1,9	+ 8,1	+ 4,5	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,9	+ 4,8	+ 3,7	+ 3,2	+ 2,5	+ 3,9	+ 3,7	+ 3,5
Abschreibungen	+ 3,7	+ 4,9	+ 4,8	+ 3,6	+ 3,1	+ 3,5	+ 4,0	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,5	+ 4,1
Nettonationaleinkommen	+ 2,8	+ 4,9	+ 2,2	+ 3,7	+ 2,4	+ 3,4	+ 4,2	+ 4,0	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,6	+ 3,1
Verfügbares Nettonational- einkommen	+ 2,8	+ 5,1	+ 2,2	+ 3,2	+ 2,3	+ 3,3	+ 4,2	+ 3,9	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,3	+ 3,2
<i>Real</i>													
Bruttonationaleinkommen	+ 2,1	+ 2,9	+ 0,4	+ 3,0	+ 0,9	.	.	+ 2,7	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,9	+ 1,4
Abschreibungen	+ 3,3	+ 3,9	+ 3,7	+ 2,9	+ 2,6	.	.	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,9	+ 3,3
Nettonationaleinkommen	+ 2,0	+ 2,7	- 0,1	+ 3,0	+ 0,6	.	.	+ 2,7	+ 0,9	+ 1,0	- 0,2	+ 0,6	+ 1,0
Verfügbares Nettonational- einkommen	+ 2,0	+ 2,9	- 0,1	+ 2,5	+ 0,4	.	.	+ 2,7	+ 0,7	+ 1,0	- 0,2	+ 0,3	+ 1,1
<i>Gesamtwirtschaftliche Produktivität</i>													
BIP real je Erwerbstätigen	+ 1,2	+ 2,6	+ 0,1	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,9
<i>BIP nominell</i>													
Mrd. €	197,06	206,67	212,51	218,33	224,13	231,00	240,69	56,32	53,64	55,60	56,96	57,93	55,23
Je Einwohner	in € 24.657	25.797	26.459	27.115	27.744	28.501	29.601	6.987	6.649	6.885	7.048	7.161	6.820

Q: Statistik Austria, WIFO. 2004 und 2005: Prognose. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Zahlungsbilanz

Übersicht 10: Cash-Prinzip

	2001	2002	2003	2003			2004	2003		2004			
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	Februar	März	April
	Mrd. €												
Leistungsbilanz	- 4,12	+ 0,81	- 0,97	+ 0,85	- 2,68	- 0,07	+ 0,70	+ 0,00	+ 0,07	- 0,32	+ 0,14	+ 0,87	+ 0,30
Warenzahlungen	- 6,24	- 2,40	- 3,82	- 0,67	- 1,60	- 0,50	- 1,09	- 0,27	- 0,65	- 0,49	- 0,37	- 0,23	- 0,32
Dienstleistungen	+ 4,70	+ 5,59	+ 5,41	+ 1,06	+ 0,19	+ 1,32	+ 2,79	+ 0,44	+ 0,66	+ 1,14	+ 0,77	+ 0,89	+ 0,68
Einkommen	- 1,28	- 0,80	- 0,98	+ 0,91	- 0,59	- 0,63	- 0,73	+ 0,11	- 0,08	- 0,98	- 0,00	+ 0,25	+ 0,16
Laufende Transfers	- 1,31	- 1,58	- 1,59	- 0,44	- 0,69	- 0,26	- 0,28	- 0,28	+ 0,15	+ 0,01	- 0,25	- 0,04	- 0,21
Vermögensübertragungen	- 0,54	- 0,58	- 0,31	- 0,06	- 0,03	- 0,14	- 0,01	- 0,04	- 0,08	- 0,00	+ 0,00	- 0,01	+ 0,00
Kapitalbilanz	+ 3,48	- 3,34	+ 0,95	- 2,78	+ 1,41	+ 3,34	- 0,69	+ 0,21	+ 0,45	- 0,43	- 0,22	- 0,03	+ 0,93
Statistische Differenz	+ 1,17	+ 3,11	+ 0,33	+ 1,99	+ 1,30	- 3,13	+ 0,00	- 0,17	- 0,45	+ 0,75	+ 0,08	- 0,83	- 1,23

Q: OeNB. Alle Werte aus vorläufigen Monatsdaten. • E-Mail-Adresse: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Übersicht 11: Accrual-Prinzip

	1999	2000	2001	2002	2003	2002				2003			
						I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
	Mrd. €												
Leistungsbilanz	- 6,33	- 5,36	- 4,13	+ 0,37	- 2,05	+ 1,73	- 0,44	- 1,54	+ 0,61	+ 1,20	- 1,11	- 1,82	- 0,32
Güter	- 3,38	- 2,99	- 1,40	+ 3,76	+ 1,65	+ 0,60	+ 1,07	+ 0,70	+ 1,40	- 0,08	+ 0,39	+ 0,35	+ 1,00
Dienstleistungen	+ 1,65	+ 1,74	+ 2,06	+ 0,63	+ 0,82	+ 2,23	- 0,35	- 1,15	- 0,09	+ 2,39	- 0,43	- 0,74	- 0,40
Einkommen	- 2,70	- 2,66	- 3,44	- 2,23	- 2,46	- 0,62	- 0,51	- 0,52	- 0,58	- 0,63	- 0,54	- 0,65	- 0,63
Laufende Transfers	- 1,90	- 1,45	- 1,35	- 1,80	- 2,07	- 0,48	- 0,64	- 0,57	- 0,12	- 0,48	- 0,53	- 0,78	- 0,28
Vermögensübertragung	- 0,25	- 0,47	- 0,59	- 0,52	- 0,10	- 0,04	+ 0,03	- 0,25	- 0,26	+ 0,10	- 0,05	- 0,03	- 0,13
Kapitalbilanz	+ 6,61	+ 4,68	+ 4,18	- 3,39	+ 3,11	- 4,74	+ 0,78	+ 1,77	- 1,19	- 0,61	- 0,61	+ 2,01	+ 2,32
Direktinvestitionen im Ausland	- 3,10	- 6,23	- 3,51	- 5,58	- 6,28	- 2,15	- 1,11	- 1,86	- 0,46	- 1,61	- 1,55	- 0,79	- 2,33
Direktinvestitionen in Österreich	+ 2,79	+ 9,60	+ 6,61	+ 1,01	+ 6,07	+ 0,55	- 0,20	+ 0,67	- 0,01	+ 1,27	+ 1,20	+ 1,44	+ 2,17
Portfolioinvestitionen	- 2,55	+ 3,23	+ 6,33	- 4,23	+ 5,00	- 0,30	- 0,70	- 2,05	- 1,18	+ 0,37	+ 7,38	- 6,32	+ 3,57
Sonstige Investitionen	+ 7,92	- 2,49	- 7,26	+ 4,07	- 2,79	- 3,66	+ 2,55	+ 4,85	+ 0,34	- 0,82	- 8,41	+ 7,77	- 1,33
Offizielle Währungsreserven	+ 1,96	+ 0,84	+ 2,07	+ 1,81	+ 1,80	- 0,11	+ 0,69	+ 1,08	+ 0,15	+ 0,88	- 0,04	+ 0,18	+ 0,77
Statistische Differenz	- 0,04	+ 1,15	+ 0,54	+ 3,54	- 0,96	+ 3,06	- 0,37	+ 0,02	+ 0,84	- 0,69	+ 1,77	- 0,17	- 1,87

Q: OeNB. • E-Mail-Adresse: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Tourismus

Übersicht 12: Übernachtungen

	2001	2002	2003	2003			2004	2003		2004			
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezemb- er	Jänner	Februar	März	April	Mai
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
In allen Unterkunftsarten	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,2	+ 8,5	+ 2,1	+ 0,3	+ 2,2	- 1,4	- 0,6	+ 10,4	- 4,5	+ 7,5	.
Inländer	+ 1,0	- 1,5	+ 2,3	+ 6,7	+ 2,5	+ 2,6	+ 3,6	+ 4,8	+ 6,3	- 2,5	+ 10,2	+ 1,7	.
Ausländer	+ 1,4	+ 2,5	+ 0,9	+ 9,4	+ 2,0	- 0,6	+ 1,9	- 2,8	- 2,2	+ 14,5	- 8,1	+ 9,8	.
Aus Deutschland	+ 0,9	+ 1,3	- 1,1	+ 12,5	+ 0,4	- 4,1	+ 0,2	- 5,9	- 2,2	+ 18,7	- 14,1	+ 9,7	.
Aus den Niederlanden	+ 4,1	+ 7,1	+ 3,8	+ 14,7	+ 7,9	- 3,0	+ 2,0	- 6,3	- 8,3	+ 5,0	+ 6,9	- 9,6	.
Aus Italien	+ 5,7	+ 4,9	+ 6,8	+ 3,6	+ 9,3	+ 16,1	+ 6,4	+ 22,3	+ 13,5	+ 3,9	+ 0,3	- 8,1	.
Aus der Schweiz	+ 6,9	+ 6,2	+ 7,9	+ 13,8	+ 9,1	+ 5,3	+ 4,9	+ 3,5	+ 5,2	+ 6,4	+ 2,0	+ 5,9	.
Aus Großbritannien	- 0,9	+ 6,6	- 1,1	- 1,5	- 7,5	+ 2,8	+ 4,1	+ 4,5	- 0,5	+ 6,4	+ 5,4	+ 20,6	.
Aus den USA	- 15,9	- 15,2	- 6,7	- 14,2	- 4,9	- 6,8	- 0,4	- 8,3	- 3,3	- 1,4	+ 2,9	+ 32,4	.
Aus Japan	- 9,6	- 8,6	- 5,3	- 36,9	- 11,5	+ 28,7	+ 8,5	+ 25,3	+ 24,1	- 0,5	+ 6,8	+ 55,2	.

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Übersicht 13: Zahlungsströme im internationalen Tourismus

	1999	2000	2001	2002	2003	2002			2003				2004	
						II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	
	Mio. €													
Exporte	11.771	12.361	13.397	13.903	14.673	2.839	3.778	2.780	4.524	3.045	4.114	2.990	4.696	
Einnahmen i. e. S.	10.354	10.752	11.453	11.883	12.462	2.385	3.159	2.332	4.018	2.533	3.457	2.454	4.125	
Personentransport	1.417	1.608	1.944	2.020	2.211	454	619	448	506	512	657	536	571	
Importe	9.366	10.048	10.961	10.825	11.525	2.803	3.398	2.451	2.402	2.881	3.463	2.779	2.452	
Ausgaben i. e. S.	8.623	9.215	10.032	9.936	10.540	2.578	3.140	2.240	2.202	2.649	3.164	2.525	2.200	
Personentransport	743	833	929	889	985	225	258	211	200	232	299	254	252	
Saldo	2.405	2.313	2.436	3.078	3.148	36	380	329	2.122	164	651	211	2.244	
Ohne Personentransport	1.730	1.537	1.421	1.947	1.922	- 193	19	92	1.816	- 116	293	- 71	1.925	

Q: OeNB, WIFO. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Übersicht 14: Hauptergebnisse des Tourismus-Satellitenkontos (TSA)

	2000	2001	2002	2003
	Mio. €			
<i>Touristische Nachfrage</i>				
Ausgaben ausländischer Besucher	12.288	13.397	14.044	14.606
Übernachtende Touristen	11.031	11.957	12.495	12.964
Tagesbesucher	1.257	1.440	1.549	1.642
Ausgaben inländischer Besucher	10.344	10.965	11.308	11.885
Urlaubsreisende	8.188	8.672	8.958	9.487
Übernachtende Touristen ¹⁾	4.844	5.259	5.436	5.755
Tagesbesucher	3.344	3.413	3.521	3.733
Geschäftsreisende	2.156	2.293	2.350	2.397
Übernachtende Touristen	835	917	931	943
Tagesbesucher	1.321	1.376	1.419	1.455
Ausgaben der Inländer in Wochenendhäusern und Zweitwohnungen	822	856	882	905
Gesamtausgaben (Urlaubs- und Geschäftsreisende, einschließlich Verwandten- und Bekanntenbesuche)	23.454	25.218	26.234	27.395

Q: Statistik Austria, WIFO. 2000 und 2001: endgültig, 2002: vorläufig. Zur Methodik siehe Smeral, E., Franz, A., Laimer, P., "Ein Tourismussatellitenkonto für Österreich. Ökonomische Zusammenhänge, Methoden und Hauptergebnisse", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(1), S. 29-37, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=21031. – ¹⁾ Einschließlich Aufwendungen im Zuge von Kuraufenthalten. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Übersicht 15: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Tourismus und Freizeitwirtschaft

	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003
	Mio. €				Anteile am BIP in %			
<i>Tourismus-Satellitenkonto</i>								
Direkte Wertschöpfung des Tourismus laut TSA								
Ohne Dienst- und Geschäftsreisen	11.869	12.500	13.457	14.085	5,7	5,9	6,2	6,3
Einschließlich Dienst- und Geschäftsreisen	12.848	13.566	14.578	15.224	6,2	6,4	6,7	6,8
	Mio. €				Beitrag zum BIP in %			
<i>TSA-Erweiterungen</i>								
Direkte und indirekte Wertschöpfung								
Tourismus (ohne Dienst- und Geschäftsreisen)	18.742	20.174	21.018	21.998	9,1	9,5	9,6	9,8
Freizeitkonsum der Inländer am Wohnort	16.772	17.261	17.938	18.494	8,1	8,1	8,2	8,3
Tourismus und Freizeitwirtschaft in Österreich	35.514	37.435	38.955	40.492	17,2	17,6	17,8	18,1

Q: Statistik Austria, WIFO. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Außenhandel

Übersicht 16: Warenexporte

	2003	2004	2003	2004	2001	2002	2003	2004	2003		2004		
	Mrd. €		Anteile in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %								
		März ¹⁾		März ¹⁾				März ¹⁾	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März
Insgesamt	78,9	20,5	100,0	100,0	+ 6,5	+ 4,2	+ 1,9	+ 4,6	+ 1,4	+ 8,8	- 6,6	+ 7,3	+ 12,4
Intra-EU 25	57,2	14,9	72,4	72,5	+ 5,8	+ 3,5	+ 1,7	+ 4,5	+ 3,4	+ 8,4	- 4,8	+ 8,1	+ 9,9
Intra-EU 15	47,2	12,3	59,8	59,8	+ 6,1	+ 3,0	+ 1,4	+ 3,4	+ 2,7	+ 8,5	- 6,9	+ 6,9	+ 9,6
Deutschland	25,1	6,7	31,8	32,7	+ 3,9	+ 2,6	+ 1,3	+ 7,6	+ 3,5	+ 9,1	- 4,5	+ 11,3	+ 15,4
Italien	7,1	1,9	9,0	9,1	+ 4,6	+ 3,5	+ 8,1	+ 3,0	+ 9,9	+ 5,7	- 6,2	+ 6,3	+ 8,8
10 EU-Beitrittsländer	10,0	2,6	12,7	12,7	+ 4,6	+ 5,9	+ 3,0	+ 10,4	+ 7,1	+ 8,1	+ 6,0	+ 14,1	+ 11,0
MOEL 5	9,7	2,5	12,2	12,3	+ 4,0	+ 4,9	+ 3,3	+ 10,6	+ 6,8	+ 7,6	+ 5,9	+ 14,4	+ 11,2
Ungarn	3,2	0,8	4,0	3,9	- 4,3	+ 0,6	- 4,8	+ 6,3	+ 10,6	- 0,0	+ 3,8	+ 11,9	+ 3,5
Tschechien	2,4	0,6	3,1	2,9	+ 7,6	+ 4,5	+ 7,3	+ 2,6	+ 6,2	+ 8,7	- 0,5	+ 5,4	+ 2,8
Baltikum	0,3	0,1	0,3	0,3	+ 52,6	+ 25,7	+ 19,7	+ 18,2	+ 28,0	+ 33,8	+ 13,7	+ 6,5	+ 31,8
Extra-EU 25	21,7	5,6	27,6	27,5	+ 8,6	+ 6,2	+ 2,6	+ 4,7	- 4,0	+ 9,6	- 11,7	+ 5,4	+ 19,5
Extra-EU 15	31,7	8,2	40,2	40,2	+ 7,3	+ 6,1	+ 2,7	+ 6,4	- 0,5	+ 9,2	- 6,3	+ 7,9	+ 16,8
Südosteuropa	3,0	0,8	3,8	3,7	+ 27,8	+ 17,8	+ 10,5	+ 15,4	+ 9,4	+ 21,5	+ 21,5	+ 5,7	+ 20,0
GUS	1,7	0,4	2,2	1,9	+ 34,6	+ 0,7	+ 24,9	+ 11,7	+ 17,3	+ 46,8	+ 15,6	- 0,1	+ 19,4
Industriestaaten Übersee	6,5	1,9	8,3	9,4	+ 8,7	+ 3,3	+ 2,4	+ 23,8	+ 10,9	+ 19,2	+ 1,2	+ 35,9	+ 33,5
USA	4,1	1,3	5,2	6,2	+ 12,4	+ 2,0	+ 1,9	+ 30,9	+ 18,9	+ 24,0	- 2,5	+ 44,6	+ 51,5
OPEC	1,2	0,3	1,5	1,4	+ 40,2	- 12,1	+ 3,7	+ 11,4	+ 0,3	+ 14,9	- 8,4	+ 11,3	+ 28,3
NOPEC	3,7	1,0	4,7	5,1	+ 14,1	+ 8,3	- 10,7	+ 24,5	- 30,0	+ 6,9	+ 2,0	+ 34,7	+ 34,4
Agrarwaren	4,7	1,2	6,0	5,8	+ 15,6	+ 7,5	+ 14,5	+ 8,8	+ 16,0	+ 19,8	+ 4,9	+ 7,3	+ 13,7
Roh- und Brennstoffe	4,6	1,3	5,8	6,2	+ 16,1	+ 13,3	+ 5,3	+ 16,9	+ 5,8	+ 16,5	+ 8,2	+ 21,1	+ 21,6
Industriewaren	69,6	18,0	88,2	88,0	+ 5,6	+ 3,5	+ 1,0	+ 3,5	+ 0,3	+ 7,6	- 8,3	+ 6,5	+ 11,8
Chemische Erzeugnisse	8,0	1,9	10,1	9,3	+ 10,1	+ 12,0	+ 0,5	- 4,8	- 2,4	+ 1,4	- 20,3	- 0,9	+ 8,0
Bearbeitete Waren	17,8	4,6	22,5	22,5	+ 5,0	+ 0,7	+ 2,6	+ 2,5	+ 1,5	+ 5,6	- 4,8	+ 1,7	+ 10,2
Maschinen, Fahrzeuge	33,2	9,0	42,1	43,9	+ 5,0	+ 2,9	+ 0,5	+ 7,5	- 2,7	+ 10,0	- 8,0	+ 12,6	+ 16,7
Konsumnahe Fertigwaren	10,3	2,5	13,0	12,0	+ 9,0	+ 1,8	+ 1,7	+ 0,1	+ 8,9	+ 8,0	- 4,0	+ 1,0	+ 2,8

Q: Statistik Austria. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. – ¹⁾ Kumuliert. • E-Mail-Adressen: Irene.Langer@wifo.ac.at, Gabriele.Wellan@wifo.ac.at

Übersicht 17: Warenimporte

	2003	2004 März ¹⁾	2003	2004 März ¹⁾	2001	2002	2003	2004 März ¹⁾	2003 Novem- ber	2003 Dezem- ber	Jänner	2004 Februar	März
	Mrd. €		Anteile in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Insgesamt	81,0	20,6	100,0	100,0	+ 5,0	- 2,0	+ 5,0	+ 0,7	+ 5,6	+12,5	- 4,5	+ 0,8	+ 5,0
Intra-EU 25	61,5	15,8	75,9	76,8	+ 4,4	- 1,2	+ 5,1	+ 5,2	+ 5,3	+14,2	- 1,8	+ 6,1	+10,5
Intra-EU 15	52,8	13,5	65,2	65,4	+ 3,8	- 1,5	+ 4,2	+ 3,7	+ 5,4	+13,5	- 2,3	+ 4,0	+ 8,6
Deutschland	33,2	8,6	41,0	41,8	+ 4,5	- 2,6	+ 6,8	+ 8,4	+11,5	+21,2	+ 1,8	+ 7,9	+14,7
Italien	5,7	1,4	7,0	6,9	+ 5,4	- 1,7	+ 2,5	- 1,6	- 2,9	+ 2,0	-10,2	- 0,7	+ 5,1
10 EU-Beitrittsländer	8,6	2,3	10,7	11,4	+ 8,3	+ 1,0	+10,9	+15,1	+ 4,6	+18,8	+ 1,7	+19,4	+22,5
MOEL 5	8,5	2,3	10,5	11,2	+ 8,3	+ 1,0	+10,8	+14,9	+ 4,4	+18,7	+ 1,6	+19,3	+22,1
Ungarn	2,6	0,7	3,2	3,3	+ 3,2	- 4,9	+ 2,7	+ 8,6	- 4,2	+18,6	- 5,8	+17,5	+13,5
Tschechien	2,6	0,7	3,2	3,3	+10,3	+ 5,5	+17,7	+ 7,3	+ 8,3	+27,5	- 1,9	+ 8,2	+13,9
Baltikum	0,1	0,0	0,1	0,1	+ 4,6	+ 1,9	+26,1	+35,6	+33,1	+23,3	+ 2,6	+22,4	+73,1
Extra-EU 25	19,5	4,8	24,1	23,2	+ 7,1	- 4,6	+ 4,8	-12,0	+ 6,5	+ 7,5	-11,9	-13,7	-10,4
Extra-EU 15	28,2	7,1	34,8	34,6	+ 7,4	- 3,0	+ 6,6	- 4,6	+ 5,9	+10,8	- 8,3	- 4,7	- 1,2
Südosteuropa	1,3	0,4	1,6	1,9	+23,5	+16,1	+16,3	+38,9	+12,7	+28,6	+27,7	+45,7	+42,0
GUS	1,9	0,5	2,3	2,5	-10,8	+ 0,3	+ 9,0	- 1,8	- 5,6	+21,5	-14,5	+ 9,9	+ 2,2
Industriestaaten Übersee	6,0	1,4	7,4	7,0	- 2,5	- 7,4	- 7,6	- 6,8	- 8,2	- 3,8	- 9,1	- 6,7	- 4,8
USA	3,1	0,7	3,9	3,5	+ 2,5	-11,3	-16,3	-11,6	-19,7	-11,8	- 7,0	- 9,5	-16,9
OPEC	1,0	0,2	1,2	1,2	- 1,1	-14,4	- 4,5	-12,2	+13,2	-21,0	+43,5	+ 2,8	-49,1
NOPEC	5,1	1,3	6,3	6,4	+24,4	- 7,5	+ 3,3	+ 5,0	+28,4	+11,9	+ 0,1	+ 3,3	+12,0
Agrarwaren	4,9	1,2	6,0	5,6	+11,0	+ 3,8	+ 4,9	- 0,5	- 3,7	+11,8	- 1,8	- 0,2	+ 0,5
Roh- und Brennstoffe	9,4	2,5	11,6	12,1	+ 6,5	+ 3,1	+ 8,0	+ 5,2	+ 4,8	+15,5	+10,8	+ 1,0	+ 4,2
Industriewaren	66,7	17,0	82,4	82,2	+ 4,4	- 3,1	+ 4,7	+ 0,1	+ 6,4	+12,2	- 6,8	+ 0,9	+ 5,5
Chemische Erzeugnisse	9,0	2,1	11,1	10,4	+ 8,7	+ 5,5	+ 3,8	- 9,9	+ 0,4	- 4,7	- 9,4	- 8,9	-11,2
Bearbeitete Waren	12,9	3,2	15,9	15,7	+ 6,1	- 5,7	+ 2,8	+ 3,1	+ 1,3	+ 6,9	- 8,0	+ 4,3	+12,1
Maschinen, Fahrzeuge	32,0	8,4	39,5	40,8	+ 2,6	- 5,0	+ 6,6	+ 3,5	+10,0	+18,5	- 4,7	+ 2,6	+11,4
Konsumnahe Fertigwaren	12,4	3,1	15,3	15,2	+ 5,2	- 2,0	+ 1,8	+ 0,0	+ 4,8	+10,8	- 8,4	+ 1,9	+ 6,3

Q: Statistik Austria. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. - ¹⁾ Kumuliert. • E-Mail-Adressen: irene.langer@wifo.ac.at, Gabriele.Wellan@wifo.ac.at

Zinssätze

Übersicht 18: Kurz- und langfristige Zinssätze

	2001	2002	2003	2003			2004			2004			
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Februar	März	April	Mai	Juni
	In %												
Geld- und Kapitalmarktzinssätze													
Basiszinssatz	+ 3,9	+ 2,7	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5
Taggeldsatz	+ 4,4	+ 3,3	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0
Dreimonatszinssatz	+ 4,3	+ 3,3	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1
Sekundärmarktrendite													
Benchmark	+ 5,1	+ 5,0	+ 4,2	+ 3,9	+ 4,2	+ 4,4	+ 4,2	.	+ 4,3	+ 4,1	+ 4,2	+ 4,4	.
Insgesamt	+ 4,7	+ 4,4	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,4	.	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,6	.
Sollzinssätze der inländischen Kreditinstitute													
An private Haushalte													
Für Konsum: 1 bis 5 Jahre	.	.	+ 5,2	+ 5,5	+ 4,7	+ 4,3	+ 4,4	.	+ 4,4	+ 4,4	+ 4,4	.	.
Für Wohnbau: Über 10 Jahre	.	.	+ 4,8	+ 4,8	+ 4,6	+ 4,8	+ 4,6	.	+ 4,8	+ 4,3	+ 4,3	.	.
An nichtfinanzielle Unternehmen													
Bis 1 Mio. €: Bis 1 Jahr	.	.	+ 4,2	+ 4,2	+ 3,8	+ 3,9	+ 3,9	.	+ 3,9	+ 4,0	+ 3,8	.	.
Über 1 Mio. €: Bis 1 Jahr	.	.	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,9	.	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,9	.	.
An private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen													
In Yen	.	.	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	.	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,0	.	.
In Schweizer Franken	.	.	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	.	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	.	.
Habenzinssätze der inländischen Kreditinstitute													
Einlagen von privaten Haushalten													
Bis 1 Jahr	.	.	+ 2,1	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	.	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	.	.
Über 2 Jahre	.	.	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,9	.	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,9	.	.
Spareinlagen von privaten Haushalten													
Bis 1 Jahr	.	.	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	.	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,1	.	.
Über 2 Jahre	.	.	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,9	.	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,8	.	.

Q: OeNB, EZB. • E-Mail-Adresse: Ursula.Glauning@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Landwirtschaft

Übersicht 19: Landwirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 1995

	Ø 1994/ 1996	1999	2000	2001	2002	2003	Ø 1994/ 1996	1999	2000	2001	2002	2003
	Mio. €, zu Erzeugerpreisen						Mio. €, zu Herstellungspreisen					
Produktionswert												
Pflanzliche Erzeugung	2.298	2.270	2.140	2.266	2.251	2.257	2.747	2.598	2.476	2.613	2.586	2.587
Tierische Erzeugung	2.662	2.292	2.474	2.622	2.423	2.325	2.852	2.371	2.558	2.747	2.581	2.477
Übrige Produktion	442	521	515	514	550	563	442	521	515	514	550	563
Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	5.402	5.083	5.130	5.400	5.224	5.144	6.042	5.490	5.549	5.873	5.717	5.627
Bruttowertschöpfung Landwirtschaft	2.455	2.109	2.194	2.323	2.144	2.015	3.071	2.515	2.613	2.796	2.638	2.498
Nettowertschöpfung Landwirtschaft	1.768	1.187	1.272	1.450	1.291	1.142
	1.000 Jahresarbeitseinheiten						Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft	194,9	177,5	170,3	167,2	164,9	162,5	.	- 1,1	- 4,1	- 1,8	- 1,4	- 1,4
	Real, Ø 1994/1996 = 100						Nominell, Ø 1994/1996 = 100					
Faktoreinkommen je Jahresarbeitseinheit	100,0	85,1	94,5	110,2	103,4	97,0	100,0	88,3	99,5	118,4	112,7	107,8
	Erwerbstätige zu Vollzeitäquivalenten (Jahresarbeitseinheiten)						Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen					
Anteil der Landwirtschaft in %	6,0	5,3	5,0	4,9	4,8	4,8	1,9	1,4	1,3	1,4	1,3	1,2

Q: Eurostat, NewCronos Datenbank, Statistik Austria, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, WIFO-Berechnungen. Werte für 2003: vorläufig. • E-Mail-Adresse: Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at

Übersicht 20: Markt- und Preisentwicklung

	Ø 1994/ 1996	2000	2001	2002	2003	2003				2004		April	
						II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Jänner	Februar		März
	1.000 t					Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Marktentwicklung													
Milchanlieferung	2.278,0	2.660,8	2.653,7	2.649,4	2.645,0	- 0,3	- 0,9	+ 0,3	+ 2,0	+ 1,2	+ 5,1	- 0,1	- 0,2
Marktleistung Getreide ¹⁾	.	2.209,1	2.442,9	2.330,7	1.975,2
Marktleistung Schlachtrinder	196,5	194,8	203,7	198,3	193,3	- 6,8	+ 2,4	- 2,1	- 0,7	- 7,9	- 4,1	+ 9,8	.
Marktleistung Schlachtkälber	13,0	10,2	11,5	10,8	10,2	- 4,0	- 7,4	+ 3,5	+ 1,5	- 4,3	- 4,6	+ 13,2	.
Marktleistung Schlachtschweine	430,5	468,3	453,0	463,5	468,2	- 0,4	- 1,6	+ 3,6	+ 2,8	- 1,9	+ 2,8	+ 7,4	.
Marktleistung Schlachtgeflügel ²⁾	84,2	94,5	99,6	100,7	101,8	+ 2,7	+ 0,4	+ 2,0	.	+ 1,9	.	.	.
	€ je t					Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Erzeugerpreise (ohne Umsatzsteuer)													
Milch (4% Fett, 3,3% EE)	311,5	283,8	324,5	307,0	286,9	- 6,6	- 6,0	- 2,1	- 3,1	- 2,4	- 3,1	- 3,8	- 3,4
Qualitätsweizen	.	125,6	123,4	114,1	111,8	+ 0,6	- 5,5	- 0,8	+ 2,6	- 1,7	+ 2,5	+ 7,3	- 0,9
Jungstiere (R3) ³⁾	.	2.824,2	2.456,7	2.680,0	2.685,8	+ 4,3	- 2,3	- 8,5	- 10,1	- 9,7	- 11,1	- 9,4	- 7,6
Schweine (Kl. E.) ³⁾	.	1.430,8	1.719,2	1.374,2	1.279,2	- 8,8	- 0,7	- 5,5	+ 1,9	- 5,8	- 0,8	+ 12,1	+ 6,5
Hühner bratfertig ³⁾	.	1.827,5	1.941,7	1.935,8	1.917,5	- 0,5	- 1,4	- 0,9	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,0

Q: Agrarmarkt Austria, Statistik Austria, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Wirtschaftsjahr (Juli bis Juni); Körnermais: Oktober bis September. – ²⁾ Back-, Brat- und Truthühner. – ³⁾ € je t Schlachtgewicht. • E-Mail-Adresse: Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at

Sachgütererzeugung

Übersicht 21: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage

	2002	2003	2003		2004	2003				2004		April	
			III. Qu.	IV. Qu.		I. Qu.	Septem- ber	Oktober Novem- ber	Dezemb- ber	Jänner	Februar		März
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionsindex (arbeitstägig bereinigt)													
Insgesamt	- 0,0	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,8	+ 4,6	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,6	+ 4,4	+ 3,9	+ 4,5	+ 5,2	+ 8,2
Vorprodukte	+ 1,3	+ 3,9	+ 3,3	+ 3,9	+ 3,3	+ 0,4	+ 3,4	+ 2,7	+ 5,8	+ 4,6	+ 3,0	+ 2,4	+ 6,0
Kfz	- 4,6	+ 2,7	+ 5,5	+ 8,6	+ 25,0	+ 1,9	- 8,0	+ 15,8	+ 21,5	+ 17,9	+ 27,8	+ 28,8	+ 30,6
Investitionsgüter	+ 2,7	+ 0,0	+ 0,8	+ 3,4	+ 6,2	+ 2,4	+ 2,7	+ 3,3	+ 4,0	+ 5,6	+ 4,1	+ 8,4	+ 7,5
Konsumgüter	- 0,3	+ 0,7	+ 1,7	- 0,5	- 1,3	+ 1,5	- 0,4	- 0,9	- 0,1	- 2,8	- 0,3	- 0,8	+ 4,6
Dauerhafte	- 7,1	- 0,9	- 3,8	- 0,2	+ 1,0	- 2,3	- 2,8	- 0,2	+ 2,2	+ 0,3	+ 1,8	+ 0,7	+ 6,1
Nichtdauerhafte	- 0,3	+ 2,6	+ 4,9	+ 4,4	- 2,5	+ 2,7	+ 6,0	+ 3,1	+ 4,2	- 1,9	- 2,4	- 3,0	+ 1,4
Nahrungs- und Genussmittel	+ 3,3	- 0,2	+ 1,6	- 4,3	- 1,2	+ 2,4	- 4,2	- 4,5	- 4,3	- 4,9	+ 0,7	+ 0,5	+ 6,8
Beschäftigte	- 1,6	- 1,0	- 0,5	- 0,3	+ 0,1	- 0,3	- 0,4	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,3	+ 0,3	.
Geleistete Stunden	- 2,1	- 0,7	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,8	- 0,5	+ 0,1	+ 3,0	- 2,5	+ 1,3	+ 6,1	.
Produktion je Beschäftigten	+ 1,7	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,0	+ 4,4	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,8	+ 4,5	+ 4,1	+ 4,3	+ 4,9	.
Produktion (unbereinigt) je geleistete Stunde	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,0	+ 2,0	+ 4,1	+ 1,6	+ 1,7	+ 2,5	+ 1,8	+ 3,5	+ 3,2	+ 5,0	.
Auftragseingänge	- 2,4	+ 1,1	+ 5,4	+ 6,3	+ 13,2	+ 5,1	+ 9,2	+ 2,2	+ 7,5	+ 0,6	+ 16,1	+ 23,4	.
Inland	- 8,5	- 1,7	- 1,9	+ 4,5	+ 12,7	- 8,7	+ 5,9	+ 9,8	- 1,4	- 2,3	+ 18,1	+ 23,6	.
Ausland	+ 0,5	+ 2,2	+ 8,7	+ 7,1	+ 13,3	+ 11,5	+ 10,6	- 0,6	+ 11,8	+ 1,8	+ 15,3	+ 23,4	.
Auftragsbestand	+ 3,4	+ 5,3	+ 6,6	+ 6,7	+ 11,4	+ 6,5	+ 6,8	+ 6,9	+ 6,3	+ 7,3	+ 12,5	+ 14,3	.
Inland	- 15,6	+ 6,9	+ 8,8	+ 6,0	+ 10,2	+ 4,0	+ 3,5	+ 10,2	+ 4,4	+ 2,5	+ 14,6	+ 13,4	.
Ausland	+ 12,0	+ 4,8	+ 5,9	+ 6,9	+ 11,8	+ 7,4	+ 7,9	+ 5,8	+ 6,9	+ 9,0	+ 11,8	+ 14,6	.

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Traude.Novak@wifo.ac.at

Übersicht 22: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

	2001				2002				2003				2004	
	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	
	Salden aus positiven und negativen Meldungen, in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt													
Auftragsbestände	- 23	- 29	- 41	- 37	- 38	- 32	- 31	- 33	- 29	- 36	- 29	- 24	- 27	
Exportauftragsbestände	- 27	- 32	- 42	- 39	- 34	- 33	- 31	- 34	- 28	- 45	- 36	- 32	- 29	
Fertigwarenlager	+ 19	+ 20	+ 22	+ 20	+ 18	+ 18	+ 16	+ 14	+ 13	+ 16	+ 9	+ 11	+ 10	
Produktionserwartungen	+ 5	+ 3	- 5	+ 2	+ 9	+ 5	+ 6	+ 5	+ 3	+ 3	+ 11	+ 8	+ 10	
Verkaufspreiserwartungen	- 3	- 3	- 12	- 6	- 2	+ 2	- 2	- 5	- 1	- 9	- 1	+ 5	+ 5	

Q: WIFO-Konjunkturtest. • E-Mail-Adresse: Eva.Jungbauer@wifo.ac.at

Bauwirtschaft

Übersicht 23: Produktion

	2001	2002	2003	2003		2004	2003				2004		
				III. Qu.	IV. Qu.		I. Qu.	Septem- ber	Oktober Novem- ber	Dezemb- ber	Jänner	Februar	März
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionswert													
Hoch- und Tiefbau ¹⁾	- 2,9	+ 1,2	+ 9,7	+ 10,5	+ 9,0	+ 0,3	+ 10,3	+ 7,1	+ 9,5	+ 10,6	+ 9,5	- 0,1	- 5,5
Hochbau	- 4,0	- 2,3	+ 8,0	+ 9,0	+ 9,6	- 0,4	+ 11,5	+ 8,1	+ 11,0	+ 9,9	+ 14,6	- 6,4	- 6,1
Wohnhaus-, Siedlungsbau	- 9,7	- 5,1	+ 6,0	+ 7,4	+ 9,5	+ 6,8	+ 5,8	+ 7,3	+ 13,2	+ 8,1	+ 25,6	+ 4,2	- 5,0
Tiefbau	- 1,4	+ 6,2	+ 10,5	+ 11,7	+ 7,3	+ 5,1	+ 8,2	+ 5,5	+ 6,2	+ 11,1	+ 1,7	+ 25,8	- 4,6
Bauwesen insgesamt ²⁾	- 2,7	+ 0,7	+ 8,7	+ 8,8	+ 9,2	+ 1,1	+ 8,6	+ 7,8	+ 8,3	+ 11,7	+ 4,1	+ 1,2	- 1,1
Baunebengewerbe	- 0,2	- 3,1	+ 10,5	+ 9,6	+ 12,3	+ 1,3	+ 8,6	+ 12,2	+ 12,0	+ 12,6	- 3,7	- 1,7	+ 7,9
Auftragsbestände	+ 2,0	- 2,6	+ 4,0	+ 2,7	+ 6,3	+ 8,0	+ 3,7	+ 4,3	+ 7,8	+ 6,9	+ 11,7	+ 2,2	+ 10,4
Auftragseingänge	- 3,7	+ 2,2	+ 9,9	+ 14,3	+ 11,9	+ 5,5	+ 14,0	+ 9,0	+ 22,9	+ 5,4	+ 5,4	- 3,7	+ 14,5

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Wert der technischen Gesamtproduktion nach dem Güteransatz (GNACE), charakteristische Produktion ohne Nebenleistungen. – ²⁾ Wert der abgesetzten Produktion nach dem Aktivitätsansatz (ÖNACE 1995), einschließlich Bauhilfsgewerbe, nach dem Schwerpunkt der Tätigkeit des Bauunternehmens. • E-Mail-Adresse: Monika.Dusek@wifo.ac.at

Übersicht 24: Preise und Arbeitsmarkt

	2001	2002	2003	2003		2004		2004				
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Jänner	Februar	März	April	Mai
Veränderung gegen das Vorjahr in %												
<i>Baupreisindex¹⁾</i>												
Hoch- und Tiefbau	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,4
Hochbau	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 2,1
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,0
Tiefbau	- 0,1	- 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,2	+ 0,0

Arbeitsmarkt

Beschäftigung Hoch- und Tiefbau	- 4,1	- 2,8	- 1,2	- 0,7	- 1,2	- 1,3	.	- 1,5	- 0,2	- 2,2	- 0,5	- 1,0	.
Arbeitslose	+ 10,4	+ 8,0	- 0,9	- 1,1	+ 3,3	+ 0,4	- 3,5	+ 0,1	- 1,4	+ 3,6	- 4,3	- 3,4	- 2,7
Offene Stellen	- 30,9	- 11,0	- 4,0	- 3,4	- 15,5	+ 30,4	+ 41,5	- 2,1	+ 35,6	+ 46,6	+ 53,0	+ 45,3	+ 26,6

Q: Statistik Austria, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich. – ¹⁾ 1996 = 100. • E-Mail-Adresse: Monika.Dusek@wifo.ac.at

Binnenhandel**Übersicht 25: Umsätze und Beschäftigung im Einzelhandel**

	2001	2002	2003	2003		2004		2003		2004			
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März	April
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
<i>Nettoumsätze nominell</i>													
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	- 1,0	- 2,0	+ 4,5	+ 5,4	+ 3,9	+ 5,3	- 1,6	+ 0,3	+ 10,7	- 10,4	- 0,7	+ 4,8	+ 2,9
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	- 3,4	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,9	+ 1,0	+ 1,3	- 1,0	- 0,2	+ 5,2	- 3,8	- 4,0	+ 4,0	+ 3,0
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	+ 0,4	+ 0,6	+ 1,5	+ 4,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,6	- 4,4	+ 1,7	+ 0,4	+ 0,8	+ 3,6	+ 3,4
<i>Nettoumsätze real</i>													
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	- 2,1	- 3,5	+ 2,1	+ 3,2	+ 1,8	+ 3,1	- 3,1	- 1,7	+ 8,0	- 11,7	- 2,0	+ 3,1	+ 1,0
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	- 4,0	+ 2,6	+ 1,6	+ 2,9	+ 0,6	- 0,1	- 2,5	- 2,0	+ 4,0	- 5,2	- 5,0	+ 2,1	- 2,3
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	- 0,8	+ 0,8	+ 0,3	+ 3,1	- 1,2	- 1,1	+ 0,2	- 6,1	+ 0,1	- 1,2	- 1,0	+ 2,6	+ 2,6
<i>Beschäftigte¹⁾</i>													
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	+ 0,5	+ 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	- 0,1	+ 0,4	- 0,2	- 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,9
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	+ 1,6	- 0,6	- 4,2	- 4,1	- 3,8	- 4,6	- 2,0	- 4,6	- 4,6	- 1,2	- 2,4	- 2,5	- 2,7
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	+ 1,1	- 0,7	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,2	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,2	- 0,4	+ 0,9	+ 1,1

Q: Statistik Austria; laut ÖNACE 1995, ab 2003 mit ÖNACE 2003 verkettet. – ¹⁾ Einschließlich im Betrieb tätiger Inhaber und mithelfender Familienmitglieder. • E-Mail-Adresse: Martina.Agwi@wifo.ac.at

Verkehr**Übersicht 26: Güter- und Personenverkehr**

	2001	2002	2003	2003		2004		2003		2004			
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezem-ber	Jänner	Februar	März	April	Mai
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
<i>Güterverkehr</i>													
Straße (in tkm)	+ 2,3	+ 1,5
Neuzulassungen Lkw (Nutzlast 1 t und darüber)	- 13,2	- 7,4	+ 17,6	+ 16,7	+ 14,3	+ 33,9	+ 12,4	+ 113,1	+ 6,7	+ 14,9	+ 14,9	+ 8,1	+ 0,8
Bahn (in tkm)	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,7	+ 5,5	+ 1,1
Inlandverkehr	- 1,0	+ 1,9	- 1,6	+ 3,4	+ 9,4	- 8,3
Ein- und Ausfuhr	+ 1,3	+ 2,7	+ 2,0	- 4,8	+ 8,0	+ 6,1
Transit	+ 5,3	- 2,3	+ 2,0	+ 11,4	- 4,2	- 0,0
<i>Personenverkehr</i>													
Bahn (Personenkilometer)	+ 0,4	+ 0,7
Luftverkehr (Passagiere)	- 0,3	+ 1,4	+ 5,6	- 0,2	+ 5,2	+ 10,9	+ 14,2	+ 14,1	+ 12,1	+ 15,5	+ 14,8	+ 26,5	.
Neuzulassungen Pkw	- 5,1	- 4,8	+ 7,4	+ 6,3	+ 9,5	+ 12,7	+ 0,6	+ 25,6	- 4,3	- 3,1	+ 7,1	+ 3,6	+ 3,7

Q: Statistik Austria, ÖBB. • E-Mail-Adresse: Martina.Agwi@wifo.ac.at

Bankenstatistik**Übersicht 27: Einlagen und Kredite**

	2001	2002	2003	2003		2004		2003		2004			
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März	April
Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %													
<i>Einlagen insgesamt</i>													
Spareinlagen	+ 4,8	+ 1,8	+ 3,5	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,3	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,3	+ 3,4
Termineinlagen	+ 31,8	- 13,8	- 13,4	- 7,2	- 17,5	- 13,4	- 8,4	- 18,0	- 13,4	- 16,6	- 11,5	- 8,4	- 11,6
Sichteinlagen	+ 8,2	+ 9,4	+ 18,0	+ 12,0	+ 14,9	+ 18,0	+ 12,8	+ 16,5	+ 18,0	+ 18,8	+ 14,5	+ 12,8	+ 16,4
Fremdwährungseinlagen	- 19,1	- 9,3	+ 4,9	+ 3,6	+ 11,4	+ 4,9	+ 7,0	+ 22,1	+ 4,9	+ 5,2	+ 2,0	+ 7,0	+ 12,3
<i>Direktkredite an inländische Nichtbanken</i>													
	+ 3,5	+ 1,2	+ 1,6	- 0,1	+ 1,1	+ 1,6	+ 2,3	+ 1,2	+ 1,6	+ 2,3	+ 1,8	+ 2,3	+ 3,0

Q: OeNB. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauning@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Arbeitsmarkt

Übersicht 28: Saisonbereinigte Arbeitsmarktkindikatoren

	2003				2004		2003		2004					
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	
	Veränderung gegen die Vorperiode in %													
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	
Arbeitslose	+ 0,2	+ 0,7	+ 1,9	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,5	- 0,6	+ 0,0	+ 0,8	- 0,4	- 0,8	
Offene Stellen	- 3,9	- 2,0	- 1,4	- 1,4	+ 6,5	+ 3,8	- 3,7	+ 4,6	+ 4,2	+ 4,1	- 4,6	+ 7,2	- 0,7	
Arbeitslosenquote														
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	+ 7,0	+ 7,0	+ 7,2	+ 7,2	+ 7,2	+ 7,2	+ 7,2	+ 7,2	+ 7,2	+ 7,2	+ 7,2	+ 7,2	+ 7,2	
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	+ 4,3	+ 4,3	+ 4,2	+ 4,2	+ 4,2	+ 4,2	+ 4,2	+ 4,2	+ 4,2	+ 4,2	+ 4,2	+ 4,2	+ 4,2	

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. • E-Mail-Adresse: Julia.Hudritsch@wifo.ac.at

Übersicht 29: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen

	2001	2002	2003	2003		2004		Jänner	Februar	2004			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			März	April	Mai	Juni
	In 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	3.148	3.155	3.185	3.255	3.173	3.128	3.197	3.108	3.122	3.152	3.169	3.197	3.224
Männer	1.748	1.731	1.731	1.780	1.723	1.670	1.739	1.653	1.663	1.695	1.723	1.740	1.755
Frauen	1.400	1.424	1.454	1.474	1.450	1.457	1.457	1.455	1.460	1.457	1.446	1.457	1.469
Ausländer	329	334	350	366	349	347	.	341	346	353	353	363	.
Sachgütererzeugung	614	599	589	599	587	578	.	575	577	580	581	582	.
Bauwesen	247	240	238	259	238	200	.	189	193	218	243	250	.
Private Dienstleistungen	1.250	1.257	1.261	1.289	1.249	1.264	.	1.263	1.267	1.262	1.245	1.259	.
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	267	278	286	295	289	283	.	281	283	285	289	293	.
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	3.067	3.052	3.057	3.127	3.044	3.010	.	2.991	3.004	3.033	3.048	3.075	.
Männer	1.730	1.713	1.711	1.761	1.705	1.658	.	1.641	1.650	1.683	1.709	1.726	.
Frauen	1.336	1.339	1.346	1.366	1.339	1.352	.	1.350	1.354	1.351	1.339	1.349	.
Arbeitslose	204	232	240	205	256	294	220	312	302	267	241	215	203
Männer	115	134	140	108	148	189	119	206	198	162	132	116	109
Frauen	89	98	100	96	109	105	101	107	104	105	109	99	94
Personen in Schulung ²⁾	32	35	41	37	41	42	42	39	42	44	44	43	40
Offene Stellen	30	23	22	23	19	21	27	19	21	24	26	28	26
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	+ 14,4	+ 7,0	+ 29,6	+ 30,3	+ 24,2	+ 4,6	+ 8,7	+ 3,4	+ 7,0	+ 3,5	+ 2,5	+ 9,0	+ 14,6
Männer	- 9,3	- 16,6	- 0,4	+ 3,8	+ 1,1	- 6,4	- 2,9	- 6,2	- 4,3	- 8,7	- 5,4	- 4,0	+ 0,6
Frauen	+ 23,7	+ 23,7	+ 30,0	+ 26,5	+ 23,1	+ 11,0	+ 11,6	+ 9,5	+ 11,4	+ 12,2	+ 7,9	+ 12,9	+ 14,1
Ausländer	+ 9,5	+ 5,1	+ 15,9	+ 18,0	+ 17,9	+ 12,4	.	+ 18,0	+ 10,2	+ 9,0	+ 7,5	+ 10,7	.
Sachgütererzeugung	+ 1,3	- 15,1	- 9,9	- 7,6	- 5,5	- 4,9	.	- 5,9	- 4,3	- 4,5	- 3,8	- 4,6	.
Bauwesen	- 10,4	- 6,8	- 2,8	- 1,7	- 2,8	- 2,7	.	- 2,9	- 0,5	- 4,8	- 1,3	- 2,5	.
Private Dienstleistungen	+ 19,3	+ 6,2	+ 4,0	+ 2,7	+ 5,8	+ 7,9	.	+ 5,2	+ 7,1	+ 11,4	+ 7,1	+ 15,5	.
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	+ 16,3	+ 10,3	+ 8,5	+ 8,5	+ 5,8	+ 5,7	.	+ 4,7	+ 6,2	+ 6,4	+ 8,0	+ 9,1	.
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 12,4	- 15,0	+ 5,5	+ 10,3	+ 12,9	+ 10,4	.	+ 8,9	+ 12,3	+ 10,0	+ 9,9	+ 14,5	.
Männer	- 10,2	- 17,1	- 2,0	+ 2,2	+ 0,2	- 1,1	.	- 1,2	+ 0,9	- 3,0	+ 1,7	+ 2,5	.
Frauen	+ 22,6	+ 2,1	+ 7,4	+ 8,1	+ 12,7	+ 11,5	.	+ 10,1	+ 11,4	+ 12,9	+ 8,2	+ 12,1	.
Arbeitslose	+ 9,6	+ 28,5	+ 7,7	+ 7,5	+ 11,8	+ 10,1	+ 3,9	+ 8,8	+ 7,5	+ 13,9	+ 9,4	+ 0,5	+ 1,9
Männer	+ 7,8	+ 19,1	+ 5,3	+ 4,1	+ 6,7	+ 4,5	+ 0,1	+ 3,8	+ 2,6	+ 7,3	+ 2,0	- 1,0	- 0,6
Frauen	+ 1,8	+ 9,5	+ 2,3	+ 3,4	+ 5,1	+ 5,5	+ 3,8	+ 5,0	+ 4,9	+ 6,7	+ 7,4	+ 1,5	+ 2,5
Personen in Schulung ²⁾	+ 3,0	+ 3,8	+ 6,0	+ 3,6	+ 0,1	- 2,6	- 1,6	- 2,6	- 3,3	- 2,0	- 1,2	- 2,3	- 1,4
Offene Stellen	- 5,8	- 6,5	- 1,5	- 1,0	- 2,0	+ 0,4	+ 2,9	- 1,5	+ 0,6	+ 2,2	+ 2,4	+ 3,2	+ 3,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. – ²⁾ Bezug von Individualbeihilfe des AMS. • E-Mail-Adresse: Julia.Hudritsch@wifo.ac.at

Übersicht 30: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

	2001	2002	2003	2003		2004		Jänner	Februar	2004			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			März	April	Mai	Juni
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Arbeitslosenquote	6,1	6,9	7,0	5,9	7,5	8,6	6,4	9,1	8,8	7,8	7,1	6,3	5,9
Männer	6,2	7,2	7,5	5,7	7,9	10,2	6,4	11,1	10,7	8,7	7,1	6,3	5,8
Frauen	5,9	6,4	6,5	6,1	7,0	6,7	6,5	6,8	6,7	6,7	7,0	6,4	6,0
Unter 25-Jährige (in % der Arbeitslosen insgesamt)	15,2	15,8	16,4	17,4	17,0	15,2	15,4	15,5	14,9	15,1	15,7	15,3	15,1
Stellenandrang (Arbeitslose je 100 offene Stellen)	687	1.002	1.106	906	1.326	1.369	821	1.619	1.430	1.114	924	770	771

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Julia.Hudritsch@wifo.ac.at

Preise und Löhne

Übersicht 31: Verbraucherpreise und Großhandelspreise

	2001	2002	2003	II. Qu.	2003	2004	2003	2003	2004	2004	2004	2004	2004
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Harmonisierter VPI	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,1
Verbraucherpreisindex	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,1
Ohne Saisonwaren	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 2,2
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 3,6	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,1	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,3	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,3
Alkoholische Getränke, Tabak	+ 4,2	+ 4,4	+ 3,2	+ 3,6	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,6
Bekleidung und Schuhe	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,9	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,3
Wohnung, Wasser, Energie	+ 3,1	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,6	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,9
Hausrat und laufende Instandhaltung	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,6
Gesundheitspflege	+ 5,8	+ 1,8	- 0,8	- 1,9	- 1,8	- 1,7	- 2,3	- 1,9	- 2,0	- 2,4	- 2,5	+ 0,7	+ 1,2
Verkehr	+ 2,4	+ 0,8	+ 1,0	- 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,8	- 0,9	+ 0,7	+ 2,2	+ 2,6	+ 4,9
Nachrichtenübermittlung	- 1,0	- 1,0	- 1,8	- 1,7	- 1,9	- 1,5	- 1,1	- 0,5	- 0,6	- 1,0	- 1,5	- 1,2	- 1,3
Freizeit und Kultur	+ 1,7	+ 2,1	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,5	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,6	+ 0,3	+ 1,1
Erziehung und Unterricht	+ 10,0	+ 21,9	+ 3,3	+ 3,9	+ 3,5	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,7
Restaurants und Hotels	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,8	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,6
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,6	+ 3,3	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,9
Großhandelspreisindex	+ 1,5	- 0,4	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,2	+ 1,8	+ 3,0	+ 5,2	+ 6,1
Ohne Saisonprodukte	+ 1,4	- 0,5	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,0	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,9	+ 3,1	+ 5,3	+ 6,5

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Annamaria.Rammel@wifo.ac.at

Übersicht 32: Tarifföhne

	2001	2002	2003	II. Qu.	2003	2004	2003	2003	2004	2004	2004	2004	2004
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Beschäftigte	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,1
Ohne öffentlichen Dienst	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
Arbeiter	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0
Angestellte	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
Bedienstete													
Öffentlicher Dienst	+ 2,3	+ 1,1	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6
Verkehr	+ 1,6	+ 4,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 33: Effektivverdienste

	2001	2002	2003	II. Qu.	2003	2004	2003	2003	2004	2004	2004	2004	2004
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
<i>Gesamtwirtschaft¹⁾</i>													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,6
Lohn- und Gehaltssumme, netto	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,3
Pro-Kopf-Einkommen													
Je Arbeitnehmer, brutto	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,3
Je Arbeitnehmer, netto	+ 1,1	+ 1,9	+ 2,0
Je Arbeitnehmer, netto real ²⁾	- 1,1	+ 0,8	+ 0,2
<i>Sachgütererzeugung</i>													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 4,1	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,4	+ 0,4	+ 2,5	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,8
Pro-Kopf-Einkommen je unselbständig Beschäftigten													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,4	+ 2,8	+ 0,6	+ 2,7	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,6
Stundenverdienste je Arbeiter													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 3,2	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,6	+ 0,4	+ 2,3	+ 2,1	+ 0,8	+ 2,3	+ 1,1	- 2,0
Ohne Sonderzahlungen	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,7	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,2	+ 2,3	+ 3,2	+ 0,6	+ 3,1	+ 1,6	- 0,9
<i>Bauwesen</i>													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	- 2,4	- 0,4	+ 5,5	+ 5,5	+ 6,1	+ 5,5	+ 3,3	+ 4,2	+ 3,8	+ 9,4	+ 2,4	+ 3,3	+ 4,2
Pro-Kopf-Einkommen je unselbständig Beschäftigten													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,8	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,6	+ 1,6	+ 2,7	+ 0,3	+ 0,1	+ 5,2	+ 0,4	+ 1,8	+ 5,7
Stundenverdienste je Arbeiter													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,4	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,5	+ 2,8	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,4	+ 3,0	+ 2,1	+ 1,3	+ 0,3
Ohne Sonderzahlungen	+ 2,2	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,1	+ 1,3	+ 1,5	+ 2,1	+ 2,8	+ 2,0	+ 1,6	+ 0,4

Q: Statistik Austria. - ¹⁾ Laut ESVG 1995. - ²⁾ Zu Preisen von 1995. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Staatshaushalt

Übersicht 34: Staatsquoten

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	
	In % des Bruttoinlandsproduktes										
Staatsausgaben		57,4	57,1	56,6	53,9	54,0	54,0	52,3	51,6	51,3	51,2
Abgabenquote Staat und EU		41,9	42,4	43,9	44,7	44,4	44,4	43,6	45,4	44,3	43,3
Finanzierungssaldo ¹⁾		- 5,0	- 5,2	- 3,8	- 1,9	- 2,4	- 2,3	- 1,5	0,2	- 0,2	- 1,3
Schuldenstand		64,7	69,2	69,1	64,7	64,9	67,5	67,0	67,1	66,6	65,0

Q: Statistik Austria, Stand 7. April 2004, Bundesministerium für Finanzen, Stabilitätsprogramm November 2003. - ¹⁾ Einschließlich Saldo der Währungstauschverträge. • E-Mail-Adresse: Dietmar.Klose@wifo.ac.at

Soziale Sicherheit

Übersicht 35: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern

	1998 1999 2000 2001 2002 2003						1998 1999 2000 2001 2002 2003					
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	1.914,4	1.944,5	1.978,4	1.993,3	2.008,0	2.015,2	697	718	740	754	771	787
Unselbständige	1.570,8	1.600,2	1.630,7	1.646,6	1.662,8	1.670,2	716	738	760	773	790	805
Arbeiter	958,1	966,7	975,1	976,3	978,0	973,4	582	595	609	616	626	635
Angestellte	573,3	590,5	612,6	627,8	642,8	655,4	934	962	989	1.008	1.029	1.047
Selbständige	343,6	344,3	347,7	346,6	345,2	345,0	607	626	646	663	681	699
Gewerbliche Wirtschaft	153,3	154,3	156,0	156,5	156,7	157,4	755	782	809	831	856	879
Bauern	190,1	189,6	191,4	189,8	188,1	187,3	484	496	509	519	531	543
Neuzuerkennungen insgesamt ¹⁾	105,1	116,6	120,0	97,1	101,3	96,0	737	804	846	783	793	841
Unselbständige	89,6	99,6	100,9	83,5	87,2	80,5	746	816	863	786	799	849
Arbeiter	52,4	55,4	54,8	45,7	48,6	42,9	577	611	638	565	576	622
Angestellte	35,5	42,0	43,9	36,0	36,9	36,0	988	1.076	1.137	1.058	1.087	1.115
Selbständige ¹⁾	15,5	17,0	19,0	13,6	14,1	15,5	684	738	754	763	760	799
Gewerbliche Wirtschaft	8,0	8,7	9,2	7,6	7,5	8,0	849	909	974	952	965	1.033
Bauern	7,5	8,2	9,8	6,1	6,6	7,5	508	557	548	528	525	548

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ¹⁾ Ohne Notariat. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 36: Pensionen nach Pensionsarten

	1998 1999 2000 2001 2002 2003						1998 1999 2000 2001 2002 2003					
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	1.914,4	1.944,5	1.978,4	1.993,3	2.008,0	2.015,2	697	718	740	754	771	787
Direktpensionen	1.382,8	1.413,3	1.448,2	1.464,4	1.480,7	1.492,9	791	815	791	853	872	888
Invaliditätspensionen	382,5	378,3	377,4	381,2	385,5	388,1	675	692	710	731	752	771
Alle Alterspensionen ¹⁾	1.000,3	1.034,9	1.070,9	1.083,1	1.095,1	1.104,8	835	860	882	896	914	929
Normale Alterspensionen	777,3	801,9	831,0	860,8	885,4	912,0	774	789	803	816	832	849
Vorzeitige Alterspensionen	222,4	232,5	239,4	222,0	209,3	192,4	1.051	1.106	1.160	1.211	1.261	1.310
Lange Versicherungsdauer	127,6	131,4	132,2	123,2	120,9	118,2	1.137	1.192	1.257	1.314	1.370	1.418
Arbeitslosigkeit	19,8	18,6	17,3	15,4	14,7	13,6	648	672	698	716	729	738
Geminderte Arbeitsfähigkeit	74,0	81,7	89,2	82,9	73,4	60,3	1.011	1.067	1.107	1.151	1.190	1.228
Gleitpensionen	1,1	0,8	0,6	0,5	0,4	0,3	993	956	957	953	947	977
Witwen- bzw. Witwerpensionen	481,0	480,8	480,0	478,8	477,8	474,7	476	486	497	504	514	521
Waisenpensionen	50,6	50,5	50,1	49,7	49,5	47,6	228	234	240	246	253	259
Neuzuerkennungen insgesamt ²⁾	105,1	116,6	120,0	97,1	101,3	96,0	737	804	846	783	793	841
Direktpensionen	72,9	84,7	89,2	67,4	71,1	68,1	875	945	985	933	941	994
Invaliditätspensionen	15,0	15,3	17,8	21,7	22,9	22,1	794	784	860	900	865	891
Alle Alterspensionen ¹⁾	57,9	69,3	71,3	45,6	48,1	46,1	897	980	1.016	949	977	1.044
Normale Alterspensionen	14,7	17,0	18,0	18,2	18,4	17,0	413	450	482	473	469	542
Vorzeitige Alterspensionen	43,2	52,3	53,3	27,4	29,7	29,1	1.061	1.153	1.197	1.264	1.292	1.335
Lange Versicherungsdauer	26,9	34,0	33,1	21,5	25,4	26,1	1.142	1.252	1.329	1.366	1.376	1.408
Arbeitslosigkeit	3,5	4,2	4,1	3,0	3,2	2,9	648	677	690	706	684	699
Geminderte Arbeitsfähigkeit	12,4	14,0	15,9	2,8	1,0	0,2	1.010	1.059	1.054	1.094	1.109	964
Gleitpensionen	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	804	719	881	959	1.003	986
Witwen- bzw. Witwerpensionen	26,6	26,4	25,3	24,5	25,0	23,2	471	480	494	493	497	518
Waisenpensionen	5,6	5,5	5,5	5,3	5,3	4,7	203	201	204	207	213	214

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ¹⁾ Einschließlich Knappschaftssold. – ²⁾ Ohne Notariat. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 37: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung

	1998 1999 2000 2001 2002 2003						1998 1999 2000 2001 2002 2003					
	Männer						Frauen					
Alle Pensionsversicherungsträger, Direktpensionen	58,2	58,4	58,5	58,7	59,1	59,0	56,7	56,7	56,8	57,3	57,4	57,3
Invaliditätspensionen	50,3	50,4	51,8	53,4	53,7	54,3	48,2	48,3	49,2	50,4	51,3	51,3
Alle Alterspensionen	60,9	60,6	60,5	62,2	62,8	62,7	58,2	58,0	58,3	59,4	59,3	59,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 38: Beiträge des Bundes

	1997 1998 1999 2000 2001 2002						1997 1998 1999 2000 2001 2002					
	Mrd. €						In % des Pensionsaufwands					
Unselbständige	2.218,7	2.356,7	2.625,0	2.211,5	2.377,4	2.691,3	15,0	15,4	16,3	13,1	13,6	15,0
Gewerbliche Wirtschaft	926,0	928,6	957,2	1.016,2	738,1	1.039,3	61,7	59,6	59,0	59,8	41,9	57,1
Bauern	833,6	839,2	878,4	929,4	989,3	1.031,0	80,1	78,8	79,8	81,0	84,8	86,9

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Umwelt

Übersicht 39: Energiebedingte CO₂-Emissionen

	1990 1996 1997						CO ₂ -Emissionen						Emissionsintensität			
							1998 1999 2000 2001						2001			
							Megatonnen						kg je BIP ¹⁾		t je Einwohner	
OECD	11.011,6	11.930,3	12.074,2	12.096,2	12.163,3	12.449,4	12.511,0	0,50	10,99							
USA	4.825,7	5.290,0	5.437,6	5.485,6	5.527,2	5.689,7	5.673,3	0,63	19,84							
EU	3.112,0	3.181,2	3.127,8	3.163,8	3.132,5	3.150,7	3.209,9	0,38	8,46							
Deutschland	964,1	910,2	881,4	864,7	837,6	834,8	850,2	0,44	10,32							
Österreich	56,6	64,5	64,3	64,3	62,5	62,7	66,6	0,33	8,19							

Q: IEA. – ¹⁾ Zu Preisen von 1995, auf Dollarbasis, kaufkraftbereinigt. • E-Mail-Adresse: Alexandra.Wegscheider@wifo.ac.at

Übersicht 40: Umweltrelevante Steuern im Sinne der VGR

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	Mio. €					
Umweltsteuereinnahmen insgesamt	4.601	4.764	4.968	5.436	5.965	6.255
Energiesteuer ¹⁾	3.060	2.988	3.100	3.288	3.635	3.801
Umweltverschmutzungssteuer ²⁾	34	43	65	72	89	93
Ressourcensteuer ³⁾	407	421	441	452	451	470
Transportsteuer ⁴⁾	1.100	1.312	1.362	1.624	1.790	1.891
	Anteile der Umweltsteuern in %					
An den Steuereinnahmen insgesamt	5,6	5,6	5,7	6,0	6,2	6,5
Am BIP (nominell)	2,5	2,5	2,5	2,6	2,8	2,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Mineralölsteuer, Energieabgabe. – ²⁾ Altlastenbeitrag, Deponiestandortabgabe. – ³⁾ Grundsteuer, Jagd- und Fischereiabgabe, Abgabe gemäß Wiener Baumschutzgesetz, Landschaftsschutz- und Naturschutzabgabe. – ⁴⁾ Kfz-Steuer, Motorbezogene Versicherungssteuer, Normverbrauchsabgabe, Straßenbenützungsbetrag. • E-Mail-Adresse: Alexandra.Wegscheider@wifo.ac.at

Entwicklung in den Bundesländern

Übersicht 41: Bruttowertschöpfung

	1999	2000	2001	2002	2003	2002				2003				
						I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real, zu Preisen von 1995													
Wien	+ 2,5	+ 4,4	- 0,1	+ 1,1	+ 0,3	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,8	- 0,5	+ 0,2	
Niederösterreich	+ 1,7	+ 4,4	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,2	- 0,7	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,2	+ 1,2	+ 0,6	
Burgenland	+ 2,6	+ 4,4	+ 2,4	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,4	+ 2,5	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 0,9	+ 2,9	- 0,0	
Steiermark	+ 3,0	+ 3,2	+ 2,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,3	+ 3,2	+ 0,2	- 1,3	- 0,0	- 0,9	+ 0,8	+ 1,3	
Kärnten	+ 2,6	+ 2,5	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,5	- 0,2	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,2	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,4	+ 0,4	
Oberösterreich	+ 1,9	+ 4,0	+ 2,4	+ 1,0	+ 2,2	- 0,3	+ 2,3	+ 1,5	+ 0,7	+ 2,0	+ 1,2	+ 3,2	+ 2,4	
Salzburg	+ 0,9	+ 2,5	+ 0,6	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,3	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,8	+ 1,7	+ 2,6	+ 3,7	+ 0,2	
Tirol	+ 2,7	+ 3,8	+ 1,7	+ 2,1	+ 0,7	+ 3,2	+ 2,4	+ 2,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,7	+ 1,7	- 0,7	
Vorarlberg	+ 4,6	+ 3,1	+ 2,2	+ 2,1	+ 0,7	+ 2,2	+ 1,1	+ 3,5	+ 1,6	- 0,2	+ 2,1	+ 1,0	- 0,1	
Österreich	+ 2,3	+ 3,8	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,3	+ 0,7	

Q: WIFO-Berechnungen, vorläufige Schätzwerte. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 42: Tourismus

	2001	2002	2003	2003				2004		2004				
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	Februar	März	April	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Übernachtungen														
Wien	- 0,4	- 0,6	+ 4,2	- 1,0	+ 6,4	+ 11,8	+ 9,7	+ 12,1	+ 10,0	+ 13,1	+ 8,6	+ 8,3	+ 10,1	
Niederösterreich	- 1,5	- 3,9	+ 3,9	+ 0,6	+ 7,4	+ 7,3	+ 10,2	+ 10,6	+ 9,5	+ 8,9	+ 6,2	+ 15,3	+ 10,1	
Burgenland	+ 0,2	+ 1,3	+ 0,3	+ 2,0	- 1,8	+ 7,1	- 0,7	+ 4,8	+ 26,2	- 0,9	- 1,1	- 0,2	- 4,6	
Steiermark	+ 2,9	+ 0,9	+ 2,1	+ 10,6	+ 4,0	- 2,1	+ 1,3	- 1,9	- 1,7	- 2,4	+ 5,0	+ 0,6	+ 0,1	
Kärnten	+ 1,3	+ 2,7	+ 1,0	+ 8,8	- 0,8	+ 0,9	+ 8,0	- 0,7	- 2,5	+ 1,5	+ 19,8	+ 0,6	- 1,2	
Oberösterreich	- 1,2	- 1,7	+ 0,7	+ 2,1	+ 3,7	- 0,5	+ 5,8	- 0,5	+ 0,6	+ 0,7	+ 11,1	+ 4,5	+ 6,6	
Salzburg	+ 2,8	+ 2,2	+ 0,0	+ 8,5	+ 3,0	- 1,5	+ 1,5	+ 9,8	- 5,6	- 2,1	+ 9,8	- 5,6	+ 16,4	
Tirol	+ 1,3	+ 2,5	+ 1,1	+ 14,4	+ 1,4	- 1,7	+ 1,1	+ 2,8	- 0,9	- 1,6	+ 10,4	- 7,4	+ 7,5	
Vorarlberg	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,9	+ 19,1	+ 3,0	- 7,7	+ 1,3	+ 10,2	- 10,0	+ 1,2	+ 12,4	- 10,3	+ 3,3	
Österreich	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,2	+ 8,5	+ 2,1	+ 0,3	+ 2,2	+ 5,3	- 1,4	- 0,6	+ 10,4	- 4,5	+ 7,5	

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 43: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung

	2001	2002	2003	2003				2003		2004				
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	Februar	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Wien	- 4,7	+ 1,5	- 6,0	- 15,7	- 4,7	- 2,5	- 0,8	- 7,1	+ 0,7	- 3,6	+ 0,5	- 12,7	- 4,9	
Niederösterreich	- 0,1	- 2,2	+ 1,7	+ 5,1	- 1,7	+ 2,8	+ 1,2	+ 5,1	+ 0,1	+ 0,5	+ 3,3	- 3,1	+ 1,4	
Burgenland	+ 12,6	+ 3,4	+ 3,8	+ 10,7	+ 2,5	+ 1,3	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,5	+ 3,0	- 3,0	- 3,0	
Steiermark	+ 8,1	- 1,3	- 2,9	- 10,2	- 10,8	+ 2,4	+ 8,1	+ 4,9	- 0,1	+ 7,2	+ 19,4	+ 19,1	+ 33,3	
Kärnten	- 2,4	- 0,6	+ 4,2	+ 3,7	+ 2,5	+ 3,3	+ 7,3	+ 1,0	+ 2,5	+ 13,4	+ 6,8	- 0,9	+ 8,8	
Oberösterreich	+ 4,7	+ 1,4	+ 6,1	+ 6,6	+ 4,1	+ 6,9	+ 7,0	+ 7,8	+ 6,2	+ 6,8	+ 8,3	+ 0,9	+ 4,3	
Salzburg	+ 4,0	+ 4,0	+ 8,4	+ 4,3	+ 8,8	+ 9,3	+ 10,8	+ 12,3	+ 10,5	+ 12,9	+ 8,6	- 0,0	+ 3,3	
Tirol	+ 3,9	+ 2,4	+ 1,3	+ 7,8	+ 2,5	+ 0,9	- 5,2	+ 5,9	- 5,9	- 3,3	- 6,4	- 5,6	+ 0,5	
Vorarlberg	+ 3,8	+ 2,0	- 2,1	- 1,3	- 3,3	- 4,7	+ 0,8	- 0,6	- 5,7	- 3,1	+ 13,3	+ 5,2	+ 8,9	
Österreich	+ 2,4	+ 0,4	+ 1,3	- 0,3	- 1,1	+ 2,9	+ 3,8	+ 4,0	+ 1,7	+ 3,5	+ 6,7	+ 0,6	+ 6,9	

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 44: Abgesetzte Produktion im Bauwesen

	2001	2002	2003	2003				2003		2004				
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	Februar	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Wien	- 5,0	- 7,7	+ 12,3	+ 28,2	+ 7,8	+ 10,7	+ 7,7	+ 8,1	+ 3,5	+ 8,8	+ 10,3	+ 13,2	- 4,0	
Niederösterreich	- 2,8	+ 3,4	+ 4,7	+ 2,2	+ 2,7	+ 5,1	+ 7,4	+ 2,9	+ 3,2	+ 7,2	+ 12,6	+ 3,9	+ 6,5	
Burgenland	- 1,1	+ 11,1	+ 7,8	- 3,9	+ 8,5	+ 16,4	+ 5,6	+ 19,6	+ 10,8	+ 3,5	+ 2,1	- 7,1	+ 8,3	
Steiermark	- 3,9	- 0,6	+ 8,8	+ 17,7	+ 3,8	+ 5,9	+ 11,0	+ 3,3	+ 7,6	+ 13,2	+ 12,6	- 5,3	- 11,7	
Kärnten	+ 4,3	+ 7,7	+ 2,7	+ 18,1	+ 2,2	+ 6,2	- 6,4	- 2,4	+ 5,5	- 15,1	- 9,2	- 9,4	- 12,1	
Oberösterreich	+ 0,1	+ 4,0	+ 12,6	+ 13,9	+ 6,4	+ 14,4	+ 15,3	+ 18,1	+ 12,3	+ 12,3	+ 21,4	+ 2,8	+ 14,6	
Salzburg	- 5,8	+ 0,0	+ 10,6	+ 20,4	+ 9,9	+ 14,4	+ 3,6	+ 9,0	+ 11,2	+ 2,7	- 2,5	+ 0,9	- 4,7	
Tirol	- 3,0	+ 5,8	+ 4,8	- 0,9	- 3,5	+ 2,0	+ 17,5	+ 12,2	+ 14,5	+ 18,7	+ 19,3	+ 6,0	+ 6,3	
Vorarlberg	- 5,9	- 3,7	+ 4,4	- 3,0	+ 3,6	+ 4,0	+ 10,2	+ 10,5	+ 7,0	+ 9,1	+ 14,1	+ 3,9	+ 8,7	
Österreich	- 2,7	+ 0,7	+ 8,7	+ 13,7	+ 4,6	+ 8,8	+ 9,2	+ 8,6	+ 7,8	+ 8,3	+ 11,7	+ 4,1	+ 1,2	

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 45: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

	2001	2002	2003	II. Qu.	2003 III. Qu.	IV. Qu.	2004 I. Qu.	2003 Dezember	Jänner	Februar	2004 März	April	Mai
	In 1.000												
<i>Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾</i>													
Wien	755	741	737	741	744	734	719	724	716	717	723	726	731
Niederösterreich	508	504	505	509	517	503	489	489	485	486	496	507	512
Burgenland	79	80	82	83	85	81	77	78	76	76	79	82	83
Steiermark	423	421	422	424	433	422	411	411	408	410	416	423	427
Kärnten	188	187	188	190	197	185	179	180	176	178	182	186	190
Oberösterreich	526	527	532	533	543	534	522	526	519	520	528	534	537
Salzburg	210	211	212	209	216	210	212	212	212	213	211	206	209
Tirol	258	261	262	257	269	258	269	265	269	271	266	253	256
Vorarlberg	130	131	131	129	133	130	132	131	131	132	132	130	129
Österreich	3.078	3.064	3.071	3.074	3.139	3.057	3.010	3.016	2.991	3.004	3.033	3.048	3.075
<i>Arbeitslose</i>													
Wien	63	75	80	76	76	84	92	94	95	92	88	82	78
Niederösterreich	34	38	39	33	34	41	51	52	55	53	45	36	33
Burgenland	7	8	8	6	6	8	12	12	13	12	10	6	6
Steiermark	30	34	35	30	28	35	43	43	47	45	39	31	27
Kärnten	16	17	17	14	12	20	23	24	26	24	20	17	13
Oberösterreich	23	27	26	21	22	27	34	34	36	36	29	24	21
Salzburg	10	11	11	11	9	13	13	12	14	14	12	14	12
Tirol	14	15	16	16	11	19	17	16	18	17	16	21	17
Vorarlberg	6	7	8	8	7	9	9	9	9	9	9	10	9
Österreich	204	232	240	216	205	256	294	297	312	302	267	241	215

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000

<i>Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾</i>	- 3,7	- 13,9	- 4,1	- 3,8	- 3,1	- 3,5	- 11,4	- 7,3	- 12,1	- 11,6	- 10,6	- 11,8	- 11,4
Niederösterreich	- 0,8	- 3,7	+ 0,5	+ 0,7	+ 2,1	+ 0,2	+ 0,1	- 1,3	+ 0,4	+ 0,3	- 0,2	+ 1,9	+ 1,7
Burgenland	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,6	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,4	- 0,0	+ 0,3	- 0,1
Steiermark	+ 3,3	- 2,0	+ 0,9	+ 0,4	+ 2,8	+ 1,6	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,8	+ 1,2	+ 0,1	+ 2,3	+ 2,4
Kärnten	+ 0,6	- 1,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	- 0,4	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,6
Oberösterreich	+ 7,1	+ 0,4	+ 5,7	+ 5,5	+ 6,0	+ 8,3	+ 3,3	+ 7,6	+ 3,3	+ 4,0	+ 2,6	+ 4,2	+ 4,3
Salzburg	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,0	+ 1,3	+ 1,6	+ 0,1	+ 2,3	- 0,2	+ 0,3	+ 0,3	- 1,0	+ 0,6
Tirol	+ 4,3	+ 3,0	+ 1,1	+ 1,5	+ 0,6	+ 3,1	+ 2,8	+ 6,0	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,8	- 1,2	+ 1,5
Vorarlberg	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,3	- 0,3	+ 0,7
Österreich	+ 13,6	- 14,6	+ 7,2	+ 6,7	+ 12,3	+ 13,0	- 3,4	+ 7,3	- 4,1	- 1,5	- 4,8	- 5,1	+ 0,2
<i>Arbeitslose</i>													
Wien	+ 3,8	+ 11,4	+ 5,0	+ 3,3	+ 7,1	+ 9,5	+ 8,2	+ 10,3	+ 8,6	+ 8,3	+ 7,6	+ 5,3	+ 3,8
Niederösterreich	+ 2,3	+ 4,3	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,0	+ 1,0	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,7	+ 1,0	+ 0,8
Burgenland	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,3	- 0,1	- 0,1	+ 0,2	- 0,1	- 0,2
Steiermark	+ 0,7	+ 3,6	+ 0,9	+ 1,4	+ 0,3	+ 0,0	- 1,5	- 0,3	- 1,9	- 2,4	- 0,2	- 2,3	- 2,9
Kärnten	+ 0,4	+ 1,3	- 0,0	- 0,0	- 0,4	- 0,2	- 0,5	- 0,2	- 0,5	- 1,0	- 0,0	- 0,2	- 0,8
Oberösterreich	+ 0,5	+ 3,7	- 0,8	- 1,2	- 1,5	- 0,2	+ 0,2	+ 0,4	- 0,4	- 0,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,5
Salzburg	+ 0,6	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,0	- 0,3
Tirol	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,5	- 0,0	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,7	+ 2,6	- 0,6
Vorarlberg	- 0,0	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,2
Österreich	+ 9,6	+ 28,5	+ 7,7	+ 5,4	+ 7,5	+ 11,8	+ 10,1	+ 14,2	+ 8,8	+ 7,5	+ 13,9	+ 9,4	+ 0,5

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 46: Arbeitslosenquote

	2001	2002	2003	II. Qu.	2003 III. Qu.	IV. Qu.	2004 I. Qu.	2003 Dezember	Jänner	Februar	2004 März	April	Mai
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Wien	7,6	9,0	9,5	9,0	9,1	10,0	11,0	11,2	11,3	11,1	10,6	9,9	9,4
Niederösterreich	6,2	6,9	7,0	5,9	5,9	7,3	9,1	9,3	9,9	9,5	8,0	6,4	5,8
Burgenland	8,2	8,6	8,6	6,7	6,3	8,9	12,6	12,5	13,8	13,6	10,4	7,1	6,3
Steiermark	6,5	7,2	7,3	6,4	5,9	7,4	9,2	9,2	9,9	9,5	8,2	6,6	5,7
Kärnten	7,6	8,2	8,1	6,5	5,5	9,2	11,1	11,3	12,3	11,5	9,6	7,9	6,0
Oberösterreich	4,1	4,7	4,5	3,7	3,7	4,6	5,8	5,9	6,3	6,1	5,0	4,2	3,7
Salzburg	4,3	4,9	5,0	4,9	3,8	5,7	5,8	5,4	6,1	5,8	5,3	5,9	5,0
Tirol	5,1	5,3	5,4	5,7	3,7	6,7	5,7	5,5	6,0	5,6	5,5	7,3	6,1
Vorarlberg	4,3	5,1	5,7	5,7	5,0	6,2	6,2	6,1	6,3	6,3	5,9	6,6	6,1
Österreich	6,1	6,9	7,0	6,3	5,9	7,5	8,6	8,7	9,1	8,8	7,8	7,1	6,3

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

II. Quartal 2004

Abgeschlossen am 30. Juni 2004. • E-Mail Adresse: Angelina.Keil@wifo.ac.at

Die Europäische Union wird um 10 Länder erweitert. Mit der Aufnahme weiterer Mitgliedsländer kann ab 2007 gerechnet werden. Nach der Einigung des Europäischen Rates auf die Verfassung folgt die Ratifizierung durch die einzelnen Länder. Als Nachfolger von Romano Prodi wird José Manuel Durão Barroso zum neuen Präsidenten der Europäischen Kommission gewählt.

1. April: In Berlin findet die Afghanistan-Konferenz statt. Unter dem Vorsitz Deutschlands, Japans, Afghanistans und der UNO und unter Beteiligung der Außenminister der USA und Großbritanniens werden in der "Berliner Erklärung" (http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussepolitik/friedenspolitik/afghanistan/konferenz_040331_erklaerung.html) Finanzhilfen für Afghanistan von 8,2 Mrd. \$ zugesagt.

20. April: Axel Weber wird nach dem Rücktritt von Ernst Welteke neuer Präsident der Deutschen Bundesbank.

24. April: Die Wiedervereinigung Zyperns nach dem Friedensplan von UNO-Generalsekretär Kofi Annan wird in einer Volksabstimmung abgelehnt. Dabei stimmen 76% der Griechen, aber nur 35% der Türken gegen die Wiedervereinigung. Somit tritt am 1. Mai 2004 nur der griechische Teil des Inselstaates der EU bei.

1. Mai: Die Europäische Union zählt nach ihrer Erweiterung 25 Mitglieder: Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Griechenland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ungarn, Großbritannien, Zypern.

Als neue Kommissare gehören der Europäischen Kommission an: Siim Kallas (Estland), Marcos Kyprianou (Zypern), Sandra Kalniete (Lettland), Dalia Grybauskaitė (Litauen), Péter Balázs (Ungarn), Joe Borg (Malta), Danuta Hübner (Polen), Janez Potočnik (Slowenien), Jan Figel (Slowakei), Joaquín Almunia Amann als Nachfolger von Pedro Solbes, Jacques Barrot als Nachfolger von Michel Barnier und Stavros Dimas als Nachfolger von Anna Diamantopoulou. Diese Ernennungen gelten bis zum 31. Oktober 2004.

5. Mai: Rodrigo Rato wird für fünf Jahre zum neuen geschäftsführenden Direktor des Internationalen Währungsfonds ernannt.

30. Mai: Acht Ökonomen (Jagdish Bhagwati, Robert Fogel, Bruno Frey, Justin Yifu Lin, Douglass North, Thomas Schelling, Vernon L. Smith und Nancy Stokey) stellen im Rahmen des Kopenhagen-Konsensus (<http://www.copenhagenconsensus.com/>) eine Prioritätenliste der Entwicklungshilfe auf. Demnach soll ein fiktiver zusätzlicher Betrag von 50. Mrd. \$ auf entwicklungspolitische Ziele verteilt werden. Die erarbeitete Liste soll als politische Entscheidungshilfe dienen:

1. Seuchen: Bekämpfung von HIV,
2. Hunger: Bereitstellung von Nahrungszusätzen gegen Mangelernährung,
3. Protektionismus: Handelsliberalisierung,

Ausland

Afghanistan-Konferenz:
Berliner Erklärung

Deutsche Bundesbank

Zypern

EU-Erweiterung

Internationaler
Währungsfonds

Kopenhagen-Konsensus

4. Seuchen: Bekämpfung von Malaria,
5. Hunger: Entwicklung neuer Agrartechnologien,
6. Hygiene und Wasser: Bereitstellung von Wassertechnologien für Kleinbauern,
7. Hygiene und Wasser: Verbesserung der lokalen Abwasserentsorgung und Wasserversorgung,
8. Hygiene und Wasser: Forschung über den Wasserverbrauch in der Landwirtschaft,
9. Governance: Senkung der Kosten von Unternehmensgründungen,
10. Migration: Erleichterung der Migration für qualifizierte Arbeitskräfte,
11. Hunger: Verbesserung der Ernährung von Kindern,
12. Hunger: Verhinderung von geringem Geburtsgewicht,
13. Seuchen: Verbesserung der grundlegenden Gesundheitsdienstleistungen,
14. Migration: Gastarbeiterprogramme für Ungelernte,
15. Klima: Optimierung der CO₂-Steuer in den Industrieländern,
16. Klima: Umsetzung der Ziele des Kyoto-Protokolls,
17. Klima: Gestaltung der CO₂-Steuern in den Industrieländern nach dem Prinzip des "value at risk".

OPEC: Erdölfördermengen

3. Juni: Die OPEC (ohne Irak) beschließt eine Erhöhung der Erdölfördermengen ihrer Mitgliedstaaten. Anfang Juli wird die Produktion um 2 Mio. Barrel und im August weiter um 500.000 Barrel auf 26. Mio. Barrel pro Tag gesteigert.

G-8-Treffen

8.-10. Juni: Anlässlich des Treffens der Staats- und Regierungschefs der G 8 (USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und Russland) setzen sich vor allem die USA dafür ein, dem Irak 90% bis 95% des auf 120 Mrd. \$ geschätzten Schuldenstandes zu erlassen. Frankreich, Deutschland und Russland erachten eine Quote von 60% bis 65% der Schulden für angemessen. Gemeinsam bestätigen die G-8-Länder ihre Absicht, Afrika im Kampf gegen Aids und Kinderlähmung finanziell zu unterstützen. Die diskutierte Fortsetzung des HIPC-Programms, das Ende 2004 auslaufen wird, soll den Schuldenerlass für arme hochverschuldete Nationen weiter sichern.

"Europäische Verfassung"

17.-18. Juni: Die 25 Regierungschefs der EU einigen sich auf eine "Europäische Verfassung". In Abänderung der Vorschläge des Konvents¹⁾ werden folgende institutionelle Neuerungen festgelegt:

- Europäische Kommission: Die erste Kommission, die nach Inkrafttreten der Verfassung berufen wird, setzt sich aus je einem Kommissionsmitglied pro Land zusammen. Ab 2014 wird die Zahl der Kommissionsmitglieder einschließlich ihres Präsidenten und des EU-Außenministers nur zwei Drittel der Zahl der Mitgliedstaaten entsprechen. Die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Realitäten aller Mitgliedstaaten müssen jedoch immer berücksichtigt werden. Der Europäische Rat kann die Zusammensetzung der Kommission ändern.
- Europäisches Parlament: Die Zahl der Abgeordneten wird von derzeit 732 auf höchstens 750 angehoben; ein Land hat jeweils mindestens 6 und höchstens 96 Sitze. Im Vergleich mit der gegenwärtigen Verteilung der Sitze ergibt sich daraus eine geringfügige Besserstellung der kleineren Länder.
- Qualifizierte Mehrheit im Rat: Eine qualifizierte Mehrheit erfordert 55% der Mitgliedstaaten – mindestens 15 Mitglieder des Rates – und zugleich 65% der Bevölkerung. Sie wird jedoch auch erreicht, wenn die Nein-Stimmen aus weniger als 4 Mitgliedstaaten stammen. Stimmenthaltungen werden nicht berücksichtigt. In jenen Bereichen, in denen der Rat nicht über Vorschlag der Kommission abstimmt, sondern auf Initiative von Mitgliedstaaten, des Rates oder auf Empfeh-

¹⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. II. Quartal 2003", WIFO-Monatsberichte, 2003, 67(7), S. 497, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24413.

lung der EZB (Justiz und Inneres, GASP, Wirtschafts- und Währungspolitik, Aussetzung der Rechte bzw. Austritt eines Mitgliedstaates, verschiedene Ernennungen), bilden 72% der Mitglieder des Rates, die 65% der Bevölkerung repräsentieren, die erforderliche Mehrheit.

Der Rat bestätigt den Verlauf der aktuellen Erweiterung der Union. So sollen die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien 2005 beginnen, ein Beitritt soll 2007 möglich sein. Die Verhandlungen mit Bulgarien wurden am 15. Juni abgeschlossen, jene mit Rumänien sollen im Juli beendet werden. Anlässlich der Ratstagung im Dezember 2004 könnte beschlossen werden, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei 2005 aufzunehmen, falls der Fortschrittsbericht der Kommission im Oktober 2004 eine positive Entscheidung des Rates erlaubt.

18. Juni: Der französische Wirtschafts- und Finanzminister unterzeichnet mit französischen Handelskonzernen, Konsumgüterherstellern und Verbänden ein Abkommen, das ab September die Preise um 2% senken soll. Diese Maßnahme soll die Konjunktur beleben.

Alan Greenspan wird für weitere vier Jahre vom Senat der USA als Vorsitzender des Federal Reserve Board bestätigt.

24. Juni: Die deutsche IG Metall und Siemens einigen sich auf einen Ergänzungstarifvertrag mit einer Laufzeit von zwei Jahren, der u. a. die Ausdehnung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich und den Ersatz von Urlaubs- und Weihnachtsgeld durch eine erfolgsabhängige Jahreszahlung vorsieht.

28. Juni: Estland, Litauen und Slowenien treten dem Europäischen Wechselkursmechanismus II (WKM II) bei. Die Leitzinsen der drei Länder und Dänemarks sind mit einer Schwankungsbreite von $\pm 15\%$ an den Euro gebunden. Eine Teilnahme über mindestens zwei Jahre ist eine der vier Voraussetzungen für die Übernahme der gemeinsamen Währung. Weitere Kriterien sind Preisstabilität, Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und Konvergenz der Zinssätze. Mit einem Eintritt der Länder in die Währungsunion ist nicht vor 2007 zu rechnen.

29. Juni: Die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder einigen sich auf José Manuel Durao Barroso als neuen Präsidenten der Europäischen Kommission. Seine fünfjährige Amtszeit beginnt am 1. November. Javier Solana wird für weitere fünf Jahre als Hoher Repräsentant der EU für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik bestätigt. Mit dem Inkrafttreten der neuen Europäischen Verfassung wird er der erste EU-Außenminister sein. Pierre de Boissieu wird als stellvertretender Generalsekretär des Rates bestätigt; er wird nach der Verfassung das Amt des Generalsekretärs einnehmen.

30. Juni: Die Notenbank der USA erhöht die Leitzinsen um 25 Basispunkte. Die Federal Funds Rate beträgt nun 1,25% und die Discount Rate 2,25%.

Frankreich: Preisabkommen

Fed: Alan Greenspan

Deutschland: Tarifvertrag

WKM II

Europäische Kommission:
Barroso Präsident

FED: Zinssatzerhöhung

Mit der Elternzeit will der Gesetzgeber einen weiteren Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie leisten. Gleichzeitig wird ein positiver Impuls für die Frauenbeschäftigung und für eine partnerschaftliche Beteiligung der Väter an der Betreuung der Kinder erwartet.

25. April: Dr. Heinz Fischer wird mit 52% der Stimmen zum Bundespräsidenten gewählt. Die Wahlbeteiligung liegt bei fast 72%.

26. Mai: Der Nationalrat beschließt das Recht auf "Elternzeit" (BGBl I Nr. 64/2004, http://ris1.bka.gv.at/authentic/findbgbl.aspx?name=entwurf&format=pdf&docid=COO_2026_100_2_41299). Eltern von Kindern, die nach dem 1. Mai 2004 geboren wurden, bzw. Eltern, deren Kinder vor diesem Datum geboren wurden und die sich in Karenz befinden, haben bis zum siebenten Geburtstag des Kindes Anspruch auf Teilzeitarbeit. Voraussetzung ist, dass der Arbeitgeberbetrieb mehr als 20 Beschäftigte hat und das Arbeitsverhältnis zum Zeitpunkt des Antritts der Teilzeitbeschäftigung ununterbrochen seit mindestens drei Jahren besteht. Die Mindestdauer der Teilzeitbeschäftigung beträgt drei Monate und muss mindestens drei Monate vor dem gewünschten Antritt gemeldet werden. Bis zum vierten Geburtstag des Kindes gilt ein

Österreich

Wahl des Bundespräsidenten

Elternzeit

Wahl zum Europäischen
Parlament

besonderer Kündigungs- und Entlassungsschutz, danach ein "Motivkündigungsschutz". Nach Inanspruchnahme der Teilzeit besteht Anspruch auf die Rückkehr in die Vollzeitarbeit. In Betrieben mit weniger als 21 Mitarbeitern und/oder wenn das Beschäftigungsverhältnis kürzer als drei Jahre dauerte, kann eine Teilzeitbeschäftigung längstens bis zum vierten Geburtstag des Kindes vereinbart werden.

13. Juni: In der Wahl zum Europäischen Parlament erreicht die SPÖ mit 33,3% der gültigen Stimmen 7 Mandate, die ÖVP mit 32,7% 6 Mandate, die FPÖ mit 6,3% 1 Mandat, die Grünen mit 12,9% 2 Mandate; die Linken erhalten mit 0,8% kein Mandat und die Liste Dr. Hans-Peter Martin mit 13,9% 2 Mandate.

Fritz Breuss, Serguei Kaniovski, Gerhard Lehner

Makroökonomische Evaluierung der Fiskalpolitik 2000 bis 2002

Die Fiskalpolitik der Jahre 2000 bis 2002 war von dem Ziel geprägt, einen ausgeglichenen öffentlichen Haushalt zu erreichen. Ein umfangreiches Maßnahmenpaket sah sowohl Ausgabeneinsparungen als auch Einnahmenerhöhungen vor. In einem innerösterreichischen Stabilitätspakt sind die Anteile der einzelnen Gebietskörperschaften am ausgeglichenen Gesamtstaat geregelt. Gemäß einer Evaluierung der Effekte der Maßnahmen mit dem WIFO-Makromodell wurde dieses Ziel 2001 großteils durch Mehreinnahmen, 2002 vorwiegend durch Ausgabeneinsparungen erreicht. Das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung wurden dadurch leicht gedämpft.

Begutachtung: Helmut Kramer, Margit Schratzenstaller • Wissenschaftliche Assistenz: Brigitte Schütz • Diese Arbeit basiert auf einer Studie des WIFO im Auftrag des Rechnungshofs vom August 2003, deren Ergebnisse im Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Zl. 860.025/002-E1/04 (Reihe Bund 2004/3) vom Juni 2004 berücksichtigt wurden. • E-Mail-Adressen: Fritz.Breuss@wifo.ac.at, Serguei.Kaniovski@wifo.ac.at, Gerhard.Lehner@wifo.ac.at • JEL-Code: E17, E62, E65

In den Regierungsverhandlungen Anfang 2000 wurden Konsolidierungsschritte für die Periode 2000/2003 vereinbart. Die Bundesregierung legte nach ihrem Amtsantritt im Frühjahr 2000 der Europäischen Kommission im Rahmen des Verfahrens des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ein Stabilitätsprogramm vor, das eine Verringerung des Finanzierungssaldos des Gesamtstaates bis 2003 auf 1,3% des BIP vorsah. Dieses Programm wurde jedoch von der Europäischen Kommission und dem Ecofin-Rat als zu wenig ambitioniert beurteilt. Die Bundesregierung verschärfte darauf hin den Konsolidierungskurs und strebte als neues Ziel einen ausgeglichenen Haushalt für den Gesamtstaat bis zum Jahr 2002 an.

Dazu wurde ein umfangreiches Konsolidierungspaket beschlossen. Die ausgabenseitigen Maßnahmen waren bereits in den Regierungsverhandlungen diskutiert worden. Sie umfassten neben Einsparungen im Verwaltungsbereich (insbesondere im Personalaufwand) auch Maßnahmen, durch die der Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung schwächer steigen sollte als ursprünglich vorgesehen. Außerdem war daran gedacht, Zuschüsse an die ÖBB zu kürzen sowie in weiteren Bereichen Einsparungen zu erreichen.

Ferner wurde ein weitreichendes Paket für zusätzliche Einnahmen beschlossen, das sich zeitlich (und sachlich) in zwei Teile gliederte: Mitte 2000 wurden die Energieabgabe auf elektrische Energie sowie die motorbezogene Versicherungssteuer und die Tabaksteuer spürbar erhöht. Mit Anfang 2001 folgten Maßnahmen im Bereich der einkommensabhängigen Steuern (Lohnsteuer, Einkommensteuer, Körperschaftsteuer) sowie der Kfz-Steuer und der Erbschaftssteuer.

Eine neu eingeführte Anspruchsverzinsung (§ 205 BAO) sollte dazu beitragen, die Verzögerung zwischen dem Entstehen der Steuerschuld und der (tatsächlichen) Entrichtung zu verkürzen und damit die Steuergerechtigkeit zu stärken. Allerdings bringt diese Bestimmung im Gegensatz zu den anderen Maßnahmen keine Erhöhung der effektiven Steuerbelastung. Sie hat im Grunde nur Liquiditätseffekte, da Steuerverbindlichkeiten früher bezahlt werden.

In einem föderalen Staat erfordert es das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts, die Budgetpolitik der einzelnen staatlichen Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden) aufeinander abzustimmen, weil sonst unerwartete oder unerwünschte Ergebnisse bezüg-

In den Jahren 2000 und 2001 wurde ein umfangreiches Maßnahmenpaket beschlossen. Der innerösterreichische Stabilitätspakt bindet die Länder und Gemeinden in die Konsolidierung ein.

lich des gesamtstaatlichen Defizits entstehen können. Daher wurde im Jahre 2001 ein innerösterreichischer Stabilitätspakt geschlossen (für die Periode 2001/2004, BGBl. I Nr. 39/2002). Er regelt die Beiträge der einzelnen Gebietskörperschaften zur Erreichung eines ausgeglichenen Staatshaushaltes. Der Bund (Bundessektor) darf demnach einen Abgang von höchstens 0,75% des BIP aufweisen, die Länder (mit Wien) sollen einen Überschuss von 0,75% des BIP erbringen und die Gemeinden (ohne Wien) ausgeglichen budgetieren. Die Sozialversicherungsträger werden dem Bund zugerechnet.

Diese Defizitziele beziehen sich nicht auf die administrativen Salden, sondern auf die Finanzierungssalden gemäß den Bestimmungen des ESVG 95, also den Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Maastricht-Saldo). Die Länder wiesen auch in früheren Jahren Überschüsse gemäß diesen Kriterien aus: Hier werden insbesondere Aufwendungen für Darlehensgewährungen (vor allem in der Wohnbauförderung) nicht berücksichtigt, da diesen Ausgaben ein Zuwachs an Vermögen (Forderungen der Länder) gegenübersteht. Allerdings erzielten die Länder (ohne Wien) in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre nie einen Überschuss in der dem Stabilitätspakt zugrunde gelegten Höhe. Er betrug im Durchschnitt der Periode 1995/2000 0,3% des BIP (nach dem Stabilitätspakt hätte er 0,6% des BIP erreichen müssen).

Die Länder und Gemeinden können die im Stabilitätspakt vereinbarten Ziele nur durch Ausgliederungen und die Nutzung der Bestimmungen des ESVG 95 erreichen. Allerdings wird Eurostat (das Statistische Amt der Europäischen Union) in der Auslegung des ESVG 95 zunehmend restriktiver – verschiedene Ausgliederungen bzw. Transaktionen dieser ausgegliederten Einheiten werden oft nicht anerkannt, sodass sich die Salden und der Schuldenstand ex post verschlechtern. Die Salden sind daher im Grunde sehr fragil.

Quantifizierung der Konsolidierungsmaßnahmen

Einnahmen

Die Beschreibung der Maßnahmen auf der Einnahmenseite beschränkt sich hier auf die Steuern. Veränderungen im Bereich der sonstigen Einnahmen (sie beeinflussen natürlich auch den Budgetsaldo) werden nicht berücksichtigt, weil dies meist nicht nachhaltige diskretionäre Entscheidungen sind, die das Budgetdefizit längerfristig reduzieren würden. Der Rechnungshof konzentrierte sich in seiner Überprüfung ebenfalls auf die Steuereinnahmen.

Im Jahre 2000 war das Steueraufkommen von entgegengesetzten Einflüssen geprägt. Mit 1. Jänner trat eine Einkommen- und Lohnsteuersenkung in Kraft ("Steuerreform 2000"), außerdem die zweite Etappe der familienpolitischen Maßnahmen, die aufgrund des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofs vom 17. Oktober 1997 gesetzt werden mussten (die erste Etappe war bereits 1999 in Kraft getreten). Zudem wurden eine Eigenkapitalverzinsung eingeführt (§ 11 EStG) und die Erbschaftssteuer bei Betriebsübergaben durch die Einführung eines Freibetrags von 363.000 € gesenkt. Diese Maßnahmen bewirkten insgesamt einen Einnahmenausfall von rund 1,53 Mrd. € (Übersicht 1).

Daneben wurde 2000 der Zuschlag von 5% zu den Vorauszahlungen in der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer abgeschafft; das Aufkommen aus diesen beiden Steuern wurde dadurch im Jahre 2000 ebenfalls um etwa 250 Mio. € gedämpft. Diese Bestimmung ließ die effektiven Steuersätze unverändert und bewirkt nur eine zeitliche Verschiebung der Steuerzahlungen. Sie erhöht die Abschlusszahlungen und wirkt sich dadurch auch auf die Zahlungen zur Vermeidung der Anspruchsverzinsung aus.

Die Verbesserung der Familienförderung erfolgte teils durch Änderungen der Kinderabsetzbeträge (§ 33 Abs. 4 Zi. 3 EStG 1988), teils durch eine Anhebung der Familienbeihilfen. Die Kinderabsetzbeträge (50,9 € je Kind und Monat) werden gemeinsam mit der Familienbeihilfe (in der Regel an die Mutter) ausgezahlt. Die Summe dieser Absetzbeträge wird vom Bruttoaufkommen an Einkommensteuer und Lohnsteuer im Verhältnis 1 : 3 abgezogen.

Die Maßnahmen im Bereich der Kinderabsetzbeträge veränderten daher die effektiven Steuersätze nicht. Sie senkten allerdings auch die Abgabenquote nicht, weil

der Aufwand in der VGR wieder hinzugerechnet wird. In seiner Modellrechnung berücksichtigt sie das WIFO wie zusätzliche Sozialtransfers. 2000 war deshalb mit einem Anstieg der Sozialtransfers aus der Familienförderung um 218 Mio. € zu rechnen (Übersicht 1).

Insgesamt wurde durch die Maßnahmen der Steuerreform und des Familienpakets im Jahre 2000 der Budgetsaldo um etwa 1,5 Mrd. € oder rund 0,7% des Bruttoinlandsproduktes belastet.

Andererseits wurden schon 2000 steuerliche Maßnahmen ergriffen, um zusätzliche Einnahmen zu erschließen und den Abbau des Defizits zu beschleunigen.

Mit Wirkung vom 1. Juni 2000 wurde die Abgabe auf elektrische Energie (von 0,00727 € auf 0,015 € je kWh) verdoppelt. Ferner wurden die Sätze in der motorbezogenen Versicherungssteuer hinaufgesetzt (von 0,40 € auf 0,55 € je kW, wobei 24 kW steuerfrei bleiben). Die Anhebung der motorbezogenen Versicherungssteuer entspricht einer Erhöhung um etwa 40%. Schließlich wurden die Tabaksteuer, die Steuern auf alkoholische Getränke sowie einzelne Gebühren angehoben. Diese Steuern werden im WIFO-Makromodell unter den Produktions- und Importabgaben erfasst.

Insgesamt brachten diese Maßnahmen Zusatzeinnahmen von 945 Mio. € auf Jahresbasis; ein Teil davon wurde bereits 2000 wirksam. Die Rückvergütung der Abgabe auf elektrische Energie an die Unternehmen erfolgt erst mit einjähriger Verzögerung, sodass die Einnahmesteigerung für die Jahre 2000/01 im Budget teils brutto verrechnet wird. Erst 2002 waren die Rückvergütungen für das Jahr 2001 voll wirksam; daher war in diesem Jahr das Aufkommen an Energiesteuern im Vergleich zu 2001 rückläufig.

2001 wurde ein weiteres umfangreiches Maßnahmenpaket wirksam, das fast ausschließlich auf einkommensabhängige Steuern (Einkommensteuer, Lohnsteuer, Körperschaftsteuer) ausgerichtet war. Ferner wurden die Sätze in der Kfz-Steuer um durchschnittlich 50% erhöht und in der Erbschaftsteuer die Bemessungsgrundlage für Liegenschaftstransaktionen auf den dreifachen Einheitswert angehoben. Die Änderungen im Bereich der einkommensabhängigen Steuern haben einerseits Auswirkungen auf die privaten Haushalte (Lohnsteuer) und andererseits auf den Unternehmensbereich (Körperschaftsteuer, Einkommensteuer).

Der Schwerpunkt der einnahmenseitigen Maßnahmen liegt bei den einkommensabhängigen Steuern.

Die Mehreinnahmen an Lohnsteuer wurden insbesondere durch die Reduzierung des allgemeinen Absetzbetrags, eine deutliche Senkung bzw. Abschaffung des Pensionistenabsetzbetrags, die Halbierung des Arbeitnehmerabsetzbetrags sowie Einschränkungen in der steuerlichen Behandlung der "sonstigen Bezüge" (§ 67 EstG 1988) erreicht.

In der Unternehmensbesteuerung sind vier Maßnahmenbereiche zu unterscheiden: die Abschaffung des Investitionsfreibetrags, Einschränkungen in der Verlustberücksichtigung, Beschränkungen für die Bildung von Rückstellungen (höchstens 80% des Teilwertes) und eine Verlängerung der Abschreibungsdauer für Gebäude. Dazu kommen Änderungen in der Besteuerung der Stiftungen (eine Zwischenbesteuerung in Höhe von 12,5%).

Insgesamt waren die Mehreinnahmen aus diesen Maßnahmen auf rund 2,18 Mrd. € oder etwas mehr als 1% des nominellen BIP geschätzt worden. Diese Schätzung lag auch der Neuaufteilung der Ertragsanteile auf die einzelnen Gebietskörperschaften im Finanzausgleich 2001 zugrunde. Der überwiegende Teil der Mehreinnahmen betraf die Unternehmensbesteuerung (einschließlich Stiftungen 1.235 Mio. €). Auf die Lohnsteuer entfielen rund 472 Mio. €.

Die Quantifizierung der Effekte der einzelnen Maßnahmen ist sowohl ex ante als auch ex post sehr schwierig, weil sie auch im Nachhinein nur schwer zu isolieren sind. Das gilt mit Ausnahme der Abschaffung des Investitionsfreibetrags insbesondere für alle Maßnahmen im Bereich der Unternehmensbesteuerung.

Das Bild der Einnahmen wird zusätzlich durch die Anspruchsverzinsung und die daraus erzielten Einnahmenverschiebungen geprägt. Im § 205 BAO wird bestimmt, dass Steuerpflichtige die Abschlusszahlungen an Körperschaftsteuer bzw. Einkommensteuer, die sich aus der Veranlagung des vorangegangenen Jahres ergeben wer-

den (Differenz zwischen den bescheidmäßig festgesetzten Steuern und den Vorauszahlungen) ab 1. Oktober des folgenden Jahres (bis zur Erstellung des Bescheides) verzinsen müssen. Sie können diese Anspruchsverzinsung jedoch vermeiden, wenn sie bis spätestens 30. September die entsprechenden Zahlungen leisten, wobei der Steuerpflichtige diese Differenz selbst berechnen muss.

Diese Maßnahme soll dazu beitragen, die Zeitspanne zwischen dem (ökonomischen) Entstehen der Steuerschuld (mit der Verwirklichung des Gewinns) und der Zahlung der Steuerschuld zu verringern. Dies stärkt die Steuergerechtigkeit, indem die Unterschiede zwischen Einkommen- und Körperschaftsteuer einerseits und Lohnsteuer andererseits hinsichtlich der Verzögerung der Entrichtung abgebaut werden.

Die Unternehmen zahlten 2001 aufgrund der Anspruchsverzinsung rund 1,64 Mrd. €, die sich auf die Gewinne des Jahres 2000 bezogen. Das entsprach rund 0,7% des Bruttoinlandsproduktes. Dadurch stiegen die Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer und damit auch die Abgabenquote 2001 sprunghaft. Diese Erhöhung ist jedoch nicht als zusätzliche Steuerbelastung zu interpretieren, denn ohne diese Maßnahme wären die Einnahmen aus diesen beiden Steuern in den Jahren 2002 und 2003 fällig gewesen und gezahlt worden. Der Rückgang des Aufkommens an Einkommensteuer und Körperschaftsteuer im Jahr 2002 gegenüber 2001 ist dementsprechend – ebenso wie der Rückgang der Abgabenquote – großteils auf diese Verschiebung zurückzuführen. Die zeitliche Verzerrung beträgt somit rund 0,7% des BIP. Ökonomische Effekte dieser Einnahmenverlagerung aus der Anspruchsverzinsung sind in der Modellrechnung nicht zu erwarten.

Gemessen an der Entwicklung des Gesamtaufkommens und an der Abgabenquote erwies sich die Schätzung der Mehreinnahmen aus den beiden Maßnahmenpaketen als sehr realistisch. Das zusätzliche Aufkommen im Jahr 2001 von 2,65 Mrd. € entsprach knapp 1,3% des BIP. Die globale Abgabenquote betrug 2001 45,6% des BIP, abzüglich der Effekte der Anspruchsverzinsung (0,7% des BIP) 44,9%. Ohne die Auswirkungen der Maßnahmen im Ausmaß von 1,3% des BIP hätte die Abgabenquote 2001 43,6% betragen. Das entspricht etwa dem Niveau von 2000.

2002 trat ein Konjunkturpaket in Kraft, das Steuererleichterungen für Forschung und Ausbildung, aber auch für Investitionen in Gebäude sowie für Betriebsübertragungen vorsah ("Konjunkturpaket I" vom Dezember 2001). Dazu kam eine Investitionszuwachsprämie von 10% für jenen Teil der Ausrüstungsinvestitionen, der den Durchschnitt der letzten drei Jahre überstieg. Wegen der Hochwasserkatastrophe vom Sommer 2001 wurden zudem Steuererleichterungen gewährt ("Konjunkturpaket II" vom September 2001).

Die Abgabenquote lag 2002 bei 44,7% des BIP. Sie war damit geringfügig höher als 1999 (44,4%). Die Maßnahmen, die zusätzliche Einnahmen für die Budgetkonsolidierung brachten, kompensierten demnach teils die Effekte der Steuerreform 2000 auf den Bundeshaushalt.

Ausgaben

Die Auswirkungen der Maßnahmen zur Senkung der Ausgabenquote sind noch schwieriger abzuschätzen als jene der Einnahmen. Die Ausgabeneinsparungen ließen sich als Differenz zwischen einer Entwicklung ohne Maßnahmen (bei unveränderter Rechtslage) und den tatsächlichen Ausgaben darstellen; diese (hypothetische) Basis fehlt jedoch in den meisten Fällen. Hier werden (ähnlich wie für die Einnahmen) die Ausgaben nicht umfassend dargestellt, sondern bloß wichtige Komponenten herausgegriffen (Übersicht 1). Die Schätzungen wurden den Prüfungsergebnissen des Rechnungshofs gegenübergestellt, die als Grundlage für die Modellsimulationen dienten.

Die Ausgaben sind stark von Ausgliederungen beeinflusst. In den Regierungsverhandlungen waren 2000 bereits Einsparungsziele (insbesondere im Personalaufwand, den Sozialausgaben, den Subventionen sowie den Zinsen) formuliert worden. Die Regierung beabsichtigte, im öffentlichen Dienst in den Jahren 2000 bis 2003 insgesamt 11.000 Arbeitsplätze abzubauen und damit den Personalaufwand zu reduzieren. Zudem sollten 4.000 Dienstposten durch Ausgliederungen eingespart werden. Diese Ausgliederungen wirken teilweise saldenneutral.

Die Zahl der Bediensteten wurde gegenüber 1999 bis 2002 tatsächlich um 10.580 verringert. Der Personalaufwand wurde dadurch 2001 um 293 Mio. € und 2002 um 444 Mio. € reduziert.

Neben dem Abbau an Beschäftigten wurde der Zuwachs der Pro-Kopf-Gehälter gedämpft. Die Gehälter des Bundes wurden 2002 zunächst (generell) um nur 0,8% erhöht; nach Vorliegen der Inflationsrate für 2002 ergaben nachträgliche Verhandlungen eine weitere Steigerung ab 1. Juli 2003 um 1%. Die dadurch verursachten zusätzlichen Ausgaben liegen jedoch außerhalb des Untersuchungszeitraums.

Den zweiten großen Einsparungsbereich bilden die Sozialtransfers, insbesondere der Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung. Ursprünglich sollten bis 2003 1,09 Mrd. € eingespart werden. Diesen Einsparungen standen wie erwähnt Mehrausgaben aus der Anhebung der Familienbeihilfe gegenüber, die ebenfalls in den Sozialtransfers berücksichtigt werden.

Die Ausgabeneinsparungen betrafen vor allem den Personalaufwand und die Sozialtransfers.

Die Ausgaben im Rahmen des Bundesbeitrags sollten durch eine Reihe von Maßnahmen gedämpft werden: durch die Anhebung des Frühpensionsalters oder die Abschaffung der vorzeitigen Alterspension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. Erwerbsunfähigkeit.

Allerdings überweist der Bund in den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger (zur Abgeltung von Ersatzzeiten) erhebliche Mittel, die zwar den Bundesbeitrag dämpfen, aber den administrativen Saldo im gleichen Ausmaß berühren. Diese Mittel müssen gemeinsam mit dem Bundesbeitrag und den Ausgleichszulagen betrachtet werden. Die Überweisungen an den Ausgleichsfonds verschlechtern den Maastricht-Saldo, weil ohne sie Überschüsse (etwa im Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, teilweise auch in der Arbeitslosenversicherung) entstanden wären, die diesen Saldo verbessert hätten.

Insgesamt betragen die Nettoeinsparungen an Sozialtransfers (Minderausgaben und Mehreinnahmen) im Jahre 2001 329 Mio. € und 2002 843 Mio. €. Diese Beträge gingen in die Modellrechnungen ein.

Eine wichtige Komponente der Konsolidierung war die Senkung der Subventionen (insbesondere an die ÖBB). Ein Teil dieser Ausgaben wurden durch Kapitalaufstockungen substituiert, die aber den Maastricht-Saldo nicht verschlechtern. Daher sind diese Kapitalaufstockungen an die ÖBB als Einmaleffekt zu werten. In anderen Bereichen waren die Einsparungen gering, nicht zuletzt weil diese Subventionen teils an EU-Förderungen gekoppelt sind und den österreichischen Anteil (Kofinanzierungsanteil) repräsentieren. Die Einsparungen an Subventionen lassen sich (im Vergleich zur Entwicklung ohne Maßnahmen) für 2001 auf etwa 145 Mio. € und für 2002 218 Mio. € schätzen.

Ein wichtiger Aspekt der Budgetkonsolidierung ist die Einsparung von Zinsen für die Staatsschuld. Sie ergibt sich aus der Differenz zwischen den Budgetsalden (Defiziten) ohne Maßnahmen und den tatsächlichen Salden einerseits und dem durchschnittlichen Zinssatz andererseits. Im Stabilitätsprogramm aus dem Frühjahr 2000, das der Europäischen Kommission vorgelegt wurde, war für 2002 noch mit Zinsen für alle öffentlichen Haushalte in Höhe von 7,66 Mio. € gerechnet worden, tatsächlich waren nur 7,50 Mrd. € erforderlich. Zusammen mit der Verringerung im Jahr 2001 ergaben sich dadurch Einsparungen von 0,2 Mrd. €.

Die sonstigen Ausgaben entwickeln sich recht unterschiedlich. Vor allem die Investitionen des Bundes gehen deutlich zurück. Sie betragen laut einer Aufstellung des Rechnungshofes 1999 (ohne Beteiligungen) noch 761 Mio. €, sanken bis 2001 auf 517 Mio. € und gingen 2002 weiter auf 414 Mio. € zurück. Das hängt großteils mit Ausgliederungen zusammen. Andererseits erhöhen sich damit die Ausgaben für Mieten (an die Bundesimmobiliengesellschaft) spürbar. Auch für den laufenden Sachaufwand zeigt sich ein recht unterschiedliches Bild. Insgesamt wurden in diesem Bereich gegenüber den ursprünglichen Annahmen, die den Regierungsverhandlungen 2000 und dem Stabilitätspakt vom März 2002 zugrunde lagen, knapp 145 Mio. € eingespart.

Per Saldo ergaben sich im Jahr 2000 geringe Mehrausgaben von 68 Mio. € (durch die Erhöhung des Kinderabsetzbetrags), 2001 Ausgabeneinsparungen von 993 Mio. € und 2002 Einsparungen von rund 1.850 Mio. € (jeweils im Vergleich zu einer Entwicklung ohne Maßnahmen). Der Schwerpunkt der Ausgabenveränderungen liegt im Bereich des Personalaufwands und der Sozialausgaben.

Budgetsalden

2001 lag der Schwerpunkt der Konsolidierung auf der Einnahmenseite, 2002 dominierten die Ausgabeneinsparungen.

Die Budgetsalden entwickelten sich in den Jahren 2000 bis 2002 recht unterschiedlich. 2000 verursachte die Steuerreform erhebliche Einnahmenseitige Ausfälle, die den Saldo belasteten; die Verbesserung des Budgetsaldos gegenüber 1999 war ausschließlich der guten Konjunktur zuzuschreiben. 2001/02 hingegen brachten die steuerlichen Maßnahmen erhebliche Mehreinnahmen (2001 rund 1,34 Mrd. € netto), die Ausgabeneinsparungen erreichten knapp 1 Mrd. €. Der Saldo wurde dadurch um etwa 2,34 Mrd. € verbessert.

2002 vergrößerten sich die Ausgabeneinsparungen auf 1,85 Mrd. €, die Mehreinnahmen blieben konstant. Die Saldenverbesserung aus den Maßnahmen auf der Einnahmen- und der Ausgabenseite betrug rund 3,2 Mrd. €, rund 1,5% des BIP. Der Saldo des Gesamtstaates verbesserte sich gegenüber 1999 um 1,7% des BIP (von -2,3% 1999 auf -0,6%¹⁾ 2002).

Diese Entwicklung lässt vermuten, dass der Schwerpunkt der Konsolidierungsmaßnahmen (insbesondere 2002) auf der Ausgabenseite lag – eine genaue Aufteilung ist problematisch: Der Anteil der Ausgaben dürfte etwas mehr als 50% betragen haben, wobei die Einnahmen aus der Anspruchsverzinsung unberücksichtigt bleiben, weil sie wie erwähnt nur zeitliche Verschiebungen bewirken. Ohne die Mehreinnahmen aus der Anspruchsverzinsung wäre 2001 kein Überschuss erzielt worden (es hätte sich ein geringfügiges Defizit ergeben), andererseits wäre im Jahre 2002 ein annähernd ausgeglichener öffentlicher Haushalt erreicht worden. Die hohen Einnahmen aus der Anspruchsverzinsung verzerrten daher das Bild 2001/02.

Dies spiegeln auch die Ergebnisse der Modellrechnung wider. 2001 war demnach der Einfluss der zusätzlichen Einnahmen leicht überproportional, 2002 brachten hingegen die Ausgabeneinsparungen den Großteil der Defizitverbesserung.

In der Regel sind die administrativen Salden ungünstiger als jene nach den Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Das gilt weniger für den Bund (hier sind die Abweichungen zwischen diesen beiden Konzepten gering) als für die Länder und Gemeinden. Neben der Rücklagengebarung, die nur wie eine zeitliche Verlagerung wirkt, verbessern vor allem die Darlehensgewährungen (insbesondere in der Wohnbauförderung) den Saldo der Länder laut VGR. Den Ausgaben stehen Forderungen der Länder an den privaten Sektor (Darlehensnehmer) gegenüber. Andererseits sind die Einnahmen aus der Darlehensrückzahlung nicht saldenrelevant.

Die Überschüsse der Länder laut VGR (ESVG 95) stammen daher nicht aus einem "einfachen" Einnahmenüberschuss, sondern sind auf das Konzept der VGR einerseits und auf Ausgliederungen andererseits zurückzuführen. Sie hängen damit nicht nur von der Wirtschaftsentwicklung, sondern etwa auch von Veränderungen in der Wohnbauförderungspolitik ab. Eine wichtige Rolle spielt auch, ob Ausgliederungen und damit zusammenhängende Transaktionen zwischen den Gebietskörperschaften und den Eigentümern von Eurostat als haushaltsrelevant akzeptiert werden. Daher ist die Basis dieser Salden und ihrer Veränderungen oft recht fragil.

Ausgaben- und Einnahmenquoten

Einen wichtigen Einblick in die Entwicklung der öffentlichen Haushalte bieten die Ausgaben- und Einnahmenquoten (bezogen auf das nominelle BIP) für den Gesamtstaat, weil im Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt das Ziel des ausgeglichenen Haushalts für die Gesamtheit der öffentlichen Haushalte formuliert ist. Die ökonomischen Wirkungen der Budgetpolitik (insbesondere auf der Einnahmenseite) lassen sich zudem schwer zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften trennen. In die Modellrechnungen geht immer das Gesamtaufkommen ein. Außerdem bestehen zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften erhebliche Transferströme (2001 rund 30,6 Mrd. €), die sich in der Gesamtbetrachtung des Staates ausgleichen. Bei

¹⁾ Stand Juni 2003; im Herbst 2003 (nach Fertigstellung der WIFO-Studie) wurde dieser Wert auf -0,2% revidiert.

isolierter Betrachtung des Bundes ist zu berücksichtigen, dass er erhebliche Transfers an die anderen Gebietskörperschaften leistet. Der Transfersaldo zulasten des Bundes betrug 2001 20,77 Mrd. €.

Die Einnahmenquote des Bundes war 2002 mit 26,6% um 0,6 Prozentpunkte höher als 1999. Ein Teil der Mehreinnahmen aus den Maßnahmen 2000/01 wurde also durch die Steuerreform 2000 kompensiert, und andererseits dämpfte das Ergebnis der sonstigen Einnahmen die Entwicklung (auf den großen Einfluss der Anspruchsverzinsung wurde bereits hingewiesen).

Zugleich sank die Ausgabenquote von 28,5% (1999) auf 27,7% des BIP im Jahre 2002. Der größere Teil des Defizitabbaus (der Saldenverbesserung) war demnach in diesem Zeitraum auch im Bundeshaushalt auf Ausgabeneinsparungen zurückzuführen.

Ähnlich erhöhte sich die Einnahmenquote des Gesamtstaates (laut VGR) von 51,8% im Jahre 1999 auf 52,2% 2001 und ging 2002 auf 51,7% zurück. Gleichzeitig sank die Gesamtausgabenquote von 54,2% (1999) auf 52,1% 2001, 2002 lag sie bei 52,4%. Der Rückgang der Ausgabenquote war allerdings nicht nur durch Einsparungen bedingt, sondern zu einem erheblichen Teil auf Ausgliederungen zurückzuführen.

Der Anteil der Staatsausgaben am BIP ist rückläufig, und auch die Einnahmenquote sinkt langfristig.

Das WIFO-Makromodell bildet auf jährlicher Basis die österreichische Wirtschaft ab. Es wird zur Erstellung der mittelfristigen Prognose des WIFO und für die Schätzung der makroökonomischen Wirkungen von wirtschaftspolitischen Maßnahmen verwendet. Das Modell besteht aus Verhaltens- und Definitionsgleichungen für die endogenen Variablen und aus exogenen Variablen, die außerhalb des Modells bestimmt werden. Im Folgenden werden die wichtigsten Blöcke des Modells kurz beschrieben.

Der *Nachfrageblock* modelliert die Verwendungsseite der VGR laut ESVG 95 und beschreibt den Gütermarkt. Hier werden Konsum- und Investitionsentscheidungen im privaten Sektor sowie Außenhandelsströme erklärt. Der reale private Konsum wird mit einem Fehlerkorrekturansatz bestimmt. Dieser Ansatz setzt die Existenz eines quantifizierbaren und langfristig stabilen Zusammenhangs zwischen dem verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und deren Konsumausgaben voraus, lässt aber kurzfristige konjunkturbedingte Abweichungen davon zu. Fiskalpolitische Instrumente wie Steuern oder Transfers haben unmittelbaren Einfluss auf das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte und somit auf den privaten Konsum.

Der öffentliche Konsum wird nicht durch eine Verhaltensgleichung, sondern durch eine Definitionsgleichung (VGR-Definition) bestimmt. Er setzt sich aus dem öffentlichen Beitrag zum BIP (Bruttowertschöpfung des Staates) zuzüglich der Vorleistungen und sozialen Sachtransfers, abzüglich der Markt- und Nichtmarktproduktion und der Erlöse jener Produzenten zusammen, die dem Sektor Staat zugeordnet werden. Der öffentliche Beitrag zum BIP ist die Summe aus den geleisteten Arbeitnehmerentgelten und dem Nettobetriebsüberschuss des öffentlichen Sektors, zuzüglich Produktionsabgaben und Abschreibungen des Staates.

Die privaten Bruttoanlageinvestitionen werden mit Hilfe eines neoklassischen Investitionsmodells erklärt. Dabei wird nach der Art der Investitionsgüter zwischen Ausrüstungen, Wohn- und sonstigen Bauten differenziert. Die Investitionstheorie geht von einem optimal handelnden Kapitalnutzer aus, wobei die Kapitalnutzungskosten dem Grenzprodukt des Kapitals entsprechen. Das Konzept der Kapitalnutzungskosten ermöglicht eine Untersuchung der Wirkung einzelner steuerpolitischer Instrumente auf das unternehmerische Investitionsverhalten (vgl. *Kaniovski, 2002*).

Gemäß der Modellannahme wählt ein optimal handelndes Unternehmen den Zeitpfad für Investitionen und Arbeitseinsatz so, dass der Barwert der künftigen Gewinne am höchsten ist. Agiert das Unternehmen gewinnmaximierend, so werden zusätzliche Einheiten des Faktorinputs eingesetzt, bis das Grenzprodukt gleich ist dem jeweiligen Preis des Produktionsfaktors. Das Grenzprodukt eines Produktionsfaktors kann nicht direkt beobachtet, aber aus der geschätzten Produktionsfunktion abgeleitet werden.

Über die Kapitalnutzungskosten – die dem Preis des Faktors Kapital entsprechen – kommt der Einfluss von Änderungen des Steuersystems und der Fördermaßnahmen

Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Beschreibung des WIFO-Makromodells

Gütermarkt

auf die Investitionen zum Ausdruck. Die öffentlichen Investitionen fallen in den Bereich der diskretionären Fiskalpolitik und werden im Modell deshalb als exogen angenommen.

Die Außenhandelsströme werden nach Waren und sonstigen Gütern differenziert. Die Importnachfrage wird durch den relativen Preis der in- und ausländischen Güter und die gesamte inländische Nachfrage erklärt. Ähnlich hängen die Exporte neben dem relativen Preis von der Entwicklung der Weltnachfrage ab. Bei der Bestimmung der relativen Preise wird der Einfluss des Wechselkurses des Euro zum Dollar berücksichtigt. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird auf der Verwendungsseite als Summe der oben genannten Nachfragekomponenten errechnet.

Neben dem tatsächlichen Output (BIP) wird im WIFO-Makromodell auch der *Potential Output* der österreichischen Volkswirtschaft durch eine Produktionsfunktion mit den Inputs Arbeit und Sachkapital beschrieben.

Der Kapitalstock wird von Statistik Austria mit einer Variante der Kumulationsmethode (perpetual inventory) nach einem geometrischen Abschreibungsverfahren berechnet. Die verwendete Kapitalakkumulationsbeziehung setzt voraus, dass der Kapitalstock mit einer konstanten jährlichen Abschreibungsrate an Wert verliert und die Investitionen sich jeweils gleichförmig über das Jahr verteilen (vgl. Böhm et al., 2001, Statistik Austria, 2002A). Die funktionale Form der Produktionsfunktion unterstellt eine konstante Elastizität der technischen Substitution (CES). Diese gibt an, um welchen Prozentsatz der zur Produktion verwendete Kapitalstock sich verändert, wenn die Beschäftigung um 1% steigt. Ferner wird im Modell eine Vollauslastung des Faktors Kapital angenommen.

In der Produktionsfunktion wird der technische Fortschritt vereinfachend als exogen betrachtet. Diese Annahme ist angesichts des kurzen Zeithorizonts der Simulationen von höchstens fünf Jahren unproblematisch. Die Outputlücke ergibt sich aus der Differenz zwischen dem tatsächlichen BIP und dem Potential Output.

Die Nachfrage nach unselbständig Beschäftigten im privaten Sektor wird im Modell mit der aus der CES-Produktionsfunktion abgeleiteten Faktornachfragefunktion bestimmt. Diese langfristige Beziehung wurde erweitert, um die kurzfristigen Rigiditäten auf dem Arbeitsmarkt und die Lohnerwartungen zu berücksichtigen.

Für die Erklärung der Arbeitslosigkeit werden mehrere nachfrage- und angebotsseitige Faktoren in Betracht gezogen, darunter die Nachfrage nach Arbeitskräften, die Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, die Neuzugänge zur vorzeitigen Alterspension und die Ausländerbeschäftigung in Österreich. Zusätzlich bildet das Verhältnis aus Arbeitslosengeld zum Lohn (Nettoersatzrate der Arbeitslosenversicherung) die Anreize ab, in den Arbeitsmarkt einzutreten.

Das Arbeitskräfteangebot errechnet sich definitorisch als Summe von Beschäftigten und Arbeitslosen. Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Sektor wird exogen angenommen.

Im Block "Preise, Löhne und andere Einkommen" wird die Entwicklung verschiedener Deflatoren und des Reallohnes je unselbständig Beschäftigten erklärt. Bestimmend für die Dynamik des heimischen Preisniveaus sind die Lohnstückkosten, die Importpreise und die aktuelle Outputlücke.

Die Lohnstückkosten spiegeln dabei den Cost-Push-Effekt des Faktors Arbeit im unternehmerischen Preissetzungsverhalten wider. Die wichtigste bestimmende Größe der Importpreise ist der Weltmarktpreis insgesamt; der Weltmarktpreis von Energieträgern leistet hier einen wichtigen Beitrag. Mit der Outputlücke als Maß für die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung wird ein zentraler Konjunkturindikator in die Erklärung des Preisniveaus einbezogen. Die Auswirkungen von fiskalpolitischen Maßnahmen auf das heimische Preisniveau werden im Modell über den Einfluss der Produktions- und Importabgaben und der Subventionen auf den Deflator der inländischen Nachfrage explizit berücksichtigt.

Der Lohnbildungsprozess wird als das Ergebnis von Verhandlungen zwischen Interessenvertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gesehen. Die Entwicklung der Reallohne im privaten Sektor hängt im Wesentlichen von der "Beschäftigungslücke" – der

Arbeitsmarkt

Preise, Löhne und andere Einkommen

Differenz zwischen der tatsächlichen und der natürlichen Arbeitslosenquote – ab. Die natürliche Rate der Arbeitslosigkeit entspricht im Modell jener Arbeitslosenquote, bei der eine stabile Lohninflationsrate vorliegt (non-accelerating wage rate of unemployment – NAWRU). Die gleichgewichtige, inflationsstabile Arbeitslosenquote bringt die Übereinstimmung von Einkommensansprüchen aller Akteure in der Volkswirtschaft. Die Beschäftigungslücke umfasst somit sowohl die konjunkturellen als auch die arbeitsmarktrelevanten institutionellen Rahmenbedingungen (wie z. B. die Lohnschere), die wiederum von fiskalpolitischen Maßnahmen geprägt werden.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte setzt sich aus den Primär- und Sekundäreinkommen zusammen. Zu den Primäreinkommen zählen die Arbeitnehmerentgelte und Selbständigeneinkommen, aber auch Einkommen aus Besitz an Privatvermögen. Die Sekundäreinkommen entsprechen dem Saldo aus gezahlten Einkommen- und Vermögensteuern, geleisteten Sozialbeiträgen und sonstigen Abgaben und erhaltenen Sozialleistungen und laufenden Transfers des Staates. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wird somit direkt vom Steuer- und Sozialsystem beeinflusst.

In der aktuellen Modellversion wird der öffentliche Sektor durch Verhaltensgleichungen für folgende Bereiche des volkswirtschaftlichen Staatskontos abgedeckt: Produktions- und Importabgaben, Einkommen- und Vermögensteuern, Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Arbeitslosenunterstützung sowie Lohn- und Gehaltssumme im öffentlichen Sektor.

Staatseinnahmen werden überwiegend endogen erklärt. Sie werden entweder mit Aufkommenselastizitäten in Bezug auf eine gesamtwirtschaftliche Größe (wie z. B. der Bruttolohn- und Gehaltssumme zur Erklärung des Lohnsteueraufkommens) bestimmt, oder die Dynamik der Steuerbasis wird explizit dargestellt, um die Effekte einer Veränderung der Steuerbasis von jenen einer Tarifänderung zu trennen. Für die Schätzung der Elastizitäten werden in den meisten Fällen Fehlerkorrekturmodelle verwendet.

Die endogen erklärten Ausgaben des Staates umfassen die Lohneinkommen je Beschäftigten im öffentlichen Sektor und die Arbeitslosenunterstützung. Die Lohnentwicklung im öffentlichen Sektor wird langfristig von jener im privaten Sektor bestimmt. Die übrigen Staatsausgaben (wie z. B. monetäre Sozialleistungen, Zinsen für die Staatsschuld und sonstige laufende Transfers) werden exogen vorgegeben.

Neben den beschriebenen Blöcken enthält das Modell eine Reihe von exogenen Variablen für die Annahmen über die Weltkonjunktur und die demographische Entwicklung in Österreich.

Österreich ist eine kleine offene Volkswirtschaft. Daher wird unterstellt, dass Änderungen in Österreich im Weltmaßstab vernachlässigbar klein sind und keine gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen auf andere Länder haben. Diese Vereinfachung erlaubt es, die Wirtschaftsentwicklung im Ausland als gegeben anzunehmen. Konkret werden die Einkommensentwicklung und die Preise im Ausland vorgegeben. Die Geldpolitik (Zinssätze und Wechselkurse) wird ebenfalls als modellexogen angesehen. Da Österreich an der Europäischen Währungsunion teilnimmt, werden die geld- und wechsellkurspolitischen Parameter für Österreich von der EZB gesetzt.

Für die Bestimmung der exogenen Variablen wird auf Prognosen von internationalen Organisationen (wie Europäische Kommission, OECD, IMF) und anderen Forschungseinrichtungen (wie ifo, DIW, NIESR) zurückgegriffen. Zusätzlich fließt in die Erstellung der mittelfristigen Prognosen und in wirtschaftspolitische Simulationen das im WIFO verfügbare Expertenwissen ein.

Übersicht 1 bietet einen Überblick über die oben diskutierten fiskalpolitischen Maßnahmen der letzten drei Jahre aus der Sicht des volkswirtschaftlichen Staatskontos. Diese Daten wurden für die Modellsimulation mit dem WIFO-Makromodell als Input verwendet.

Die Fiskalpolitik der letzten drei Jahre war gekennzeichnet durch eine Steuerreform im Jahr 2000 (Breuss – Weber, 1999) und eine darauf folgende Konsolidierungsphase, um das im Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt festgeschriebene Ziel eines

Sektor Staat

Sonstige Bereiche

Fiskalpolitische Maßnahmen im Überblick

mittelfristig ausgeglichenen Staatshaushalts zu erreichen. Das ambitionierte Stabilitätsprogramm von 2000 ermöglichte bereits im Jahr 2001 einen Überschuss im Staatshaushalt (vgl. Breuss, 2001).

Übersicht 1: Fiskalpolitische Maßnahmen 2000 bis 2002 im Überblick

	2000	2001 Mio. €	2002
Produktions- und Importabgaben			
Erhöhung	+ 218	+ 945	+ 945
Lohnsteuer			
Senkung	- 1.235	- 1.235	- 1.235
Erhöhung	-	+ 472	+ 472
Gesamt	- 1.235	- 763	- 763
Körperschaftsteuer			
Erhöhung		+ 945	+ 945
Andere Einkommen- und Vermögensteuern			
Senkung	- 73	- 73	- 73
Erhöhung	-	+ 291	+ 291
Gesamt	- 73	+ 218	+ 218
Summe Einnahmen	- 1.090	+ 1.344	+ 1.344
Monetäre Sozialleistungen			
Senkung	- 0	- 547	- 1.061
Erhöhung	+ 218	+ 218	+ 218
Gesamt	+ 218	- 329	- 843
Sonstige Ausgaben (soziale Sachtransfers)			
Senkung		- 145	- 145
Zinsen für die Staatsschuld			
Senkung		- 80	- 200
Subventionen			
Senkung		- 145	- 218
Personalausgaben			
Senkung	- 150	- 293	- 443
Personalstand	Personen	- 3.410	- 3.460
Summe Ausgaben	+ 68	- 993	- 1.849
Saldo (Einnahmen minus Ausgaben)	- 1.158	+ 2.337	+ 3.194

Q: Rechnungshof, WIFO-Berechnungen.

Auf der Einnahmenseite brachte das Jahr 2000 insgesamt eine Steuerentlastung von 1.090 Mio. €, die sich aus einer Senkung der Einkommensteuern um 1.308 Mio. € und einer Anhebung der Produktions- und Importabgaben um 218 Mio. € zusammensetzte. Der Großteil der Entlastung im Bereich der Einkommen- und Vermögensteuern entfiel auf eine Senkung der Lohnsteuer (-1.235 Mio. €).

Auf der Ausgabenseite wurden zunächst die monetären Sozialleistungen um 218 Mio. € angehoben (Erhöhung des Kinderabsetzbetrags). Andererseits wurde der Personalaufwand im öffentlichen Sektor im Jahr 2000 durch den Abbau von 3.710 Beschäftigten um rund 150 Mio. € verringert.

Nach den expansiven Maßnahmen, die Anfang 2000 wirksam wurden, schlug die Bundesregierung einen Sparkurs ein. Durch steuerliche Maßnahmen wurden die Einnahmen in den Jahren 2001 und 2002 um 1.344 Mio. € gesteigert, das Lohnsteuerertrag um 472 Mio. €. Die Steuerentlastung machte somit in den Jahren 2001 und 2002 – einschließlich der Maßnahmen aus dem Jahr 2000 – netto 763 Mio. € aus. Die Änderungen bezüglich der Körperschaftsteuer und der sonstigen Einkommen- und Vermögensteuern bewirkten einen Einnahmestieg um 945 Mio. € bzw. 291 Mio. €. Die Mehrbelastung der Unternehmen durch die Anhebung der Produktions- und Importabgaben betrug 945 Mio. €.

In den Jahren 2001 und 2002 wurden die monetären Sozialleistungen beträchtlich gekürzt (um 547 Mio. € und 514 Mio. €). Per Saldo – unter Berücksichtigung des "Familienpakets" aus dem Jahr 2000 – wurden die Ausgaben für monetäre Sozialleistungen im Jahr 2001 um 329 Mio. € und im Jahr 2002 um 843 Mio. € gesenkt.

Zusätzlich sanken die Zinszahlungen und die Subventionen des Staates. Die Personalausgaben des öffentlichen Sektors wurden 2001 und 2002 weiter verringert. Dadurch ergaben sich 2001 Einsparungen von 293 Mio. € und 2002 von 443 Mio. €, die Zahl der öffentlich Bediensteten sank um 3.410 bzw. 3.460. Die sonstigen Ausgaben wurden um jeweils 145 Mio. € gekürzt.

Die Maßnahmen im Jahr 2000 brachten eine Steuerentlastung von 1.090 Mio. € und eine geringe Ausweitung der Staatsausgaben (68 Mio. €), sodass sich der Saldo um 1.158 Mio. € verschlechterte. In den zwei folgenden Jahren wurde durch die fiskalpolitischen Maßnahmen eine Verbesserung des Saldos um 2.337 Mio. € (2001) bzw. 3.194 Mio. € (2002) erreicht (Übersicht 1).

In dieser Simulationsstudie werden Schlussfolgerungen über die Auswirkungen von wirtschaftspolitischen Maßnahmen aus dem Vergleich zweier Modellösungen (tatsächliche Entwicklung und Entwicklung bei unveränderter Rechtslage) gezogen. Die Besonderheit einer Ex-post-Evaluierung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen liegt darin, dass die tatsächliche Entwicklung bereits die Auswirkungen dieser Maßnahmen enthält.

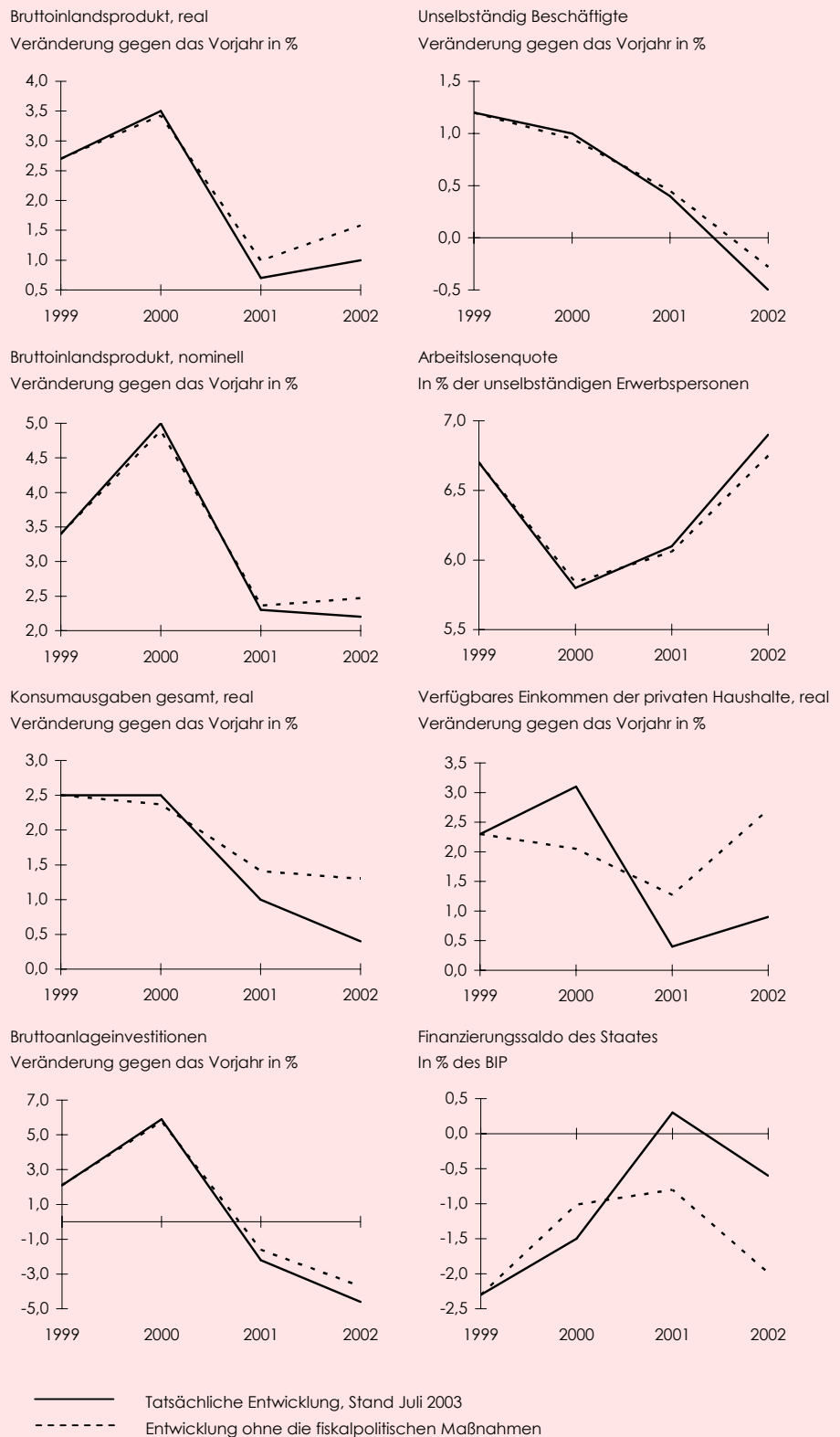
Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen

Übersicht 2: Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der fiskalpolitischen Maßnahmen 2000 bis 2002

	2000	2001	2002
	Kumulierte Abweichung von der Basislösung in %		
<i>Nachfrage, real zu Preisen von 1995</i>			
Konsumausgaben	0,13	- 0,41	- 0,90
Private Haushalte ¹⁾	0,36	- 0,14	- 0,63
Staat	- 0,56	- 1,21	- 1,69
Bruttoanlageinvestitionen	0,13	- 0,59	- 0,90
Bauten	0,10	- 0,42	- 0,75
Ausrüstungen	0,17	- 0,78	- 1,08
Exporte	0,00	- 0,01	0,00
Importe	0,10	- 0,30	- 0,56
Handelsbilanz	in % des BIP - 0,04	0,15	0,31
<i>Bruttoinlandsprodukt</i>			
Real, zu Preisen von 1995	0,08	- 0,29	- 0,58
Nominell	0,11	- 0,06	- 0,27
<i>Preisentwicklung</i>			
Verbraucherpreise	0,04	0,23	0,34
Terms-of-Trade	- 0,00	0,02	- 0,00
<i>Arbeitsmarkt</i>			
Arbeitskräfteangebot	0,01	- 0,01	- 0,04
Unselbständig Beschäftigte, Summe Wirtschaftsklassen ¹⁾	0,05	- 0,05	- 0,22
in 1.000 ¹⁾	1,52	- 1,69	- 6,60
Arbeitslosenquote in % der unselbständigen Erwerbspersonen ²⁾	- 0,04	0,04	0,15
Arbeitslose in 1.000 ²⁾	- 1,17	1,27	5,11
Arbeitsproduktivität	0,03	- 0,23	- 0,37
Unit Labour Costs	- 0,01	0,09	- 0,05
<i>Einkommen, Sparen</i>			
Bruttolohn- und -gehaltssumme (ohne Arbeitgeberbeiträge)	0,07	- 0,17	- 0,60
Reallohn je unselbständig Beschäftigten	- 0,01	- 0,35	- 0,72
Privater Sektor	0,00	- 0,21	- 0,50
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte, netto			
Nominell	1,09	- 0,64	- 1,48
Real, zu Preisen von 1995	1,05	- 0,87	- 1,81
Sparquote in % des verfügbaren Einkommens	0,63	- 0,68	- 1,08
<i>Staatshaushalt</i>			
Staatseinnahmen	- 0,97	1,22	1,09
Staatsausgaben	- 0,01	- 0,88	- 1,58
Finanzierungssaldo in % des BIP	- 0,49	1,10	1,39

Q: WIFO-Berechnungen. – 1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Ohne Bezug von Karenz- und Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. – 3) Laut Arbeitmarktservice.

Abbildung 1: Veränderung makroökonomischer Kenngrößen durch die fiskalpolitischen Maßnahmen 2000 bis 2002



Q: WIFO-Berechnungen.

Setzt man die oben beschriebenen Zahlen als Input mit umgekehrten Vorzeichen in das Modell ein, so erhält man die Simulationslösung einer Wirtschaftsentwicklung ohne diese wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Diese Vorgehensweise unterstellt, dass die mit den Maßnahmen verbundenen Entlastungen und Belastungen auf das Verhalten der Wirtschaftsakteure symmetrisch wirken, dass also etwa der expansive Ef-

fekt einer Steuersenkung dem dämpfenden Effekt einer vergleichbaren Steuererhöhung gleicht. Die Abweichungen der tatsächlichen Wirtschaftsentwicklung von dieser Simulationslösung entsprechen dann den gesamtwirtschaftlichen Effekten der untersuchten Maßnahmen.

Wie erwähnt werden die Steuereinnahmen im Modell durch Verhaltensgleichungen erklärt und sind somit endogen. Die steuerpolitischen Maßnahmen wurden in den Residuen der Verhaltensgleichungen berücksichtigt. Die Staatsausgaben sind hingegen überwiegend exogen und können daher direkt eingesetzt werden.

Die Steigerung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte durch die Entlastung im Bereich der Einkommen- und Vermögensteuern stimulierte den privaten Konsum um 0,4% (gegenüber der Simulationslösung ohne fiskalpolitische Maßnahmen). Wegen der in der Konsumfunktion implizierten niedrigen kurzfristigen Konsumneigung von 0,34 ergab sich ein kräftiger Anstieg der Sparquote um 0,6 Prozentpunkte. Ein Teil des Zuwachses des privaten Konsums wurde durch Importe gedeckt. Die privaten Bruttoanlageinvestitionen erhöhten sich aufgrund des Multiplikatoreffekts um 0,13%, wobei die Ausrüstungsinvestitionen etwas stärker ausgeweitet wurden als die Bauinvestitionen.

Die Personaleinsparungen im öffentlichen Sektor schlugen sich in einer Verringerung des öffentlichen Konsums um 0,56% nieder. Insgesamt war der Effekt der Steuerreform auf das reale BIP im Jahr 2000 mit +0,08% sehr gering.

Die Erhöhung der Produktions- und Importabgaben verstärkte die Inflation leicht (+0,04 Prozentpunkte). Aufgrund des leichten Anstiegs des realen BIP wuchs die Nachfrage nach Beschäftigten trotz des Personalabbaus im öffentlichen Dienst netto um 1.520 Personen, die Arbeitslosenquote sank um 0,04 Prozentpunkte.

Durch die Steuerreform verringerten sich die Staatseinnahmen um 0,97%, die Staatsausgaben stiegen hingegen geringfügig um 0,01%. Der Finanzierungssaldo verschlechterte sich um 0,49% des BIP (Übersicht 2). Insgesamt wirkten daher die fiskalpolitischen Maßnahmen im Jahr 2000 leicht expansiv.

Durch die Konsolidierungsschritte ab dem Jahr 2001 wurden die expansiven Effekte der Steuerreform 2000 mehr als kompensiert. Die fiskalpolitischen Maßnahmen drückten das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte und damit den privaten Konsum 2001 und 2002 kumuliert um 0,6% (gegenüber der Simulationslösung ohne diese Maßnahmen). Die Fortsetzung des Personalabbaus verringerte den öffentlichen Konsum bis 2002 kumuliert um 1,7%.

Die steuerliche Mehrbelastung des Unternehmenssektors dämpfte die Nachfrage nach Bruttoanlageinvestitionen einschließlich der negativen Multiplikatoreffekte 2001 und 2002 kumuliert um 0,9%. Wieder reagierten die Ausrüstungsinvestitionen stärker als die Bauinvestitionen. Wegen der Schwäche der Inlandsnachfrage verringerten sich die Importe kumuliert um 0,6%, das reale BIP war im Jahr 2002 kumuliert um 0,58% niedriger (jeweils im Vergleich zur Basislösung). In diesen Zahlen sind sowohl die expansiven Wirkungen der Steuerreform 2000 enthalten als auch die negativen Effekte der darauf folgenden Konsolidierungsmaßnahmen.

Durch die Dämpfung der Importnachfrage bei gleich bleibender Entwicklung der Exporte und kaum veränderten Terms-of-Trade verbesserte sich der Saldo der Handelsbilanz 2001 und 2002 kumuliert um 0,31% des BIP.

Die Konsolidierungsmaßnahmen trugen zu einer Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt bei. Bis zum Jahr 2002 sank dadurch die Zahl der unselbständig Beschäftigten um 6.600 (Übersicht 2); in dieser Zahl ist der Abbau von 10.580 Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor in den Jahren 2000 bis 2002 enthalten.

Die Maßnahmen in den Bereichen indirekte Steuern und Subventionen hatten 2001 und 2002 einen beträchtlichen Anstieg der Verbraucherpreise von insgesamt 0,34% zur Folge. Der Reallohn je unselbständig Beschäftigten war 2002 um 0,72% niedriger als in der Basislösung.

Im Jahr 2001 wies Österreich mit einem Wachstum des realen BIP von 0,7% gegenüber dem Durchschnitt des Euro-Raums einen Rückstand von 0,7 Prozentpunkten

Steuerreform 2000

Konsolidierungsmaßnahmen 2001 und 2002

auf. Die Simulationsergebnisse deuten darauf hin, dass fast die Hälfte dieses Rückstands auf die Konsolidierungsmaßnahmen zurückzuführen ist. Allerdings wurde das durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgegebene Ziel eines mittelfristig ausgeglichenen Staatshaushaltes bereits im Jahr 2001 mit einem positiven Finanzierungssaldo des Staates von 0,3% des BIP erreicht. Die Konsolidierungsmaßnahmen trugen laut der vorliegenden Simulation mit 1,1% des BIP dazu bei. Der Überschuss im Staatshaushalt ging 2001 auch auf die oben erwähnten Vorzieheffekte im Bereich der Körperschaft- und Einkommensteuer zurück.

Wegen der anhaltenden Konjunkturschwäche und der Folgekosten der Hochwasserkatastrophe von 2001 wies der Staatshaushalt im Jahr 2002 trotz anhaltender Konsolidierungsmaßnahmen wieder ein leichtes Defizit von 0,6% auf²⁾. Gemäß den Simulationsergebnissen verbesserten die Konsolidierungsmaßnahmen den Finanzierungssaldo des Staates im Jahr 2002 um 1,39% des BIP.

Schlussfolgerungen

Nachdem Österreich im Jahr 1998 die Fiskalkriterien zum Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion per 1. Jänner 1999 erfüllt hatte, stieg das gesamtstaatliche Defizit in den Jahren 1998 und 1999 wieder auf $-2\frac{1}{2}\%$ des BIP. Die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und die daraus abgeleiteten Aufforderungen von Europäischer Kommission und Ecofin zwangen zu ambitionierten Konsolidierungsbemühungen. Tatsächlich wurde mit einer Kombination aus Maßnahmen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite das Defizit 2000 gesenkt ($-1,5\%$ des BIP), 2001 wurde erstmals ein leichter Überschuss erzielt ($0,2\%$ des BIP). In den folgenden Jahren schloss der Gesamtstaat aber wieder mit Defiziten (2002 $-0,2\%$ des BIP, 2003 und 2004 jeweils $-1,1\%$ des BIP).

Macroeconomic Evaluation of Fiscal Policy in 2000-2002 – Summary

In February 2000, the Austrian Federal Government set itself the target of achieving a balanced budget by 2002. A domestic stability pact was agreed that specified the budget performance to be achieved by the central, regional and local authorities.

To this end, a comprehensive consolidation package was adopted that provided for savings in expenditures as well as additional revenues. On the expenditure side, measures envisaged cuts in terms of personnel and old-age pensions. The government aimed to prune 15,000 jobs by 2003, of which 4,000 were to be shed by divestments. This goal was more or less met. With regard to pensions, expenditure was reduced by more than € 800 million, which similarly reflected the targets of the government programme.

Savings were also achieved on subsidies. Altogether expenditure in 2002 was down by slightly over € 1.8 billion (compared to what it would have been without the measures). The total expenditure ratio (in terms of nominal GDP) declined from 54.2 percent in 1999 to 52.4 percent in 2002.

Measures on the tax side concerned mostly taxes on income (income tax, wage tax, corporate income tax), aimed predominantly on widening of the tax basis (abolition of the investment allowance, extension of the period of depreciation for buildings, restrictions in the allocation to reserves and loss deduction, as well as stricter provisions for taxing "other remunerations" as defined in Section 67 of the Income Tax Act). In addition, the old-age pensioner allowance was reduced in general and eliminated for those above a defined income threshold (€ 21,800 in taxable annual income). The employee allowance was halved.

Another measure was to introduce interest charged on the delayed payment of taxes. As a consequence, enterprises paid some € 1.64 billion in 2001 to avoid this charge. Altogether, the tax measures made the overall tax ratio rise to 45.6 percent in 2001. This increase includes the time shift caused by the interest charge (0.7 percent of GDP). In 2002, the tax ratio was down to 44.7 percent of GDP.

The overall revenue ratio was 51.8 percent of GDP in 1999, and remained more or less stable in 2002 (51.7 percent).

With expenditures reduced and revenues increased, a slight budget surplus (+0.2 percent of GDP) could be achieved already in 2001, followed by a deficit of approximately similar proportions in 2002 (-0.2 percent).

According to a simulation run of the WIFO Macro Model, the consolidation measures impacted in the form of dampening real economic growth (-0.6 percent cumulated until 2002) and a loss of jobs ($-6,600$ cumulated until 2002). Nevertheless it should be noted that the Macro Model cannot adequately map all positive (long-term) effects of budget consolidation.

²⁾ Nach der Revision der VGR-Daten durch Statistik Austria beträgt das Defizit 2002 nur 0,2% des BIP.

Die Fiskalpolitik war im Jahr 2000 durch eine Steuerreform geprägt. Deren negative Effekte für den Staatshaushalt wurden in den nächsten Jahren durch Konsolidierungsmaßnahmen korrigiert. 2001 wurden insbesondere Einnahmen aus der neu eingeführten Anspruchsverzinsung erschlossen, 2002 wurden vor allem die Ausgaben gesenkt. Dadurch wurde das Fortwirken der leicht expansiven Effekte der Steuerreform 2000 (Anfangsimpuls: +0,1% des BIP) gestoppt. Die Konsolidierungsmaßnahmen schlugen sich gemäß der Simulation mit dem WIFO-Makromodell in einer Dämpfung des Wirtschaftswachstums (BIP real $-0,6\%$ kumuliert bis 2002) und in Arbeitsplatzverlusten nieder (unselbständig Beschäftigte -6.600 kumuliert bis 2002). Allerdings kann das Makromodell nicht alle positiven (langfristigen) Effekte der Budgetkonsolidierung ausreichend abbilden.

Böhm, B., Gleiß, A., Wagner, M., Ziegler, D., "Disaggregated Capital Stock Estimation for Austria – Methods, Concepts and Results", Applied Economics, 2001, 34, S. 23-37.

Breuss, F., "Towards a Political Economy of Zero Budgeting in Austria", Empirica, 2001, 28(1), S. 41-67.

Breuss, F., Weber, A., "Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Steuerreform 2000", WIFO-Monatsberichte, 1999, 72(7), S. 523-529, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=8202.

Kaniovski, S., "Kapitalnutzungskosten in Österreich", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(5), S. 339-346, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=21984.

Lehner, G., Schebeck, F., Weber, A., Makroökonomische Effekte des Strukturanpassungsgesetzes 1996, Studie des WIFO im Auftrag des Österreichischen Rechnungshofes, Wien, 1999.

Statistik Austria (2002A), "Kapitalstockschätzung in der VGR", Statistische Nachrichten, 2002, 57(2).

Statistik Austria (2002B), Leitfaden Maastricht-Defizit, 2. Auflage, Wien, 2002.

Literaturhinweise

samtbeschäftigung und aktiver Beschäftigung in Salzburg und Vorarlberg am größten, die aktive Beschäftigung entwickelte sich um 1,0 Prozentpunkt (Vorarlberg) bzw. 1,3 Prozentpunkte (Salzburg) ungünstiger als die Gesamtbeschäftigung. 2003 wurden mit einer Differenz von jeweils 0,9 Prozentpunkten die Beschäftigungswerte von Wien und Salzburg⁵⁾ am stärksten nach oben verzerrt, jene des Burgenlandes am wenigsten (+0,4 Prozentpunkte). In den anderen Bundesländern entsprach der Unterschied etwa dem Österreich-Durchschnitt (2002 und 2003 jeweils 0,7 Prozentpunkte).

Übersicht 2: Beschäftigungsentwicklung nach Bundesländern

Veränderung gegen das Vorjahr

	Wien	Nieder- österreich	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Ober- österreich	Salzburg	Tirol	Vorarlberg	Österreich
	Absolut									
<i>Unselbständige Beschäftigung gesamt</i>										
1997	- 6.359	+ 4.995	+ 1.027	+ 5.081	+ 1.094	+ 3.053	- 241	- 207	- 127	+ 8.316
1998	+ 2.544	+ 5.727	+ 625	+ 3.578	+ 635	+ 3.537	- 243	+ 2.941	+ 1.752	+ 21.096
1999	+ 6.473	+ 5.126	+ 1.304	+ 4.044	+ 1.563	+ 5.980	+ 865	+ 4.283	+ 1.595	+ 31.233
2000	- 2.951	+ 4.932	+ 1.235	+ 5.801	+ 1.155	+ 7.650	+ 1.901	+ 4.621	+ 1.497	+ 25.841
2001	- 3.080	- 879	+ 731	+ 3.554	+ 568	+ 7.343	+ 799	+ 4.304	+ 1.077	+ 14.417
2002	- 9.776	+ 23	+ 1.822	+ 731	+ 223	+ 4.188	+ 3.774	+ 4.522	+ 1.498	+ 7.005
2003	+ 1.939	+ 3.055	+ 1.488	+ 3.924	+ 1.683	+ 10.097	+ 2.820	+ 3.189	+ 1.402	+ 29.597
<i>Aktive unselbständige Beschäftigung</i>										
1997	- 4.237	+ 4.606	+ 1.026	+ 4.864	+ 1.082	+ 3.198	- 161	+ 201	- 82	+ 10.497
1998	+ 1.441	+ 8.463	+ 839	+ 5.556	+ 2.055	+ 8.254	+ 697	+ 3.081	+ 2.045	+ 32.432
1999	+ 6.502	+ 7.130	+ 1.554	+ 5.920	+ 1.620	+ 7.035	+ 1.757	+ 4.015	+ 1.662	+ 37.194
2000	- 2.540	+ 5.603	+ 1.361	+ 6.002	+ 1.300	+ 7.477	+ 2.206	+ 4.653	+ 2.171	+ 28.233
2001	- 4.024	- 1.035	+ 766	+ 2.934	+ 619	+ 6.998	+ 878	+ 4.199	+ 1.104	+ 12.439
2002	- 13.924	- 3.658	+ 1.181	- 2.086	- 994	+ 196	+ 1.103	+ 3.081	+ 148	- 14.954
2003	- 4.621	+ 132	+ 1.101	+ 760	+ 129	+ 5.551	+ 753	+ 1.053	+ 627	+ 5.484
In %										
<i>Unselbständige Beschäftigung gesamt</i>										
1997	- 0,8	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,6	- 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,3
1998	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,7	- 0,1	+ 1,2	+ 1,4	+ 0,7
1999	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,2	+ 0,4	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,0
2000	- 0,4	+ 1,0	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,6	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,8	+ 1,1	+ 0,8
2001	- 0,4	- 0,2	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,4	+ 0,4	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,5
2002	- 1,3	+ 0,0	+ 2,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,1	+ 0,2
2003	+ 0,3	+ 0,6	+ 1,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,9
<i>Aktive unselbständige Beschäftigung</i>										
1997	- 0,6	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,7	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,4
1998	+ 0,2	+ 1,7	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,7	+ 0,3	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,1
1999	+ 0,9	+ 1,4	+ 2,1	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,2
2000	- 0,3	+ 1,1	+ 1,8	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,9	+ 1,7	+ 0,9
2001	- 0,5	- 0,2	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,3	+ 1,4	+ 0,4	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,4
2002	- 1,9	- 0,7	+ 1,5	- 0,5	- 0,5	+ 0,0	+ 0,5	+ 1,2	+ 0,1	- 0,5
2003	- 0,6	+ 0,0	+ 1,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,2

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-IndiDB, WIFO-Berechnungen.

Das I. Quartal 2004

Anfang 2004 fiel die Vollversicherungspflicht für Arbeitslose weg, die mit einer Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhalts an Schulungsmaßnahmen des AMS teilnehmen. Seit Jahresanfang zeigt die offizielle Statistik deshalb ein zu ungünstiges Bild der Beschäftigungslage: Gemessen an der aktiven Beschäftigung – also bereinigt um Personen in Karenz und Präsenzdienst sowie um Schulungsteilnahmen – erweist sich die Entwicklung im I. Quartal 2004 als günstiger als im I. Quartal 2003. War die aktive Beschäftigung im I. Quartal 2003 gegenüber 2002 noch um knapp 5.600 gesunken (Frauen +3.100, Männer -8.700), so lag sie im Durchschnitt des I. Quartals 2004 um 10.400 über dem Wert des Vorjahres (Frauen +11.500, Männer -1.100).

⁵⁾ In Salzburg verstärkt eine Überschätzung der Gesamtbeschäftigung durch Mehrfachzählung der Bezieherinnen und Bezieher von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld die Diskrepanz.

Die aktive Beschäftigung wurde durch den Rückgang der Zahl der Beschäftigungsverhältnisse in Wien gedämpft (–8.300 bzw. –1,1%). Einen Anstieg von +0,4% bis 0,5% wiesen Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg aus. Am günstigsten entwickelte sich die aktive Beschäftigung im I. Quartal 2004 gegenüber 2003 in Tirol (+1,3%), Oberösterreich und dem Burgenland (jeweils +1,1%).

Die aktive Beschäftigung der Männer ging im I. Quartal 2004 in Wien (–1,5%), im Burgenland (–0,2%), in Salzburg (–0,2%) und Vorarlberg (–0,1%) zurück. Deutlich erhöhte sie sich in Oberösterreich (+0,7%), in der Steiermark (+0,6%) und in Tirol (+0,5%).

Dagegen wurde die Zahl der Arbeitsplätze für Frauen in allen Bundesländern mit Ausnahme von Wien (–0,8%) um mindestens 1% gesteigert, am stärksten im Burgenland (+2,6%), in Tirol (+2,2%) und Oberösterreich (+1,7%).

Anfang 2004 fiel die Vollversicherungspflicht für Arbeitslose weg, die mit einer Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhalts an Schulungsmaßnahmen des AMS teilnehmen. Seit Jahresanfang zeigt die offizielle Statistik deshalb ein zu ungünstiges Bild der Beschäftigungslage.

Übersicht 3: Aktive unselbständige Beschäftigung im I. Quartal 2004

	Bestand	Frauen		Bestand	Männer		Bestand	Insgesamt	
		Veränderung gegen das Vorjahr	In %		Veränderung gegen das Vorjahr	In %		Veränderung gegen das Vorjahr	In %
		Absolut	In %		Absolut	In %		Absolut	In %
Wien	345.054	– 2.783	– 0,8	373.541	– 5.518	– 1,5	718.595	– 8.301	– 1,1
Niederösterreich	213.506	+ 2.119	+ 1,0	275.573	+ 142	+ 0,1	489.079	+ 2.261	+ 0,5
Burgenland	35.417	+ 911	+ 2,6	41.818	– 88	– 0,2	77.235	+ 822	+ 1,1
Steiermark	181.024	+ 2.307	+ 1,3	230.125	+ 1.400	+ 0,6	411.149	+ 3.708	+ 0,9
Kärnten	80.997	+ 997	+ 1,2	97.756	+ 391	+ 0,4	178.753	+ 1.388	+ 0,8
Oberösterreich	221.436	+ 3.635	+ 1,7	300.663	+ 2.077	+ 0,7	522.099	+ 5.713	+ 1,1
Salzburg	97.463	+ 1.206	+ 1,3	114.405	– 226	– 0,2	211.868	+ 979	+ 0,5
Tirol	120.679	+ 2.542	+ 2,2	148.270	+ 782	+ 0,5	268.949	+ 3.324	+ 1,3
Vorarlberg	56.188	+ 553	+ 1,0	75.628	– 50	– 0,1	131.816	+ 503	+ 0,4
Österreich	1.351.764	+ 11.487	+ 0,9	1.657.779	– 1.091	– 0,1	3.009.544	+ 10.396	+ 0,3

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-IndiDB, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 4: Entwicklung der aktiven unselbständigen Beschäftigung

2004, Veränderung gegen das Vorjahr

	Frauen			Männer			Insgesamt		
	Jänner	Februar	März	Jänner	Februar	März	Jänner	Februar	März
	Absolut								
Wien	– 3.329	– 2.508	– 2.511	– 5.901	– 5.952	– 4.702	– 9.230	– 8.460	– 7.213
Niederösterreich	+ 1.697	+ 1.978	+ 2.682	+ 492	+ 406	– 473	+ 2.189	+ 2.384	+ 2.209
Burgenland	+ 1.045	+ 865	+ 822	+ 53	+ 0	– 318	+ 1.098	+ 865	+ 504
Steiermark	+ 2.328	+ 2.096	+ 2.498	+ 1.526	+ 2.050	+ 625	+ 3.854	+ 4.146	+ 3.123
Kärnten	+ 760	+ 928	+ 1.303	+ 454	+ 961	– 242	+ 1.214	+ 1.889	+ 1.061
Oberösterreich	+ 3.389	+ 3.690	+ 3.827	+ 2.232	+ 2.691	+ 1.309	+ 5.621	+ 6.381	+ 5.136
Salzburg	+ 1.203	+ 1.239	+ 1.175	– 658	– 49	+ 28	+ 545	+ 1.190	+ 1.203
Tirol	+ 2.572	+ 2.474	+ 2.579	+ 712	+ 866	+ 768	+ 3.284	+ 3.340	+ 3.347
Vorarlberg	+ 474	+ 615	+ 569	– 106	– 95	+ 51	+ 368	+ 520	+ 620
Österreich	+ 10.139	+ 11.377	+ 12.944	– 1.196	+ 878	– 2.954	+ 8.943	+ 12.255	+ 9.990
	In %								
Wien	– 1,0	– 0,7	– 0,7	– 1,6	– 1,6	– 1,2	– 1,3	– 1,2	– 1,0
Niederösterreich	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,1	– 0,2	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4
Burgenland	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,4	+ 0,1	+ 0,0	– 0,7	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,6
Steiermark	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,8
Kärnten	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,6	+ 0,5	+ 1,0	– 0,2	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,6
Oberösterreich	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,0
Salzburg	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,2	– 0,6	– 0,0	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,6
Tirol	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,3
Vorarlberg	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,0	– 0,1	– 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5
Österreich	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,0	– 0,1	+ 0,1	– 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-IndiDB, WIFO-Berechnungen.

Im Gegensatz zu den neuen EU-Ländern verzeichneten 2003 vor allem die südosteuropäischen Länder wie Bulgarien, Rumänien, Kroatien und Serbien-Montenegro einen Anstieg der Direktinvestitionszuflüsse. Teils betreffen sie Privatisierungen, teilweise aber Neugründungen von Klein- und Mittelbetrieben in der Textilindustrie, im Einzelhandel und im Bausektor, insbesondere in Bulgarien und Rumänien. Russland erhielt hingegen sogar weniger Investitionen als früher, nicht zuletzt wegen der staatlichen Angriffe auf "Oligarchen". Russland war auch 2003 Nettoexporteur von Direktinvestitionen.

Übersicht 6: Bestand an ausländischen Direktinvestitionen nach internationaler Vermögensposition

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	Mio. €								
5 neue EU-Länder	23.068	30.102	41.757	54.105	72.434	93.071	118.057	131.023	136.533
Tschechien	5.741	6.910	8.367	12.255	17.479	23.323	30.717	36.884	37.626
Ungarn	8.817	10.691	16.296	17.771	23.161	24.734	31.375	36.297	37.907
Polen	6.122	9.229	13.206	19.247	25.946	36.792	46.686	45.739	48.000
Slowakei	1.013	1.660	1.888	2.464	3.174	5.112	6.327	8.185	9.000
Slowenien	1.376	1.612	2.000	2.369	2.675	3.110	2.952	3.918	4.000
Bulgarien	273	360	806	1.363	2.392	2.426	3.129	3.530	4.000
Rumänien	642	885	2.128	3.783	5.447	6.966	8.656	8.438	9.200
Kroatien	274	696	1.266	1.622	2.568	3.821	5.336	6.443	9.083
Mazedonien	28	37	63	177	208	397	890	973	1.057
Serbien und Montenegro	.	.	653	753	859	913	1.099	1.600	2.709
Russland	3.214	5.206	9.509	11.933	15.038	27.175	41.843	49.317	52.000
Ukraine	640	1.050	1.599	2.257	2.723	4.164	5.448	5.329	6.000

Q: Nationalbanken. Bulgarien und Kroatien bis 1997, Russland und Ukraine bis 1999 kumulierte Zuflüsse. Polen, Slowakei, Slowenien, Bulgarien, Rumänien, Russland und Ukraine: 2003 wiiw-Schätzung.

Da der Privatisierungsprozess in den neuen EU-Ländern weitgehend abgeschlossen ist und sich das Investitionsklima in einigen bisher rückständigen Ländern Ost-Mitteleuropas verbessert, verschärft sich der Wettbewerb um Direktinvestitionen. Häufig wird er über den "Steuerwettbewerb" geführt (Abbildung 4). Die Slowakei ist diesen Weg wohl am weitesten gegangen, indem sie ab Jänner 2004 eine "Flat Tax" von 19% für Unternehmensgewinne und Einkommen der natürlichen Personen einführt. Dieser Schritt ist nur ein Teil der umfassenden Reform der staatlichen Finanzen, die die Slowakei für Investoren attraktiver machen soll. In den ersten Monaten 2004 siedelten sich zwei große Autoproduzenten (Hyundai und Peugeot Citroen) an; weitere Investitionen von Zuliefererbetrieben werden in den kommenden Jahren folgen. Kroatien hat für 2006 die Einführung einer einheitlichen Steuer von 20% nach dem slowakischen Muster angekündigt.

Konsolidierung der Staatsfinanzen schwierig

Eine Verringerung der hohen Budgetdefizite entsprechend den Maastricht-Kriterien ist in den meisten neuen EU-Ländern einerseits schwierig und andererseits nicht unbedingt sinnvoll.

Der Steuerwettbewerb unter den neuen EU-Ländern wird zumindest kurzfristig Steuerausfälle zur Folge haben und somit das häufig bereits große Budgetdefizit weiter erhöhen. Die Situation der öffentlichen Finanzen bleibt in diesen Ländern angespannt (außer in den baltischen Staaten und Slowenien; Übersicht 7). In Tschechien erreichte der Finanzierungssaldo des Staates 2003, berechnet nach der EU-Methode, 12,9% des BIP. Auch in Kroatien und Rumänien ist der Staatshaushalt defizitär, während in Slowenien, Bulgarien und der Ukraine Fiskaldisziplin das Budget weitgehend ausgeglichen hält. Russland verzeichnet seit 2000 einen stabilen Budgetüberschuss; ein im Jänner 2004 eingerichteter Stabilisierungsfonds nimmt die zusätzlichen Staatseinnahmen im Gefolge der guten Rohölkonjunktur auf.

Der EU-Beitritt erfordert eine erhebliche Restrukturierung der öffentlichen Finanzen der neuen Mitgliedsländer. Die letzten Zollbarrieren im Handel mit der EU 15 sind am 1. Mai 2004 weggefallen und somit auch die Zolleinnahmen. Andererseits steigen die Einnahmen aus indirekten Steuern im Zuge der Übernahme der EU-Richtlinien weiter: Die Mehrwertsteuersätze werden vereinheitlicht (und dabei meistens angehoben), die Steuern für bestimmte Produkte wie z. B. Alkohol, Tabak und Energie nach oben angepasst. Die neuen EU-Länder profitieren zwar von den Transfers aus dem EU-

Wilfried Puwein

Finanzierung des Bahnausbaus in sensiblen Zonen durch Straßenmauten

Steigende Stauhäufigkeit, hohe Unfallzahlen, großer Energieverbrauch, Treibhausgasemissionen des Straßenverkehrs sowie seine Lärm-, Staub- und Abgasbelastungen für Anrainer lösten in der europäischen Verkehrspolitik einen Umdenkprozess aus. Im Sinne einer auf Dauer tragfähigen Verkehrsentwicklung soll der Schienenverkehr neu belebt werden. Gemäß dem Vorschlag für eine neue EU-Wegekostenrichtlinie kann der Bahnausbau in sensiblen Zonen durch einen Aufschlag auf die Lkw-Mauten auf den parallel dazu geführten Straßen querfinanziert werden. Ein solcher Zuschlag würde die Binnentransporte um knapp 7%, die Transittransporte um nur gut 1% verteuern.

Begutachtung: Gunther Tichy • Wissenschaftliche Assistenz: Martina Agwi • E-Mail-Adresse: Wilfried.Puwein@wifo.ac.at

Die österreichische Verkehrspolitik will angesichts der Grenzen für das Wirtschaftswachstum und der hohen Umweltbelastung durch den Straßenverkehr die Verkehrszuwächse von der Straße auf die Bahn verlagern. Um die Attraktivität des Bahnangebotes zu verbessern, sind umfangreiche Investitionen in das Schienennetz erforderlich. Wegen der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte und des durch die Maastricht-Kriterien eingeengten Spielraums für die Neuverschuldung soll die Infrastruktur verstärkt durch ihre Benutzer und durch private Investoren finanziert werden. Die Bahngesellschaften sind aufgrund ihrer schwachen Ertragslage kaum in der Lage, größere Kostenbeiträge aufzubringen. Einschlägige Erfahrungen (z. B. Ärmelkanaltunnel) verunsichern private Investoren. Sie werden sich ohne staatliche Garantien kaum an Eisenbahnprojekten beteiligen.

Der motorisierte Straßenverkehr bietet hingegen recht ergiebige Möglichkeiten zur Erschließung weiterer Mittel. Eine Anhebung der Gebühren für die Straßenbenutzung ist theoretisch begründbar (Abgeltung der externen Kosten) und wird von der Verkehrs- und Umweltpolitik immer wieder verlangt. Im Mittelpunkt der Diskussionen steht der Schwerverkehr. Die Europäische Kommission schlägt in ihrem Weißbuch (*Europäische Kommission, 2001*) den "Finanzausgleich zwischen den Verkehrsträgern" (Quersubventionierung) vor: In sensiblen Zonen kann der Bau von Bahnstrecken durch einen Aufschlag auf Lkw-Gebühren für die Benutzung konkurrierender Straßen mitfinanziert werden. Der Entwurf der neuen Wegekostenrichtlinie sieht konkrete Maßnahmen vor. Die Schweiz beschreitet bereits diesen Weg, indem die Errichtung der neuen Eisenbahn-Alpentransversalen durch eine Schwerverkehrsabgabe für die Nutzung des Schweizer Straßennetzes und durch einen Teil der Mineralölsteuer mitfinanziert wird.

In Österreich würde ein Aufschlag von 25% auf die Lkw-Mauten für die alpenquerenden Autobahnen wesentlich zur Finanzierung des Ausbaus der parallelen Bahnstrecken beitragen. Die Mautverteuerung würde jedoch den Transitverkehr relativ wenig, den Binnenverkehr spürbar belasten.

Die Höhe von Straßenbenutzungsgebühren für Lkw ist in der Europäischen Union durch eine Richtlinie geregelt. Sie setzt Grundsätze der EU-Verkehrspolitik um, die auf faire Wettbewerbsbedingungen im Straßengüterverkehr und auf einen reibungslosen internationalen Warenverkehr abzielen. Voraussetzung dafür sind

**EU-Wegekosten-
richtlinie**

- eine Harmonisierung der Abgabensysteme,
- die Einführung gerechter Mechanismen für die Einhebung der Straßengebühren von den Verkehrsunternehmen sowie
- ein gut ausgebautes Verkehrsnetz.

Die Höhe von Straßenbenutzungsgebühren für Lkw ist in der Europäischen Union durch eine Richtlinie geregelt. Die Gebühren für die Infrastruktur dürfen ausländische Transporteure nicht diskriminieren und müssen den tatsächlichen Kosten entsprechen.

Die Benutzergebühren (bzw. Mauten) für die Infrastruktur dürfen ausländische Transporteure nicht diskriminieren und müssen den tatsächlichen Kosten entsprechen.

Richtlinie 1999/62/EG über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge (Wegekostenrichtlinie)

Die EU-Richtlinie regelt die Besteuerung von Kraftfahrzeugen zur Güterbeförderung (ab einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von 12 t) und die Einhebung von Infrastrukturentgelten. Das Entgelt für die Straßenbenutzung kann in Form einer Mautgebühr oder einer Benutzungsgebühr eingehoben werden:

Die Mautgebühr ist eine für eine Fahrt eines Fahrzeugs zwischen zwei Punkten zu leistende Zahlung, deren Höhe sich nach der zurückgelegten Wegstrecke und dem Fahrzeugtyp richtet.

Die Benutzungsgebühr ist eine Zahlung, die während eines bestimmten Zeitraums zur Benutzung von Verkehrswegen durch ein Fahrzeug berechtigt (Zeitpauschale).

Die gewichteten durchschnittlichen Mautgebühren sollten sich an den Kosten von Bau, Betrieb und Ausbau des betreffenden Verkehrswegenetzes orientieren. Die Benutzungsgebühren sollten entsprechend der Dauer der Benutzung der betreffenden Verkehrswege festgelegt und unter Berücksichtigung der von den Straßenfahrzeugen verursachten Kosten differenziert werden. Grundsätzlich werden Maut- und Benutzungsgebühren nur für die Benutzung von Autobahnen oder anderen mehrspurigen Straßen mit ähnlichen Merkmalen wie Autobahnen sowie für die Benutzung von Brücken, Tunneln und Gebirgspässen erhoben. Maut- und Benutzungsgebühren dürfen weder mittelbar noch unmittelbar eine unterschiedliche Behandlung aufgrund der Staatsangehörigkeit des Verkehrsunternehmers oder des Ausgangs- oder Zielpunktes des Fahrzeugs bewirken.

Die Einbeziehung externer Kosten in die Mautgebühren ist nicht vorgesehen, wohl aber können die Gebührensätze in gewissen Grenzen nach dem Schadstoffausstoß der Fahrzeuge variieren. Auch eine Variation der Gebühren nach Tageszeiten ist möglich. Eine Differenzierung der Mautgebühren nach Fahrzeug-Emissionsklassen darf 50%, nach Tageszeiten 100% des Mauttarifs nicht übersteigen.

Die Richtlinie berührt nicht spezifische Steuern oder Abgaben, die bei der Zulassung eines Fahrzeugs erhoben werden oder mit denen Fahrzeuge oder Ladungen mit ungewöhnlichen Gewichten oder Abmessungen belegt werden. Auch Parkgebühren und spezielle Gebühren für die Benutzung von Stadtstraßen sowie spezifische Gebühren, mit denen zeit- und ortsbedingten Verkehrsstauungen entgegengewirkt werden soll, können von den Mitgliedstaaten frei gestaltet werden. Die Mitgliedstaaten sind auch frei in der Festlegung von Mautgebühren für Fahrzeuge mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht unter 12 t.

Für die Benutzungsgebühren werden in der Richtlinie Höchstsätze angegeben. So darf die Jahresgebühr für einen Lkw-Zug der Klasse Euro II mit mindestens vier Achsen 1.250 € nicht überschreiten. In Österreich wurde die Benutzungsgebühr (Straßenbenutzungsabgabe) mit der Einführung der Streckenmaut abgeschafft.

Die geltende Wegekostenrichtlinie gibt Mindestsätze für die Kfz-Steuer vor, um Wettbewerbsverzerrungen im internationalen Güterverkehr zu beseitigen.

Die Vorgabe von Höchstsätzen für die zeitabhängigen, pauschalierten Benutzungsgebühren sowie Orientierungsgrundsätze für die Festlegung von entfernungsabhängigen Mautgebühren sollen verhindern, dass fiskalische Handelshemmnisse aufgebaut werden.

Darüber hinaus bietet die Differenzierung der Mautgebühren nach Fahrzeug-Emissionsklassen und Tageszeiten die Möglichkeit, dem Ausstoß an Schadstoffemissionen, Störungen der Nachtruhe und den Staus während der täglichen Verkehrsspitzen entgegenzuwirken. Die Empfehlungen des Weißbuches "Faire Preise für die Infrastruk-

turbenutzung" (Europäische Kommission, 1998), die auf eine weitgehende Internalisierung der externen Kosten des Verkehrs abzielten, wurden also nur teilweise in der Wegekostenrichtlinie 1999/62/EG berücksichtigt.

Auch der Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 1999/62/EG bringt diesbezüglich kaum Änderungen: Der Ende 2003 der Europäischen Kommission vorgelegte Entwurf einer neuen Wegekostenrichtlinie versucht vielmehr, die im Weißbuch "Die europäische Verkehrspolitik bis 2010: Weichenstellung für die Zukunft" (Europäische Kommission, 2001) entwickelten Ideen umzusetzen. Das Weißbuch stellt das Problem der Engpässe auf den großen internationalen Verkehrsachsen in den Vordergrund. Die umfangreichen Ausbaumaßnahmen erfordern eine entsprechende Finanzierungsbasis, die derzeit die angespannten Staatshaushalte nicht bieten können.

Vorschlag für eine Wegekostenrichtlinie

Der Vorschlag der Europäischen Kommission für eine neue Wegekostenrichtlinie weicht von der Richtlinie 1999/62/EG insbesondere in folgenden Bereichen ab:

- In die Berechnung der Kosten von Bau, Betrieb, Instandhaltung und Ausbau des Verkehrswegenetzes werden bereits abgedeckte Kosten der Infrastrukturerichtung nicht einbezogen. Nach dieser Berechnungsmethode wären die bestehenden Lkw-Mauten in Österreich großteils zu hoch angesetzt. Eine besondere Bestimmung soll aber dafür sorgen, dass unter Berücksichtigung der eigentlichen Baukosten die Rechte aus Konzessionsverträgen gewahrt bleiben, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Richtlinie bereits bestanden.
- Zu den Investitionskosten zählen auch die Kosten von Lärmschutzeinrichtungen.
- Bei der Berechnung der Instandhaltungskosten wird die mit steigender Achslast überproportionale Zunahme der Kosten berücksichtigt.
- Die Mautgebühren müssen die nicht durch Versicherungen gedeckten Kosten von Verkehrsunfällen umfassen, die teilweise von der Sozialversicherung oder der Gesellschaft insgesamt getragen werden. Die externen Unfallkosten werden auf Basis der Zahl der Unfälle mit Beteiligung eines Lkw abzüglich der geleisteten Versicherungsprämien errechnet. Die Kosten eines Unfalls mit Todesfolge betragen 1 Mio. €.
- Die Gültigkeit der Richtlinie wurde von Fahrzeugen für den Güterverkehr mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mindestens 12 t auf Fahrzeuge mit mindestens 3,5 t erweitert.
- Die Maut- und Benutzungsgebühren gelten auf dem transeuropäischen Straßennetz. Die Mitgliedstaaten können die Maut- und Benutzungsgebühren auf andere Strecken des Hauptstraßennetzes ausweiten. Das transeuropäische Netz umfasst derzeit rund 60.000 km Autobahnen, gewöhnliche Straßen und qualitativ hochwertige Straßen auf dem Gebiet der Europäischen Union.
- Für die Finanzierung der Infrastruktur in besonders sensiblen Gebieten wie den Bergregionen gelten Ausnahmen: Nach Konsultation der Europäischen Kommission "können die Mautgebühren erhöht werden für eine Querfinanzierung der Investitionskosten, die die Verkehrsinfrastrukturen von hohem europäischen Interesse im gleichen Korridor und in der gleichen Verkehrsregion betreffen" (Art. 7 Abs. 11). Gemeint ist damit insbesondere die Querfinanzierung des Bahnausbaus durch erhöhte Mauten der parallel dazu geführten Straßen. Die Erhöhung darf 25% des Mauttarifs nicht überschreiten.
- Die Einnahmen aus Maut- und/oder Benutzungsgebühren sind zur Instandhaltung der betreffenden Infrastruktur sowie zugunsten des gesamten Verkehrssektors zu verwenden, "unter Berücksichtigung des ausgewogenen Ausbaus der Verkehrsnetze".
- Die Gesamtbelastung des Straßengüterverkehrs soll nicht erhöht werden. Mitgliedstaaten, die eine Maut einführen, können einen Ausgleich erwirken, indem sie die Kfz-Steuer senken.

Die Investitionen sollten letztlich von den Benutzern der Infrastruktur getragen werden. Gefordert werden kalkulierbare Einnahmen, die das Risiko privater Investoren mindern. Kostenwahrheit und Transparenz bei der Entgeltfestlegung fördern die Akzeptanz durch die Benutzer. Eine gemeinsame Methode für die Ermittlung kostenge-

rechter Preise soll die bestehende Vielfalt an nationalen Mautberechnungsmethoden ablösen.

Darüber hinaus könnten Zuschläge zu den Benutzungsgebühren verwendet werden, um die Errichtung einer Infrastruktur zu finanzieren, die eine umweltfreundlichere Alternative bieten würde. Dieser Finanzausgleich zwischen den Verkehrsträgern wird zur Schließung von Finanzierungslücken beim Bau von Bahnstrecken in sensiblen Regionen vorgeschlagen.

Der Richtlinienentwurf ist derzeit noch in Diskussion. Österreich fordert eine Ausweitung des Zeitraums für die Anrechenbarkeit von Baukosten (laut Kommissionsvorschlag höchstens 15 Jahre) und eine Anhebung des Zuschlags in sensiblen Zonen auf 50%.

Querfinanzierung von Eisenbahnprojekten in "sensiblen Zonen" Österreichs

Große Ausbauvorhaben der Bahn in ökologisch sensiblen Zonen

Die Möglichkeit der Querfinanzierung des Bahnbaus in besonders sensiblen Gebieten kommt der Verkehrspolitik in Österreich sehr entgegen. Die Arlbergschnellstraße, die Brennerautobahn, die Tauernautobahn und die Pyhrnautobahn führen durch solche Korridore. Ihre Benutzung unterliegt ganz oder teilweise einer Sondermaut.

Die angeführten Korridore führen durch alpine Tallandschaften (Kloster-, Stanzer-, Inn-, Wipp-, Salzach-, Zederhaus-, Lieser-, Steyr-, Teichl-, Palten-, Liesingtal). Aufgrund der Akustik und der Luftbewegung in den Tälern erfüllen Verkehrslärm und -abgase fast den gesamten Siedlungsraum. Die Motorabgase galten in den siebziger Jahren als eine Hauptursache des "Waldsterbens", das in den von Lawinen, Muren und Hochwasser gefährdeten Alpentälern als besondere Bedrohung gesehen wird.

Der Generalverkehrsplan Österreich (GVP-Ö) (*Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie*, 2002) sieht umfangreiche Ausbaumaßnahmen für die Bahnstrecken durch sensible Zonen vor:

- Die *Arlbergbahn* wird in mehreren Abschnitten vollständig zweigleisig ausgebaut. Ein Verbindungstollen zum Arlbergstraßentunnel soll die Tunnelsicherheit verbessern. Die Gesamtkosten der Baumaßnahmen zu Preisen von 2002 betragen fast 1 Mrd. € (Übersicht 1).
- Die Investitionskosten für das Großprojekt *Brenner-Basistunnel* werden auf 4,5 Mrd. € geschätzt. Unter der Annahme, dass 20% davon die Europäische Union und je 40% Italien und Österreich finanzieren, beträgt der Anteil Österreichs 1,8 Mrd. €.
- Der zweigleisige Ausbau der *Tauernbahn* wird vollendet. Zur Verbesserung der Sicherheit des Tauernbahntunnels wird eine zweite Röhre geschlagen. Die Kosten dürften insgesamt fast 510 Mio. € erreichen.
- Die *Pyhrnbahn* wird teilweise neu trassiert; einschließlich der Sicherheitsverbesserungen im Bosruckbahntunnel betragen die Investitionen über 200 Mio. €.

Insgesamt kostet der Ausbau der Bahn in den genannten sensiblen Regionen ohne die Investitionen in Zulaufstrecken 3,5 Mrd. €; davon entfällt rund die Hälfte auf den Brenner-Basistunnel (Anteil Österreichs).

Gemäß dem Vorschlag für eine Wegekostenrichtlinie könnte die Sondermaut für Schwerfahrzeuge um 25% über die tatsächlichen Straßennutzungskosten einschließlich der nicht durch Kfz-Versicherungen abgedeckten Unfallkosten angehoben werden, um damit den Bahnausbau querzufinanzieren. Aus den Relationen zwischen dem Finanzierungsbedarf des Eisenbahnausbaus und den jährlichen Einnahmen aus einem Lkw-Mautaufschlag lässt sich die relative Ergiebigkeit der Querfinanzierung schätzen. Als Basis dienen die Mauteinnahmen von Fahrzeugen mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht über 3,5 t.

Wie aus Übersicht 1 hervorgeht, wären mit einem Aufschlag von 25% auf die Maut für Schwerfahrzeuge (Mautsätze von 2003) von der Brenner-, Tauern- und Pyhrnautobahn (Gleinalm-, Bosrucktunnel) substantielle Beiträge zur Finanzierung des Bahnausbaus zu erwarten. Die Bauzeit für die Bahnprojekte reicht gemäß GVP-Ö über das Jahr 2021 hinaus. Unterstellt man jeweils eine Bauperiode von 20 Jahren, dann könn-

Aufschlag auf Sondermaut bringt erhebliche Finanzierungsbeiträge

Mit einem Aufschlag von 25% auf die Maut für Schwerfahrzeuge wären von der Brenner-, Tauern- und Pyhrnautobahn substantielle Beiträge zur Finanzierung des Bahnausbaus zu erwarten.

ten der Ausbau der Pyhrnbahn zu fast 36% und der Anteil Österreichs am Bau des Brenner-Basistunnels zu 28% aus den laufenden Einnahmen eines Mautaufschlags von 25% finanziert werden. Unter den gesetzten Annahmen ließen sich insgesamt rund 21% der Kosten des Bahnbaus auf den vier sensiblen Verkehrsachsen mit während der Bauzeit eingehobenen Querfinanzierungsbeiträgen abdecken. Die statische Betrachtung berücksichtigt freilich nicht die Entwicklung des Schwerverkehrs auf den Mautstraßen und Änderungen der Mautsätze, wie sie sich durch die neue Wegekostenrichtlinie ergeben könnten. Ein besonderes Problem bildet die Brennermaut; mit Klagen gegen die Mauthöhe befasste sich bereits der Europäische Gerichtshof (Puwein, 2004A).

Übersicht 1: Investitionen in die alpenquerenden Bahnlinien gemäß GVP-Ö und fiktive Querfinanzierungsbeiträge der Sondermautstrecken

	Investitionen ¹⁾	Maut-	Jährlicher Querfinanzierungsbeitrag ³⁾	
	Mio. €	einnahmen ²⁾ Mio. €	Mio. €	In % der jährlichen Investitionen ⁴⁾
Arlberg (Landeck–Bludenz)	996	6,21	1,55	3,1
Brenner (Basistunnel)	1.800 ⁵⁾	102,19	25,55	28,4
Tauern (Schwarzach–Spittal)	508	24,18	6,05	23,9
Pyhrn (Kirchdorf–Selzthal)	203	14,42	3,61	35,6
Insgesamt	3.507	147,00	36,76	21,0

Q: Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, ASFINAG, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ab 2004, zu Preisen von 2002. – ²⁾ Fahrzeuge mit höchstzulässigem Gesamtgewicht über 3,5 t, 2003. – ³⁾ Annahme: 25% der Mauteinnahmen. – ⁴⁾ Annahme: Bauzeit 20 Jahre. – ⁵⁾ Annahme: Gesamtkosten 4.500 Mio. €, davon 20% EU, 40% Italien, 40% Österreich.

Zu den derzeit geltenden Mautsätzen ist zu bemerken:

- Anfang 2004 machte die Sondermaut für ein Fahrzeug mit vier oder mehr Achsen 13,9 € je Einzelfahrt (ohne Mehrwertsteuer) durch den Bosrucktunnel und 49,4 € über die Brennerautobahn aus. In dieser Bandbreite liegen die übrigen Mautsätze. Der Nachttarif für die Brennerstrecke beträgt 98,8 € (Übersicht 2). Teilstreckenmaturen gibt es für die Tauern- und die Brennerautobahn.

Übersicht 2: Mauttarife für Kfz

Einzelfahrt, Jänner 2004

	Kategorie					
	2	3	4	2	3	4
	In €, ohne Mehrwertsteuer			€ je km		
A9 Pyhrnautobahn						
Gleinalmtunnel	9,5	13,3	20,0	0,39	0,54	0,80
Bosrucktunnel	6,6	9,2	13,9	0,65	0,90	1,35
A10 Tauernautobahn						
Gesamte Scheitelstrecke	13,6	19,0	28,6	0,29	0,40	0,61
A11 Karawankenautobahn						
Karawankentunnel	9,0	12,6	18,9	0,92	1,28	1,92
A13 Brennerautobahn						
Gesamte Strecke	23,5	32,9	49,4 ¹⁾	0,67	0,94	1,41
S16 Arlbergschnellstraße						
Arlbergtunnel	13,3	18,6	27,9	0,83	1,15	1,73

Q: ASFINAG. Kategorie 2... Kfz mit höchstzulässigem Gesamtgewicht über 3,5 t mit 2 Achsen, Kategorie 3... Kfz mit höchstzulässigem Gesamtgewicht über 3,5 t mit 3 Achsen, Kategorie 4... Kfz mit höchstzulässigem Gesamtgewicht über 3,5 t mit 4 oder mehr Achsen. – ¹⁾ Nachttarif 22 bis 5 Uhr: 98,8 €.

- Gemessen an der bemauteten Streckenlänge liegen die Mauttarife zwischen 0,61 € je Kilometer für die Tauernautobahn und 1,92 € je Kilometer für den Karawankentunnel. Die Höhe der Maut wurde also offenbar unabhängig von der Streckenlänge festgelegt. Bei ihrer Bemessung spielten Errichtungs-, Finanzierungs- und Betriebskosten, Nachfragefaktoren (z. B. Umfahrungsmöglichkeiten) sowie regionalwirtschaftliche und regionalpolitische Einflüsse eine Rolle. So war die zeitweilig relativ hohe Maut für die Brennerautobahn und ist der Nachttarif

das Resultat umweltpolitischer Bestrebungen. Die Straßenbenutzungskosten sollten dazu beitragen, das Wachstum des Lkw-Transitverkehrs durch Tirol zu hemmen (Puwein, 2004B).

Die ASFINAG¹⁾ berechnete "kostenorientierte Tarife" für die Sondermautstrecken nach einer Kapitalwertmethode und einer Kostenkategorisierung (Aufteilung der Kosten auf die Fahrzeugkategorien nach Abnutzung und Fahrleistungen). Nach dieser Rechnung wären die geltenden Mautgebühren für ein Schwerfahrzeug der Kategorie 4 (4 oder mehr Achsen) für den Bosrucktunnel um 71%, für die Brennerautobahn um 55% und für die Tauernautobahn um 39% zu hoch angesetzt (Übersicht 3). Die Maut für die Benutzung des Arlberg- und des Karawankentunnels deckt die Kosten bei weitem nicht.

Übersicht 3: Infrastrukturkosten und Tarife für Lkw der Kategorie 4 auf den Sondermautstrecken

	Infrastrukturkosten € je Fahrzeugkilometer	Tarif 2004 € je Fahrzeugkilometer	Infrastrukturkosten = 100
Arlbergtunnel	3,27	1,73	53
Brennerautobahn	0,91	1,41	155
Tauernautobahn	0,44	0,61	139
Karawankentunnel	5,63	1,92	34
Bosrucktunnel	0,79	1,35	171
Gleinalmtunnel	0,77	0,80	104

Q: ASFINAG.

Querfinanzierungsbeitrag kein Lenkungsinstrument

Ein Querfinanzierungsbeitrag als Aufschlag auf die Sondermaut bildet einen fixen Transportkostenbestandteil. Die relative Belastung der gesamten Transportkosten und damit des Warenverkehrs, der durch sensible Regionen führt, ist umso größer, je geringer die Transportentfernung und der Wert der transportierten Ware sind.

Übersicht 4: Belastung durch einen Querfinanzierungsbeitrag nach der Transportentfernung

40 t-Lkw-Zug, ohne Mehrwertsteuer, 2004

Entfernung in km	Frachtrate je Lkw-km In €	Brennerautobahn			Pyhrnautobahn			Tauernautobahn			Arlbergschnellstraße			Karawankentunnel		
		Frachtrate ¹⁾ In €	Frachtrate ²⁾	Belastung In %	Frachtrate ¹⁾ In €	Frachtrate ²⁾	Belastung In %	Frachtrate ¹⁾ In €	Frachtrate ²⁾	Belastung In %	Frachtrate ¹⁾ In €	Frachtrate ²⁾	Belastung In %	Frachtrate ¹⁾ In €	Frachtrate ²⁾	Belastung In %
50	1,40	2,39	2,64	10,4				1,97	2,12	7,3	1,96	2,10	7,2	1,78	1,87	5,3
100	1,30	1,79	1,92	6,9	1,64	1,81	10,4	1,59	1,66	4,5	1,58	1,65	4,4	1,49	1,54	3,2
150	1,20	1,53	1,61	5,4	1,43	1,51	6,0	1,39	1,44	3,5	1,39	1,43	3,4	1,33	1,36	2,4
200	1,10	1,35	1,41	4,6	1,27	1,33	4,5	1,24	1,28	2,9	1,24	1,27	2,8	1,19	1,22	2,0
250	1,00	1,20	1,25	4,1	1,14	1,18	3,7	1,11	1,14	2,6	1,11	1,14	2,5	1,08	1,09	1,7
300	0,95	1,11	1,16	3,7	1,06	1,10	3,2	1,05	1,07	2,3	1,04	1,07	2,2	1,01	1,03	1,5
350	0,90	1,04	1,08	3,4	1,00	1,03	2,8	0,98	1,00	2,1	0,98	1,00	2,0	0,95	0,97	1,4
400	0,90	1,02	1,05	3,0	0,98	1,01	2,5	0,97	0,99	1,9	0,97	0,99	1,8	0,95	0,96	1,2
450	0,90	1,01	1,04	2,7	0,98	1,00	2,2	0,96	0,98	1,7	0,96	0,98	1,6	0,94	0,95	1,1
500	0,90	1,00	1,02	2,5	0,97	0,99	2,0	0,96	0,97	1,5	0,96	0,97	1,5	0,94	0,95	1,0
550	0,90	0,99	1,01	2,3	0,96	0,98	1,8	0,95	0,97	1,4	0,95	0,96	1,3	0,93	0,94	0,9
600	0,90	0,98	1,00	2,1	0,96	0,97	1,6	0,95	0,96	1,3	0,95	0,96	1,2	0,93	0,94	0,8
650	0,90	0,98	1,00	2,0	0,95	0,97	1,5	0,94	0,96	1,2	0,94	0,95	1,1	0,93	0,94	0,8
700	0,90	0,97	0,99	1,8	0,95	0,96	1,4	0,94	0,95	1,1	0,94	0,95	1,1	0,93	0,93	0,7
750	0,90	0,97	0,98	1,7	0,95	0,96	1,3	0,94	0,95	1,0	0,94	0,95	1,0	0,93	0,93	0,7
800	0,90	0,96	0,98	1,6	0,94	0,95	1,2	0,94	0,94	1,0	0,93	0,94	0,9	0,92	0,93	0,6
850	0,90	0,96	0,97	1,5	0,94	0,95	1,1	0,93	0,94	0,9	0,93	0,94	0,9	0,92	0,93	0,6
900	0,90	0,95	0,97	1,4	0,94	0,95	1,1	0,93	0,94	0,9	0,93	0,94	0,8	0,92	0,93	0,6
950	0,90	0,95	0,97	1,4	0,94	0,95	1,0	0,93	0,94	0,8	0,93	0,94	0,8	0,92	0,92	0,5
1.000	0,90	0,95	0,96	1,3	0,93	0,94	1,0	0,93	0,94	0,8	0,93	0,93	0,8	0,92	0,92	0,5

Querfinanzierungsbeitrag: 25% der Sondermaut; Sondermauttarife siehe Übersicht 2. – ¹⁾ Einschließlich Sondermaut. – ²⁾ Einschließlich Sondermaut und Querfinanzierungsbeitrag.

Geht man von einem Querfinanzierungsbeitrag von 25% des Sondermauttarifes aus, so liegen die zusätzlichen Kosten für ein Fahrzeug mit vier oder mehr Achsen bei den

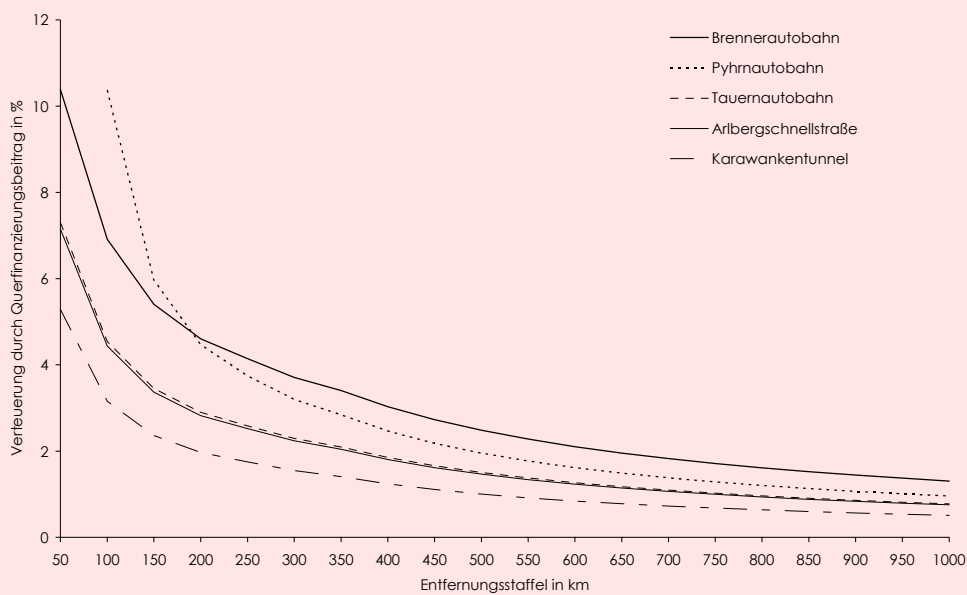
¹⁾ Quelle: schriftliche Mitteilung der ASFINAG.

gegebenen Mautsätzen zwischen 4,73 € je Einzelfahrt (ohne Mehrwertsteuer) durch den Karawankentunnel und 12,35 € über die Brennerautobahn. Der Zuschlag auf den Nachttarif für die Brennerstrecke würde 24,70 € betragen. Mit zunehmender Transportentfernung ergibt sich eine Kostendegression.

Der Querfinanzierungsbeitrag (Übersicht 4, Abbildung 1) verteuert Transporte über die Brennerautobahn auf einer Transportentfernung

- von 50 km um 10,4% (angenommene Frachtrate 1,40 € je Fahrzeugkilometer),
- von 100 km um 6,9% (Frachtrate 1,30 €),
- von 200 km um 4,6% (Frachtrate 1,10 €) und
- von 1.000 km um 1,3% (Frachtrate 0,90 €).

Abbildung 1: Verteuerung des Straßentransports durch Querfinanzierungsbeiträge nach Tarif- und Entfernungsstufen



Q: WIFO-Berechnungen.

Die Kostendegression ist auf den ersten 250 km stark spürbar.

Der Querfinanzierungsbeitrag belastet, entsprechend den niedrigeren Mauttarifen, die Transporte über die anderen Sondermautstrecken wesentlich weniger: So verteuert er Transporte über 200 km

- über die Tauernroute um 2,9%,
- über die Arlbergroute um 2,8% und
- über die Karawankenroute um 2%.
- Die Pyhrnroute ist mit +4,5% ungefähr gleich stark belastet wie die Brennerroute.

Wie sehr ein Querfinanzierungsbeitrag die internationalen Handelsströme bzw. Kosten des Bezugs von Vorprodukten und des Absatzes der Endprodukte der angrenzenden Regionen erhöht und damit den Standort eines Unternehmens in diesen Regionen beeinträchtigt, hängt neben der Länge der Transportstrecke

- vom Wert der transportierten Waren und
- von der Auslastung der Nutzlast ab.

Übersicht 5 stellt die zusätzlichen Transportkosten verschiedener Waren über die Brennerautobahn beispielhaft gegenüber. Der Anteil des Querfinanzierungsbeitrags am cif-Wert erreicht selbst für Waren mit einem sehr geringen Unit Value wie Ziegel über eine Transportentfernung von 50 km nur 6,2‰, über 500 km 5,2‰. Der cif-Wert von Waren mit hohem Unit Value (Nachrichtengeräte, Bekleidung) erhöht sich durch den Sonderaufschlag um rund 0,04‰.

Übersicht 5: Transportkosten und Querfinanzierungsbeitrag in Relation zum Wert der Lkw-Ladung

Am Beispiel von Transporten über die Brennerautobahn

	fob-Wert ¹⁾ je t	Ladungs- gewicht	fob-Wert je Ladung	cif-Wert je Ladung			Anteil des Querfinanzierungsbeitrags ²⁾ am cif-Wert		
	In €	In t	In €	50 km ³⁾	200 km ⁴⁾	500 km ⁵⁾	50 km	200 km	500 km
		2002			In €		2004		
							In %		
Ziegel	75	25	1.875	2.007	2.157	2.385	6,18	5,75	5,20
Schnittholz	300	22	6.600	6.732	6.882	7.110	1,84	1,80	1,74
Druckpapier	800	25	20.000	20.132	20.282	20.510	0,62	0,61	0,60
Alkoholfreie Getränke	810	23	18.630	18.762	18.912	19.140	0,66	0,66	0,65
Rindfleisch	2.500	20	50.000	50.132	50.282	50.510	0,25	0,25	0,25
Kfz-Teile	8.721	24	209.304	209.436	209.586	209.814	0,06	0,06	0,06
Nachrichtengeräte	36.800	8	294.400	294.532	294.682	294.910	0,04	0,04	0,04
Bekleidung	38.400	8	307.200	307.332	307.482	307.710	0,04	0,04	0,04

Q: WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Unit Values im Export 2002 gemäß Statistik Austria. – ²⁾ 12,4 €. – ³⁾ 2,64 € je km. – ⁴⁾ 1,41 € je km. – ⁵⁾ 1,02 € je km.

Der Transitverkehr würde durch einen Querfinanzierungsbeitrag relativ wenig belastet. Für den Empfang und Versand der heimischen Wirtschaft ist die durchschnittliche Belastung mehr als doppelt so hoch. Am stärksten würde sich der Güterverkehr innerhalb der "sensiblen" Regionen verteuern.

Entsprechend der Verteuerung des Straßengüterverkehrs durch den Querfinanzierungsbeitrag verbessert sich die Wettbewerbsstellung der Bahn für Transporte durch sensible Regionen. Daraus könnte eine kosteninduzierte Verlagerung des Transportaufkommens von der Straße zur Schiene entstehen. Wie bereits gezeigt wurde, nimmt die relative Kostenbelastung für den Straßengüterverkehr mit der Transportentfernung ab. Dementsprechend verteuert sich der zumeist über größere Entfernungen geführte Transitverkehr relativ weniger als der Binnen-, Ein- und Ausfuhrverkehr. Gemäß den Erhebungen an den Mautstellen (Kribernegg, 2003) lag die durchschnittliche Transportentfernung für Lieferungen über sensible Regionen 1999 zwischen 96 km im Binnenverkehr auf der Brennerautobahn und 1.405 km im Transitverkehr über die Tauernautobahn (Übersicht 6). Der Querfinanzierungsbeitrag würde etwa den durchschnittlichen Binnentransport über die Brennerautobahn um 6,9% verteuern, den Transitverkehr über die Tauernautobahn nur um 0,6%.

Übersicht 6: Durchschnittliche Fahrtweiten und Frachtverteuerung durch einen Querfinanzierungsbeitrag nach Verkehrszwecken

1999

	Binnenverkehr		Einfuhr- und Ausfuhrverkehr		Transitverkehr	
	In km	Verteuerung in %	In km	Verteuerung in %	In km	Verteuerung in %
Arlbergschnellstraße ¹⁾	246	+ 2,5	473	+ 1,6	788	+ 0,9
Brennerautobahn	96	+ 6,9	451	+ 2,7	1.139	+ 1,2
Tauernautobahn	243	+ 2,6	807	+ 1,0	1.405	+ 0,6
Pyhmtautobahn	218	+ 4,5	760	+ 1,3	1.292	+ 0,7

Q: Kribernegg (2003), WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ 2002.

Die Gegenüberstellung zeigt, dass der Transitverkehr durch einen Querfinanzierungsbeitrag relativ wenig belastet würde. Für den Empfang und Versand der heimischen Wirtschaft ist die durchschnittliche Belastung mehr als doppelt so hoch. Am stärksten würde sich der Güterverkehr innerhalb der "sensiblen" Regionen verteuern. Für geringe Transportentfernungen bietet sich aber die Bahn kaum als Alternative zum Lkw an. Abgesehen von direkten Haus-Haus-Transporten mit Ganzzügen ist nämlich der Lkw der Bahn in Transporten unter 300 km bezüglich der Kosten und des Zeitaufwands so sehr überlegen, dass auch eine noch größere Kostenbelastung des Straßenverkehrs kaum eine Verlagerung auf die Bahn bewirken wird.

Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) der Schweiz

Einige Erfahrungen über die Auswirkungen einer stärkeren Mautbelastung des Straßengüterverkehrs und einer Querfinanzierung des Bahnbaus wurden in der Schweiz gesammelt.

Das Ziel der Schweizer Verkehrspolitik ist die Verlagerung von Zuwächsen im alpenquerenden Güterverkehr auf die Bahn. Dieses Ziel wurde lange durch die Beschränkung des höchstzulässigen Gesamtgewichts für Lkw auf 28 t verfolgt (EU-weit: 40 t). 1999 schloss die Schweiz mit den Europäischen Gemeinschaften ein "Abkommen über den Güter- und Personenverkehr auf Schiene und Straße" (SR: 0.740.72), das sowohl dem Umweltschutz als auch der Effizienz des Verkehrssystems insbesondere im Alpenraum Rechnung trägt. Eine zentrale Maßnahme ist die Querfinanzierung von Investitionen in die Schieneninfrastruktur durch den Straßenverkehr.

Das Abkommen sieht aber auch die Anpassung der Gewichtsbeschränkungen für Lkw auf das in der EU geltende Niveau vor. In der Schweiz beträgt das höchstzulässige Gesamtgewicht seit 2001 34 t (zuvor 28 t), ab dem Jahr 2005 40 t. In den Jahren dazwischen wird eine zunehmende Zahl von Kontingenten für 40-t-Lkw bewilligt. Parallel mit der Erhöhung des Gewichtslimits wird die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) angehoben. Sie trat am 1. Jänner 2001 (Schwerverkehrsabgabegesetz 1997, SR: 641.81) anstelle der pauschalen Schwerverkehrsabgabe (PSVA) in Kraft. Die LSVA wird flächendeckend auf dem gesamten Straßennetz der Schweiz erhoben und gilt sowohl für Schweizer als auch für ausländische Fahrzeughalter. Der Abgabe unterliegen Fahrzeuge für den Personen- und Gütertransport mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht über 3,5 t. Fahrzeuge für den Personentransport werden pauschal, Fahrzeuge für den Gütertransport leistungsabhängig veranlagt.

Die LSVA wird nach dem höchstzulässigen Gesamtgewicht des Fahrzeugs oder der Fahrzeugkombination gemäß Fahrzeugausweis und den in der Schweiz gefahrenen Kilometern bemessen. Es gibt drei den Euro-Emissionsnormen entsprechende Abgabekategorien.

Verschiedene Finanzierungsquellen für den Bahnausbau

In der Schweiz wird die Finanzierung der Eisenbahn-großprojekte über einen Fonds abgewickelt. Im Jahr 2002 wurden die Eisenbahn-investitionen im Ausmaß von rund 42% von der Straße querfinanziert.

Die Einhebung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA)

Die LSVA ist für die Benützung des gesamten Schweizer Straßennetzes zu entrichten. Ihre Einhebung ist relativ einfach: Die Daten von *inländischen* Fahrzeugen werden mit einem elektronischen Gerät erfasst. Dieses Gerät ist mit dem Fahrten-schreiber gekoppelt und ermittelt die gefahrenen Kilometer. Fährt der Lkw über die Grenze ins Ausland, so schaltet ein über der Straße angebrachter Impulsgeber die Zählfunktion aus. Bei der Wiedereinfahrt wird das Gerät auf die gleiche Weise eingeschaltet. Das Gerät speichert alle Daten, die zur Ermittlung des Abgabebetragts nötig sind. Der abgabepflichtige Halter überträgt die Daten jeden Monat aus dem Gerät auf eine Chipkarte, die dem Zoll weitergeleitet wird. Der Zoll berechnet die Abgabe und besorgt die monatliche Fakturierung.

Auch in *ausländische* Fahrzeuge kann das Erfassungsgerät eingebaut werden. Der Fahrzeughalter muss über ein entsprechendes Abrechnungskonto beim Schweizer Zoll verfügen. Für ausländische Fahrzeuge ohne Erfassungsgerät muss bei der Ein- und Ausfahrt an einem Abfertigungsterminal der Kilometerstand deklariert werden. Die Abgabe ist spätestens beim Verlassen der Schweiz zu entrichten (entweder bar oder mit Tank- oder anderen Kreditkarten).

Die Schweiz hat sich bereits in einem Abkommen mit der EG 1992 (SR: 0.740.72) verpflichtet, eine "Neue Eisenbahn-Alpentransversale" (NEAT) zu bauen. Das NEAT-Konzept sieht Errichtungskosten von 10,3 Mrd. € vor (zu Preisen von 1998) und umfasst den Ausbau der Transitachsen Gotthard (5,4 Mrd. €) und Lötschberg-Simplon (2,3 Mrd. €) als Gesamtsystem sowie den besseren Anschluss der Ostschweiz an die Transitachse Gotthard (Testoni, 2003). Diese Verpflichtung wurde im Landverkehrsabkommen 1999 bekräftigt.

Ursprünglich war eine Finanzierung der NEAT über verzinsliche und rückzahlbare Darlehen vorgesehen. Dieses Konzept hätte jedoch die Finanzkraft des Bundes und der Bahnen überfordert. 1998 wurde durch eine Volksabstimmung eine Verfassungsbestimmung angenommen, nach der die Finanzierung der Eisenbahngroßprojekte über einen Fonds abgewickelt werden soll. Der Fonds zur Finanzierung von Infrastrukturen des öffentlichen Verkehrs (FINÖV-Fonds) wird aus den Erträgen der Schwerverkehrsabgabe, der Zusatzabgabe für Kontingente, einem Anteil an der Mineralölsteuer und einer Mehrwertsteuerpromille gespeist (Reglement des Fonds für Eisen-

bahngroßprojekte 1998, SR: 742.140). Fehlbeträge werden in der Anlaufphase durch Vorschüsse des Bundes ausgeglichen, die später zurückgezahlt werden.

Im Jahr 2002 betrug die Entnahmen (Investitionen) aus dem Fonds 1,35 Mrd. €. Die Fondseinlagen erreichten 0,77 Mrd. €, davon 337 Mio. € aus der Schwerverkehrsabgabe, 18 Mio. € an Kontingenteinnahmen, 218 Mio. € waren Anteil aus der Mineralölsteuer und 201 Mio. € Anteil an der Mehrwertsteuer. Die Eisenbahninvestitionen wurden also im Jahr 2002 im Ausmaß von rund 570 Mio. € (42%) von der Straße querfinanziert.

Der Fonds finanziert nicht nur die NEAT, sondern auch Projekte im Rahmen der generellen Verbesserung der Bahninfrastruktur in der Schweiz ("Bahn 2000", Anschluss an das europäische Netz, Lärmschutzmaßnahmen). Im Jahr 2002 betrug der Anteil der NEAT (Alp Transit) an den Gesamtentnahmen rund 65%.

Bisherige Erfahrungen

Die Straßenbenutzung durch Lkw verteuerte sich mit der Einführung der LSVA beachtlich. So betrug die PSVA für eine Transitfahrt eines 28-t-Lkw 17,5 €; die LSVA beträgt seit 1. Jänner 2001 für diesen Lkw der EURO-Klasse II auf der Strecke Basel–Chiasso 83,5 €. Die Fahrt mit einem 40-t-Lkw der Klasse EURO II kostet 140 €. Ab 2008 wird die Fahrt 231 € kosten, das sind 0,77 € je Fahrzeugkilometer. Dieser Betrag entspricht ungefähr dem derzeit üblichen Frachtsatz im internationalen Fernverkehr; *die voll wirksame LSVA wird also die Kosten des Straßengüterverkehrs verdoppeln.*

Der Kostensteigerung durch die Einführung der LSVA können in der Schweiz freilich Produktivitätsgewinne und damit Kosteneinsparungen durch die Anhebung des zulässigen Gesamtgewichts gegengerechnet werden. Nach *Balmer* (2003) würden auf Basis eines Vergleichs zwischen 28-t- und 40-t-Lkw die Mehrkosten der LSVA (+19%) durch die Kostendegression infolge höherer Beladung (-18%) praktisch ausgeglichen. Die Rechnung gilt aber nur bei voller Auslastung des Ladegewichts.

Die LSVA wirkte sich bereits auf die Verkehrsentwicklung aus. Bis zum Jahr 2003 liegen darüber Beobachtungen des Bundesamtes für Raumentwicklung vor: Der Jahresverkehr der schweren Güterfahrzeuge durch die Schweizer Alpen sank von 2000 auf 2003 um 8% (1,29 Mio. Fahrzeuge), die auf der Straße und Schiene durch die Schweizer Alpen transportierte Gütermenge stieg um 6,4%. Trotz der Abnahme der Fahrten transportierte dabei der Straßengüterverkehr um 30% mehr an Gütern als 2000. Dieses Resultat ist der erhöhten durchschnittlichen Beladung (+42%) wegen des neuen Gewichtslimits zuzuschreiben. Die Bahn transportierte um 3,4% weniger Güter. Die Straße gewann also mit einer geringeren Zahl von Fahrten gegenüber der Bahn Marktanteile, ihr Anteil wuchs von 30% auf 37%.

Über die *Entwicklung des Schwerverkehrs auf allen Schweizer Straßen* (Übersicht 7) informieren die Ergebnisse der Verkehrszählungen. Seit der Einführung der LSVA nahm die Lkw-Frequenz sowohl auf den Autobahnen als auch auf dem übrigen Schweizer Straßennetz merklich ab. Wegen der Anhebung des höchstzulässigen Gesamtgewichtes von 28 t auf 34 t bzw. der Zulassung von kontingentierten Fahrten von 40-t-Lkw kann allerdings trotz der verringerten Zahl der Fahrten gleich viel oder mehr auf der Straße transportiert werden.

Übersicht 7: Entwicklung des Schwerverkehrs auf Schweizer Straßen

	Autobahnen ¹⁾	Andere Straßen ²⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
1998	+ 5,5	+ 7,1
1999	+ 7,4	+ 4,2
2000	+ 5,3	+ 8,0
2001	- 5,6	- 3,1
2002	- 0,1	- 5,4

Q: *Balmer* (2003). Fahrzeuge mit einer Gesamtlänge über 12,5 m. – ¹⁾ An 28 Zählstellen. – ²⁾ An 23 Zählstellen.

Der Lkw-Verkehr nahm in Österreich im letzten Jahrzehnt fast doppelt so stark zu wie der Güterverkehr der Bahn. Die EU-Erweiterung und das Auslaufen des Ökopunktesystems werden das Wachstum des Straßenverkehrs weiter beschleunigen.

Steigende Stauhäufigkeit, hohe Unfallzahlen, großer Energieverbrauch, Treibhausgasemissionen des Straßenverkehrs sowie seine Lärm-, Staub- und Abgasbelastungen für Anrainer lösten in der europäischen Verkehrspolitik einen Umdenkprozess aus. Im Sinne einer auf Dauer tragfähigen Verkehrsentwicklung soll der Schienenverkehr neu belebt werden. Die Europäische Kommission schlägt in ihrem Weißbuch ("Die europäische Verkehrspolitik bis 2010: Weichenstellung für die Zukunft") vor, Bauvorhaben für die Eisenbahninfrastruktur in sensiblen Zonen durch Straßenbenutzungsentgelte der Lkw zu finanzieren.

Ende 2003 legte die Kommission einen Vorschlag für eine neue *Wegekostenrichtlinie* vor. Zum Teil wird dabei versucht, die im jüngsten Weißbuch entwickelten Ideen umzusetzen. Nach Konsultation der Kommission kann der Bahnausbau in sensiblen Zonen durch einen Aufschlag auf die Lkw-Mauten auf den parallel dazu geführten Straßen querfinanziert werden. Die Erhöhung darf 25% der Mauttarife nicht überschreiten.

Ausgehend von den Mauteinnahmen der Sondermautstrecken (Arlbergpass, Brennerpass, Tauernpass, Gleinalmtunnel, Bosrucktunnel) im Jahr 2003 könnte mit einem Mautaufschlag von 25% über 20 Jahre rund ein Fünftel der im Generalverkehrsplan Österreich 2002 projektierten Ausbaukosten der Bahn in diesen Regionen finanziert werden.

Für die Kommission hat der *Schutz des freien Warenverkehrs oberste Priorität*. Mit der vorgegebenen Methode für die Berechnung der Mauttarife soll verhindert werden, dass sich nationale Straßenbetreiber am internationalen Güterverkehr "bereichern" und so über eine hohe Lkw-Maut neue Handelshemmnisse aufgebaut werden. Gemäß den Vorgaben der neuen Wegekostenrichtlinie müssten voraussichtlich die Sondermauttarife stark gesenkt werden, die Beiträge zur Querfinanzierung wären dementsprechend geringer.

Mautzuschläge in sensiblen Zonen zur Querfinanzierung des Schienenausbaus belasten den Kurzstreckenverkehr naturgemäß stärker als den Fernverkehr. Der Zuschlag auf die Brennermaut würde die Kosten von Binnentransporten über die durchschnittliche Transportentfernung (96 km) um 6,9%, von Transittransporten (durchschnittliche Transportentfernung 1.139 km) um lediglich 1,2% erhöhen. Diese Mehrkosten würden die Entwicklung des Transitverkehrs wenig beeinflussen. Auch die relativ starke Belastung der Kurzstreckentransporte hätte fast keine Verlagerungseffekte, da diese Transporte kaum auf die Bahn ausweichen können.

Eine stärkere Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene ist durch "Hochmauten" in sensiblen Zonen nicht zu erreichen; sie setzt vielmehr entsprechend hohe Mauttarife für das gesamte europäische Straßennetz voraus. Der Ausbau der Schieneninfrastruktur ist wohl eine notwendige, nicht aber eine hinreichende Voraussetzung zur Revitalisierung der Bahn. Bisher hat die Bahn in Österreich trotz der seit Mitte der siebziger Jahre forcierten Investitionen keine Marktanteile von der Straße zurückgewonnen. In Deutschland, wo die Investitionstätigkeit früher einsetzte und ein Großteil der Neubaustrecken bereits fertig gestellt ist, verlor die Bahn in den letzten zehn Jahren rund 20% ihres Transportaufkommens im Güterverkehr. Die Öffnung der Netze für den Wettbewerb zwischen Eisenbahnunternehmen könnte ein effizienteres Angebot für internationale Transporte bringen.

Verschärfte technische Auflagen für den Straßengüterverkehr (Lärm- und Schadstoffemissionen, Verkehrssicherheit) sowie eine höhere, europaweit einheitliche Abgabe auf Kraftstoffe könnten auch die Nachhaltigkeit des durch die Bahn kaum substituierbaren Lkw-Nahverkehrs verbessern.

Zusammenfassung und Ausblick

Eine stärkere Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene ist durch "Hochmauten" in sensiblen Zonen nicht zu erreichen; sie setzt vielmehr entsprechend hohe Mauttarife für das gesamte europäische Straßennetz voraus.

Balmer, U., *Practice and Experience with Implementing Transport Pricing Reform in Heavy Goods Transport in Switzerland*, ARE, Bern, 2003.

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, *Generalverkehrsplan Österreich 2002*, Wien, 2002, http://www.bmvit.gv.at/sixcms_upload/media/131/gvk.pdf.

Literaturhinweise

- Europäische Kommission, "Faire Preise für die Infrastrukturbenutzung", Bulletin der Europäischen Union, 1998, (Beilage 3/98).
- Europäische Kommission, Die europäische Verkehrspolitik bis 2010: Weichenstellung für die Zukunft, KOM(2001)370, endgültig, Brüssel, 2001, http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/wpr/2001/act370de01/com2001_0370de01-01.pdf.
- Kribernegg, G., Überprüfung der Sondermaut hinsichtlich nachteiliger Standorteffekte. Verkehrsanalyse, Studie des WIFO und der Ingenieurgesellschaft Kaufmann-Kribernegg im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie, Wien, 2003.
- Puwein, W. (2004A), Finanzierung der Bahninfrastruktur durch Querfinanzierung von der Straße, Studie des WIFO mit finanzieller Unterstützung der Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank, Wien, 2004.
- Puwein, W. (2004B), "Sondermaut. Bedeutung für die Straßenfinanzierung, die Steuerung des Transitverkehrs und den Wirtschaftsstandort", WIFO-Monatsberichte, 2004, 77(1), S. 37-57, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract.type?p_language=1&pubid=24798.
- Testoni, P., "Neue Alpentunnel: Wie macht es die Schweiz?", Wirtschaftspolitische Blätter, 2003, 50(1), S. 120-128.

Financing Railway Construction in Critical Zones by Road-Pricing – Summary

Over the past decade, truck transportation in Austria grew at almost double the rate of rail goods transport. EU enlargement and the expiry of the eco-points system will further accelerate the growth of road transport.

Ever more frequent traffic jams, a high incidence of accidents, enormous energy consumption, the emission of greenhouse gases by motor vehicles, as well as the noise, dust and exhaust gas burden that road traffic imposes on those living in the vicinity have caused European politicians to reconsider the transport issue. With a view to fostering sustainable growth, the idea is to re-invigorate rail transport. In its white paper ("European Transport Policy for 2010: Time to Decide"), the European Commission proposes to finance rail infrastructure construction projects in critical zones by levying a road toll on trucks.

In late 2003, the Commission submitted a proposal for a new directive on transport infrastructure cost, which, at least in part, aims to implement the ideas developed in the recent white paper. According to the new directive and subject to consultations with the Commission, railway construction in critical zones may be cross-financed by adding a surcharge to the road tolls for trucks using roads running in parallel to rail tracks. The surcharge must not exceed 25 percent of the toll rates.

Starting out from the toll revenues levied on the special toll roads in 2003 (the passes across Arlberg, Brenner and Tauern, the tunnels of Greinalm and Bosruck), a markup of 25 percent for 20 years would cover about one fifth of the cost projected in the 2002 Austrian General Transport Plan to be expended on the railway system in these regions.

The Commission awards top priority to safeguarding the free movement of goods. The prescribed method to calculate toll rates is intended to prevent national road operators from "enriching" themselves through the international transport of goods, which would institute new trade barriers by the levying of high truck tolls. According to the new directive, special toll rates will probably have to be reduced substantially, so that contributions to cross-financing would be proportionately lower.

Toll surcharges for critical zones levied to cross-finance railway construction obviously impose a greater burden on short-distance transport. For the Brenner toll, the surcharge would raise the cost of domestic transport across the average transport distance (96 km) by 6.9 percent, compared to only 1.2 percent for transit transports (average transport distance: 1,139 km). Additional costs of this scope would have little impact on the growth of transit transport. Even the relatively great burden imposed on short-distance transports would cause very little transport to shift to the rail because this alternative mode is usually not available.

Large-scale shifting of goods transports from road to rail cannot be achieved by expensive toll rates in critical zones: such an effect would require high toll rates for the entire European road network. Expanding the rail infrastructure is a necessary but inadequate prerequisite for revitalising the railway system. So far Austrian railways have not been able to win back market share from the road, in spite of an extensive investment programme in place since the mid 1970s. In Germany, where investment was started earlier and most of the new routes have already been completed, rail still lost some 20 percent of its goods transport business. Opening the networks for competition between railway operators might bring about a more efficient supply for international transports.

Stricter technical requirements for the road transport of goods (noise and pollution emission, traffic safety) and a higher levy, uniform throughout Europe, on fuels could improve the sustainability of those short-distance road transports that are virtually impossible to substitute by rail transport.

57th Euroconstruct Conference – June 2004: The Outlook for the European Construction Sector 2004-2006

Summary Report

199 pages, 900 €

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25109

Country Reports

391 pages, 940 €

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25110

Prognose der österreichischen Bauwirtschaft 2004 bis 2006

35 Seiten, 200 €

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25111

Please send your orders to the Austrian Institute of Economic Research, Mrs Christine Kautz, P.O. Box 91, A-1103 Vienna – Austria, Tel. (+43 1) 798 26 01/282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail Christine.Kautz@wifo.ac.at

Die letzten 12 Hefte

- 7/2003 Markus Marterbauer, Konjunkturaufschwung nicht in Sicht. Prognose für 2003 und 2004 • Angelina Keil, Wirtschaftsschronik. II. Quartal 2003 • Wolfgang Pollan, Der Verbraucherpreisindex als Deflationsindikator • Michael Böheim, Wettbewerbspolitik in Österreich unter neuen Rahmenbedingungen. Zwischenbilanz und Ausblick • Fritz Breuss, Österreich, Finnland und Schweden in der EU. Wirtschaftliche Auswirkungen
- 8/2003 Margarete Czerny, Martin Falk, Gerhard Schwarz, Investitionen 2003 insgesamt schwach. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2003 • Gerhard Lehner, Margit Schratzenstaller, Bundesvoranschläge 2003 und 2004: Ziel eines "Nulldefizits" verschoben • Gudrun Biffel, Julia Bock-Schappelwein, Wilfried Puwein, Franz Sinaß, Strukturpolitische Herausforderungen für das Waldviertel aus der EU-Erweiterung • Franz R. Hahn, Aktienmarkt und Konjunkturschwankungen. Gibt es einen Zusammenhang in den OECD-Ländern?
- 9/2003 Alois Guger, Internationale Lohnstückkostenposition 2002 geringfügig verbessert • Alois Guger, Direkte und indirekte Kinderkosten in Österreich. Ein Überblick • Michael Wüger, Schätzung der direkten Kinderkosten in Österreich
- 10/2003 Markus Marterbauer, Schwäche der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage allmählich überwunden. Prognose für 2003 und 2004 • Angelina Keil, Wirtschaftsschronik. III. Quartal 2003 • Margit Schratzenstaller, Martin Falk, Helmut Kramer, Markus Marterbauer, Gerhard Schwarz, Ewald Walterskirchen, Erste Evaluierung der Konjunkturbelebungsmaßnahmen seit 2001 • Hedwig Lutz, Verdienstentgang von Frauen mit Kindern • Thomas Url, Verhaltene nominelle Einkommensentwicklung erfasst 2002 auch die Versicherungswirtschaft
- 11/2003 Helmut Kramer, Markus Marterbauer, Margit Schratzenstaller, Konjunkturpolitische Ansatzpunkte • Marcus Scheiblecker, Der Arbeitstageffekt im vierteljährlichen Bruttoinlandsprodukt. Eine empirische Analyse anhand saisonaler Zeitreihenmodelle • Peter Huber, Julia Traistaru, Regionale Entwicklung und Anpassung des Arbeitsmarktes in Ost-Mitteuropa
- 12/2003 Margit Schratzenstaller, Zur Steuerreform 2005 • Wolfgang Pollan, Thomas Leoni, Die Einkommensunterschiede nach Wirtschaftsbranchen in Österreich. Ein Vergleich zwischen Mikrozensus und Leistungs- und Strukturhebung • Norbert Knoll et al., Der österreichische Forschungs- und Technologiebericht 2003
- 1/2004 Markus Marterbauer, Konjunkturerholung gewinnt an Kontur. Prognose für 2004 und 2005 • Angelina Keil, Wirtschaftsschronik. IV. Quartal 2003 • Wilfried Puwein, Sondermaut. Bedeutung für die Straßenfinanzierung, die Steuerung des Transitverkehrs und den Wirtschaftsstandort • Margarete Czerny, Nur leichte Erholung der Bau-tätigkeit in Europa 2004 und 2005 • Christine Mayrhuber, Sozialschutzausgaben im Jahr 2001
- 2/2004 Stephan Schulmeister, Erholung in den Industrieländern, kräftige Wachstumsbeschleunigung in den anderen Ländergruppen. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2008 • Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Ewald Walterskirchen, Wirtschaft schöpft ihr Potential mittelfristig zunehmend aus. Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2008 • Stephan Schulmeister, Zur unterschiedlichen Wachstumsdynamik in den USA, in Deutschland und im übrigen Euro-Raum • Margarete Czerny, Martin Falk, Gerhard Schwarz, Erholung der Investitionen, aber zurückhaltende Pläne in der Sachgütererzeugung. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2003
- 3/2004 Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Stabile Entwicklung des Cash-Flows 2003. Selbstfinanzierungskraft und Eigenkapitalausstattung der österreichischen Sachgütererzeugung • Wolfgang Pollan, Zur Frage der Lohnführerschaft in Österreich • Martin Falk, Diffusion von Informations- und Kommunikationstechnologien und Einsatz von qualifizierten Arbeitskräften. Beschleunigung des technischen Fortschritts
- 4/2004 Helmut Kramer, Editorial: Zur Erweiterung der EU • Yvonne Wolfmayr, Österreichs Außenhandel mit den EU-Beitrittsländern • Walter Hyll, Angela Köppl, Stefan Schleicher, Umsetzung der EU-Emissionshandelsrichtlinie • Markus Marterbauer, Konjunkturerholung droht ins Stocken zu geraten. Prognose für 2004 und 2005 • Angelina Keil, Wirtschaftsschronik. I. Quartal 2004 • Marcus Scheiblecker et al., Österreichs Wirtschaft 2003 neuerlich schwach gewachsen
- 5/2004 Vasily Astrov (wiiw), Wirtschaftsentwicklung in den MOEL durch deutliche Konvergenz geprägt • Gerhard Palme, Regionale Konjunktur weist 2003 West-Ost-Gefälle auf • Peter Mayerhofer, Wien in der internationalen Städtekonkurrenz. Entwicklung und Potentiale in einem veränderten Umfeld
- 6/2004 Hedwig Lutz, Einfluss institutioneller Veränderungen auf die Beschäftigungsstatistik • Jan Stankovsky, Yvonne Wolfmayr, Interessante Absatzmärkte und Exportpotentiale für die österreichische Industrie • Yvonne Wolfmayr, Schwierigkeiten und Hindernisse für die Erschließung neuer Exportmärkte. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung • Daniela Kletzan, Angela Köppl, Chancen für die österreichische Exportwirtschaft durch Klimaschutzprojekte • Rahel Falk, Entwicklungszusammenarbeit im Kontext der Internationalisierungsförderung

Gábor Hunya (wiiw)
Jan Stankovsky (WIFO)

■ WIIW-WIFO Database

Foreign Direct Investment in Central and Eastern Europe with Special Attention to Austrian FDI Activities in this Region

This 17th edition of the WIIW-WIFO database on foreign direct investment (FDI) contains 2003 data for the Central and East European countries. It also makes a forecast for 2004 based on the balance of payments of the first quarter of the year. A brief analysis of current FDI trends in CEECs is provided. Special attention is devoted to Austrian direct investments in the region. The sources of data are official publications, usually the National Banks of the respective countries.

- **Highlights of FDI developments in 2003-04**

FDI trends in CEECs in 2003: FDI inflows declined in the new EU members – South-east Europe and Ukraine attracted record amounts, continuing uncertainty in Russia – FDI by investing country reflects EU integration – Modest recovery expected in 2004

Further improvement of Austria's position as investor in Central and Eastern Europe: Decrease of Eastern European investment in 2003 – Mirror statistics – Austria strengthens its position as investor in Eastern Europe – More than 220,000 persons employed in Austrian companies in Central and Eastern Europe – High profitability of Austrian direct investment in Central and Eastern Europe – 60 percent of CEE investment is in the services sector

- **Set of Tables**

FDI inflows– Inward FDI stock– FDI outflows– Outward FDI stock– FDI inflows per capita – Inward FDI stocks per capita – FDI inflows as a percentage of gross fixed capital formation – Inward FDI stocks as a percentage of GDP – Inward FDI stock by major investing countries – Inward FDI stock by economic activities

Inward FDI stock by economic activities and by investing countries: Czech Republic – Hungary – Poland – Slovakia – Slovenia – Estonia – Latvia – Lithuania – Bulgaria – Croatia – Romania – Russia – Ukraine

Austrian FDI in Eastern Europe: Outward stock – Stock of cumulated balance of payments outflows since 1989 – Annual outflows through balance of payments – Austria's market share in Eastern Europe: Annual outflows, Stocks

Austrian FDI in Eastern Europe: Inward stock – Stock of cumulated inflows since 1989 – Annual inflows by recipient countries

- **Methodology for the Compilation of FDI Data**

Bulgaria – Czech Republic – Hungary – Poland – Romania – Slovakia – Slovenia – Russian Federation – Austria

July 2004 • 67 pages • 47,00 €,
Download 47,00 €

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25150